

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Arnold Buchholz  
Methodische Probleme  
der Sowjetunion-  
und Osteuropaforschung

Heinz Brahm  
Beharrung und Veränderung  
in der sowjetischen Innenpolitik

Hans-Hermann Höhmann  
Der erstarrte Koloß  
Wirtschaftspolitik und  
Wirtschaftsreformpolitik  
der UdSSR in der Ära Breshnew

Wolfgang Berner  
Die sowjetische Außenpolitik  
der Breshnew-Ära

ISSN 0479-611 X

B 48/81  
28. November 1981

Arnold Buchholz, Dr. rer. nat., geb. 1921, Wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und Leiter des Ständigen Sekretariats für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung, Köln.

Neuere Veröffentlichungen: Die große Transformation, Stuttgart 1968; The Role of the Scientific-Technological Revolution in Marxism-Leninism, in: Studies in Soviet Thought 2/1979; Koordination und Ressortbezug in der bundesgeförderten Osteuropaforschung, in: Osteuropa 8/9, 1980; 20 Jahre Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in: Das Parlament, 4. 4. 1981.

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935 in Viersen; Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die CSSR 1968—1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.) Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik, Bd. 2, Köln—Wien 1976.

Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933 in Kassel, Wissenschaftlicher Oberrat im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

Neuere Veröffentlichungen: Sowjetische Politik heute. Probleme und Alternativen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/78 (zus. mit Heinz Brahm und Christian Meier); Partizipation und Wirtschaftsplanung in Osteuropa und in der Volksrepublik China, Stuttgart 1980 (Co-Autor u. Hrsg.); The East European Economics in the Seventies, Sevenoak, Kent 1981 (Co-Autor und Mithrsg.).

Wolfgang Berner, Dr. phil., geb. 1923, Leitender Wissenschaftlicher Direktor, seit 1964 Leiter des Forschungsbereichs Internationale Politik (Aufgabenfelder: Außenpolitik der UdSSR, internationales sozialistisches Staatensystem, internationales kommunistisches Parteiensystem) im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Neuere Veröffentlichungen: Außenpolitische Aspekte des XXVI. Parteitags der KPdSU, in: Sowjetunion 1980/81, hrsg. vom BIOst (Köln), München 1981; Die politisch-strategische Bedeutung der sowjetischen Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Entwicklungsländern, ebenda; Der Kampf um Kabul: Lehren und Perspektiven, in: H. Vogel (Hrsg.), Die sowjetische Intervention in Afghanistan, Baden-Baden 1980; Das Mittelmeer als strategische Zone, in: Information für die Truppe, Bonn, 2, 1980; Afghanistan: Die Intervention und das globale Kräfteverhältnis, in: IndoAsia, Stuttgart, 1/2, 1980; Tendenzen und Perspektiven der sowjetischen Außenpolitik, in: Sowjetunion 1978/79, hrsg. vom BIOst (Köln), München 1979; Die Mittelmeerpolitik der Sowjetunion, ebenda; Die Italienische Kommunistische Partei, in: H. Timmermann (Hrsg.), Die kommunistischen Parteien Südeuropas, Baden-Baden 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter- richtung und Urteilsbildung.

## Methodische Probleme der Sowjetunion- und Osteuropaforschung

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß ein hohes Maß an gesichertem Wissen über die Vorgänge in der Sowjetunion und ihrem Einflußbereich für uns in vieler Hinsicht von existenzieller Bedeutung ist. Dies gilt vor allem für die Sicherheitspolitik, aber auch für weite Bereiche der Ost-West-Kooperation, zum Beispiel auf wirtschaftlichem Gebiet, für die Publizistik, die täglich über die Sowjetunion zu berichten hat, und nicht zuletzt für jeden einzelnen, der sich um eine Standortbestimmung in der modernen Welt bemüht und dabei die Entwicklungen in den kommunistisch regierten Ländern in irgendeiner Weise in seine Überlegungen einbeziehen muß.

Die Tatsache, daß seit Bestehen der Sowjetunion, vor allem aber seit dem Zweiten Weltkrieg, in allen größeren Ländern der westlichen Welt zahlreiche Forschungseinrichtungen zum Studium der Sowjetunion und der anderen kommunistisch regierten Länder geschaffen worden sind, kann als konkreter Ausdruck dieses Wissensbedarfs angesehen werden. Man erwartet dabei von der Wissenschaft eine möglichst vollständige und sachadäquate Erfassung des zu einem großen Teil „verdeckten“ Wissens über die Länder Osteuropas, eine kritische Analyse der im ideologischen Gewand präsentierten Selbstdarstellungen sowie eine Beurteilung von Stärken und Schwächen dieser Länder, wozu wiederum der Vergleich mit der Lage in anderen Teilen der Welt erforderlich ist.

Man sieht bereits aus diesem stichwortartig angedeuteten Themenkatalog, daß damit außerordentlich schwierige und komplexe Fragen an die Sowjetunion- bzw. Osteuropaforschung gerichtet werden. (Die Begriffe „Sowjetunion-“, „Osteuropa-“, „Kommunismusforschung“ u. a. sind miteinander verschränkt und werden unterschiedlich angewendet, so daß für Begriffserklärungen eine gesonderte Dar-

stellung erforderlich wäre.) Obwohl die seit Bestehen der Sowjetunion auf diesem Gebiet hervorgebrachten Arbeiten heute ganze Bibliotheken füllen, ist das Wissen in verschiedenen Bereichen nach wie vor äußerst unzulänglich, und auch die Urteilsbildungen sind, wie die Praxis zeigt, gerade in entscheidenden Fragen teilweise höchst kontrovers. Aus diesem Grunde ist es für das Selbstverständnis der auf diesem Gebiet Tätigen sowie für die Adressaten ihrer Arbeitsergebnisse von außerordentlicher Bedeutung, sich die Frage vorzulegen, über welche Möglichkeiten zur Erkenntnisgewinnung diese Forschungsrichtung verfügt, wo ihre Grenzen liegen und worin letztlich ihre Bedeutung zu sehen ist.

Es hat seit den Anfängen einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit Problemen der Sowjetunion zwar immer wieder Bemühungen gegeben, methodische Grundsätze der eigenen Arbeit zu reflektieren, jedoch kann generell festgestellt werden, daß die Darlegungen hierzu — verglichen mit der allgemeinen wissenschaftlichen Produktivität auf diesem Gebiet — recht spärlich sind. Abgesehen von den außerordentlich schwierigen Fragen, die dabei zum Beispiel im Zusammenwirken mit der allgemeinen Wissenschaftstheorie zu klären wären, hat vor allem der „Zwang der Praxis“ dazu geführt, daß eine Reihe besonderer Arbeitsweisen und Verfahren in dieser Forschungsrichtung herausgebildet worden ist, die teilweise oder insgesamt zur Anwendung gebracht werden müssen, wenn man auf diesem Gebiet fachlich möglichst abgesicherte und in der Beurteilung hinreichend differenzierte Erkenntnisse gewinnen will. Inwieweit man diese miteinander verflochtenen Verfahrenswesen als eine „Methodologie“ der Osteuropaforschung bezeichnen kann, sei dahingestellt. In der konkreten Arbeit jedenfalls spielen sie eine wichtige Rolle oder dienen zumindest als Leitlinien.

### Die fachwissenschaftliche Forschung

Die fachwissenschaftliche Arbeit kann als die Basis der Osteuropaforschung angesehen werden. Sie wird in einer großen Zahl von univer-

sitären und selbständigen Instituten betrieben und ist nicht nur dem Umfang nach, sondern auch in ihrer Bedeutung der mit Abstand

wichtigste Bereich der Osteuropaforschung. Zum Internationalen Osteuropakongreß, der im Jahre 1980 in Garmisch veranstaltet worden ist, wurde ein umfangreicher Sammelband über die Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt, in dem die fachbezogene Forschung und Lehre auf über 200 Seiten abgehandelt werden<sup>1)</sup>. Zur Darstellung kommen dabei die osteuropäische und die südosteuropäische Geschichtswissenschaft, die auf Osteuropa bezogene Politikwissenschaft, die Ostrechtsforschung, die soziologische, wirtschaftswissenschaftliche und erziehungswissenschaftliche Osteuropaforschung, die Slawistik und das Studium der verschiedenen kommunistischen ideologischen Richtungen bis hin zu kleineren Arbeitsrichtungen, wie der geographischen, kunstwissenschaftlichen, kirchengeschichtlichen oder medizinischen Osteuropaforschung. In allen diesen Fachrichtungen wird ständig eine Fülle von Erkenntnissen über die Sowjetunion und die anderen Länder Osteuropas hervorgebracht, die in Fachzeitschriften und vielfältigen anderen Publikationsformen ihren Niederschlag finden. Zwar ist auch dieses Wissen unvollständig und in Einzelfragen umstritten, aber zugleich bewegt man sich hier auf den sichersten Grundlagen, über die die Osteuropaforschung verfügt.

Verschiedentlich hat man sich die Frage vorgelegt, inwieweit man im Hinblick auf die hier gekennzeichneten Fachrichtungen von einer „Osteuropawissenschaft“ sprechen kann. Die ausführlichste Diskussion zu dieser Problema-

## Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Die Komplexität des Forschungsgegenstandes, mit dem sich die Osteuropaforschung zu befassen hat, wirft zahlreiche Fragen auf, die von einer einzelnen Fachrichtung nicht hinreichend beantwortet werden können, sondern eine interfakultative Zusammenarbeit erfordern. Insbesondere die großen und entscheidenden Probleme der Osteuropaforschung — also etwa Fragen der politischen Generallinie, der Entwicklungstrends oder der Stabilitäten und Instabilitäten des Systems — machen eine Zusammenfügung der aus verschiedenen Lebensbereichen zusammenwirkenden Faktoren unerlässlich, wenn man über punktuelle Erkenntnisse hinauskommen will.

<sup>1)</sup> Osteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Osteuropa, 1980, H. 8/9 (Sonderheft), S. 653—1077.

tik ist in der Fachrichtung „Osteuropa-Recht“ über einen längeren Zeitraum geführt worden<sup>2)</sup>. Dabei wurde hinreichend deutlich, daß sich die Ostrechtswissenschaft im „Schnittpunkt“ von allgemeiner Rechtswissenschaft und Osteuropa- oder Kommunismusforschung angesiedelt sieht. Mit der „Mutterwissenschaft“ ist diese Arbeitsrichtung vor allem durch ihr methodisches Rüstzeug verbunden und kann für sie zum Beispiel durch rechtsvergleichende Untersuchungen wichtige Erkenntnisse einbringen. Zugleich aber muß sich die Ostrechtswissenschaft mit einer ganz anderen Rechtswirklichkeit als der unseren befassen und dementsprechend auch andere methodische Ansätze entwickeln oder nachvollziehen, wobei die Arbeit durch mangelnde Möglichkeiten zur empirischen Überprüfung der gewonnenen Erkenntnisse in besonderer Weise erschwert wird.

Eine ähnliche Ambivalenz einer Gebundenheit an die universitäre Fachdisziplin auf der einen Seite und den Erfordernissen eigenständiger Arbeitsweisen auf der anderen Seite gilt in der einen oder anderen Weise auch für alle anderen Fachrichtungen, die auf Osteuropa bezogen sind. Verstärkt wird die relative Eigenständigkeit der „Osteuropawissenschaften“ dadurch, daß ihre Ergebnisse jeweils Einzelkomponenten bei der Beurteilung der sowjetischen oder osteuropäischen Gesamtwirklichkeit darstellen, so daß der interdisziplinären Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zukommt.

Zusammenkünfte von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtung in Arbeitskonferenzen und andere Formen des interdisziplinären Informationsaustausches begleiten deshalb die Osteuropaforschung seit ihren Anfängen.

Wegen der Unerläßlichkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit für die Erkenntnisgewinnung auf diesem Gebiet ist auch eine Reihe von Forschungseinrichtungen bereits bei ihrer Gründung interfakultativ konzipiert worden.

<sup>2)</sup> Eine Bilanz dieser seit 1965 erschienenen Diskussionsbeiträge findet sich bei Otto Luchterhandt, Gegenstand, Ziele und Methoden der Ostrechtswissenschaft, in: Osteuropa-Recht, 1976, H. 2/3, S. 85/107; ferner sei verwiesen auf B. Meissner, H. Roggemann, F.-C. Schroeder, K. Westen, Grundsatzfragen der Ostrechtswissenschaft, Studien des Instituts für Ostrecht (München), Tübingen 1980.

Dabei ist es notwendig, daß wenigstens die wichtigsten Fachrichtungen der Geschichte, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Philosophie und kulturbezogener Wissenschaft unter einem Dach vertreten sind, wenn die Voraussetzungen für eine auch nur näherungsweise wirklichkeitsadäquate Erfassung der komplexen Landesverhältnisse gegeben sein sollen. Dennoch zeigt die Praxis, daß auch unter günstigen Bedingungen die interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht „von selbst“ zustande kommt. Gewiß führt die tägliche Zusammenkunft mit Kollegen anderer Fachrichtungen, die Diskussion von Vorträgen und die Veranstaltung von Arbeitskonferenzen zu einem ständigen interdisziplinären

Erkenntnisgewinn aller Beteiligten, aber da zugleich die Notwendigkeit einer fachbezogenen Grundlagenforschung besteht, ist natürlich auch stets eine starke Tendenz vorhanden, daß die fachwissenschaftlichen Arbeiten zu einem unverbundenen Enzyklopädismus führen. Wirklich effizient wird die interdisziplinäre Wechselwirkung für den Erkenntnisgewinn erst dann, wenn zumindest ein Teil der Arbeiten bereits im Ansatz interfakultativ angelegt und als gemeinsames Programm durchgeführt wird. Es gibt gelungene Beispiele interdisziplinärer Arbeitsergebnisse, wenn gleich jedem Kenner der Verhältnisse klar ist, daß in dieser Hinsicht mehr getan werden könnte und sollte.

## Makrotheoretische Probleme

Es wäre wünschenswert und sicher von großem Nutzen, wenn es gelingen würde, eine Theorie zu entwickeln, in welcher die wesentlichen Bestimmungsfaktoren des Sowjetsystems in ihren Wechselwirkungen erfaßt werden und damit ein „Gerüst“ für die Einordnung und Erklärung neuer Erscheinungen und vielleicht sogar für die Ableitung gewisser Zukunftsprognosen verfügbar wäre. Aus grundsätzlichen methodologischen Überlegungen aber wird man ein solches Ziel mit dem Anspruch auf theoretische Strenge schwerlich erreichen können. Die Probleme werden sofort deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß aus der unendlichen Fülle des „Gegenstandsbereiches“ stets nur eine sehr begrenzte Zahl von Faktoren in äußerster Abstraktion herausgefiltert werden kann, so daß weite Bereiche der Wirklichkeit dabei notwendigerweise „ausgeblendet“ bleiben. Bereits in die Vorfrage, welche Fakten für die Theoriebildung berücksichtigt werden sollen und welche nicht, gehen so viele normative Entscheidungen ein, daß die Möglichkeit zur Entwicklung einer wirklichkeitsadäquaten und allgemein akzeptierbaren Makrotheorie des Sowjetsystems in der Tat utopisch erscheint. Zugleich aber sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß auch „lückenhafte“ theoretische Konzeptionen außerordentlich hilfreich sein können, da sie es erlauben, wesentliche Phänomene der Sowjetentwicklung verständlich zu machen und Zusammenhänge zu erkennen, die aus isolierten Einzelfakten nicht erschlossen werden können.

Im Hinblick auf eine makrotheoretische Interpretation der Sowjetunion haben zwei Grund-

modelle eine besondere Rolle gespielt: die Totalitarismustheorie und die Industrialisierungs- oder Modernisierungskonzeption. Da auf beide Theorien auch in einem anderen Beitrag dieses Heftes eingegangen wird (vgl. *Brahm*, S. 11 ff.), sei hier nur stichwortartig darauf hingewiesen, daß in der Totalitarismustheorie die Betonung diktatorischer Herrschaftsstrukturen eine entscheidende Rolle spielt, während in der Industrialisierungskonzeption die Möglichkeit des Systemwandels im Gefolge von Modernisierungszwängen das zentrale Thema darstellt. Zugleich ist einsichtig, daß beide Konzeptionen weitreichende Implikationen haben, wenn man aus ihnen politische Folgerungen ableitet. Richtet man den Blick vor allem auf die diktatorischen Herrschaftsstrukturen und vertritt dabei die Auffassung, daß sich dieses Herrschaftssystem trotz aller Differenzierungsprozesse in seinem Wesen nicht wandelt, dann ist die Konsequenz naheliegend, daß auch ein unaufhebbarer Dauerkonflikt zwischen westlich-demokratischer Welt und Sowjetsystem solange weiterbesteht, bis eine der beiden Ordnungen „zusammenbricht“ oder die eine die andere „überwunden“ hat. Vertritt man dagegen die Auffassung, daß sich das Sowjetsystem im Gefolge von fortschreitender Industrialisierung, Rationalisierung und Modernisierung auch in seinem Wesen langsam wandelt, dann sind bei einer Umsetzung dieser Überlegungen in die Politik Strategien naheliegend, die auf eine Förderung dieses Wandlungsprozesses hinauslaufen. Setzt man die Modernisierungstheorie wiederum in Beziehung zu bestimmten gesellschaftspolitischen Veränderungen

im Westen, kann man zu einer konvergenz-theoretischen Makrotheorie kommen. Bereits aus diesen Hinweisen dürfte deutlich geworden sein, daß die Makrotheorien weitreichende politische Implikationen in sich tragen, so daß viele politische Richtungskämpfe im Gewande solcher Theorien ausgetragen werden.

Auf der anderen Seite darf man sich nicht der Täuschung hingeben, daß man mit einem „Verzicht“ auf Makrotheorien den mit ihnen verbundenen Implikationen entgehen kann. Dies gilt zumindest dann, wenn man sich über Grundfragen des Sowjetsystems, zum Beispiel seine Stabilitätsbedingungen, ein Urteil bilden will. Alle Auffassungen, die man in diesem Zusammenhang gewinnt oder vertritt, lassen sich — auch wenn man sich dagegen sperren würde — zu makrotheoretischen Konzeptionen ausbilden.

Für die Praxis kann es nicht darum gehen, die makrotheoretischen Hintergründe von Grundsatzüberlegungen zu verdrängen, sondern im Gegenteil darum, sie sich und anderen

bewußt zu machen und zu verdeutlichen. Unerläßlich aber ist dann auch der zweite Schritt, der in der Erkenntnis liegt, daß makrotheoretische Modelle des Sowjetsystems stets nur sehr begrenzte Aspekte der Wirklichkeit erfassen können und deshalb eine Annäherung an die Realität um so eher möglich sein wird, je mehr Makromodelle man in Betracht zieht und bei der Erkenntniserschließung berücksichtigt. Dies braucht keineswegs zu einem beziehungslosen Pluralismus von Makrotheorien zu führen, sondern kann tendenziell ein Weg zu ihrer Annäherung sein.

Ähnlich wie im Hinblick auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit sind auch auf dem Gebiet makrotheoretischer Überlegungen in der Osteuropaforschung wesentliche Arbeiten sicher noch nicht geleistet<sup>3)</sup>. Zugleich ist jedoch festzustellen, daß ganz generell in der politischen und zeitgeschichtlichen Wissenschaft die methodologischen Voraussetzungen von Makrotheorien noch wenig Klärung gefunden haben, so daß darin kein spezifisches Problem der Osteuropaforschung liegt.

## Nutzung von Landeserfahrungen

Osteuropaforschung besteht zum ganz überwiegenden Teil in einer systematischen Aufarbeitung der für bestimmte Fragestellungen verfügbaren Literaturquellen. Während der Stalinzeit waren sowjetische Selbstdarstellungen auch fast die einzige Quelle, aus denen man sich ein Bild von der Sowjetunion machen konnte (ähnlich wie dies für China bis vor etwa zehn Jahren der Fall war). In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre öffnete sich die Sowjetunion langsam für intensivere Kontakte mit dem Ausland, so daß die Zahl westlicher Touristen, Geschäftsleute, Künstler oder Wissenschaftler, die die Sowjetunion besucht haben, heute in die Millionen geht. Auch für Osteuropawissenschaftler ergab sich die Möglichkeit, am wissenschaftlichen Austausch mit der Sowjetunion teilzunehmen, so daß ein großer Teil der auf diesem Gebiet Tätigen einmal oder auch mehrfach zu Studienaufenthalten, in einigen Fällen bis zur Dauer eines Jahres, in der Sowjetunion war.

Über die wissenschaftliche Ergiebigkeit solcher Studienreisen oder längerfristiger Aufenthalte ist oft diskutiert worden. Allgemein ist festzustellen, daß man bei solchen Aufenthalten kaum irgendwelche Fakten in Erfahrung bringen wird, die man nicht auch aus dem

Literaturstudium entnehmen könnte, wenngleich natürlich oft die Begegnung mit den alltäglichen Lebensverhältnissen zu unerwarteten Erkenntnissen führt. Es versteht sich auch von selbst, daß man in der Sowjetunion keine Möglichkeiten zu empirischen „Feldstudien“ im Sinne von Befragungen oder einer systematischen Auswertung empirischer Daten erhalten wird. Dennoch hat die Landeserfahrung einen wichtigen Stellenwert in der Forschungsarbeit des einzelnen. Sie liegt vor allem darin, daß die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse bei der Konfrontation mit der „Wirklichkeit“ oft in anderen Proportionierungen und Zusammenhängen gesehen werden, als dies ohne eine konkrete Anschauung der Fall ist. Allein die Konfrontation mit der gewaltigen Ausdehnung des Landes und den dadurch bedingten Möglichkeiten und Schwierigkeiten sowie die Gelegenheiten zu vielen spontanen Gesprächen schaffen erlebnishaft Voraussetzungen für die Beurteilung der dortigen Verhältnisse.

<sup>3)</sup> Ein wichtiger neuer Vorstoß zur Methoden- und Theoriediskussion findet sich bei Astrid von Borcke u. Gerhard Simon, *Neue Wege der Sowjetunion-Forschung*, Baden-Baden 1980.

Wichtig ist es natürlich auch, die eigenen Erkenntnisse und Urteile über Fragen der Sowjetentwicklung mit sowjetischen Fachleuten zu diskutieren. Auch hierzu hat es vor allem in den siebziger Jahren vielfältige Möglichkeiten gegeben — und zwar nicht nur in der Sowjetunion selbst, sondern auch an den westlichen Osteuropa-Instituten. Als Beispiel sei darauf hingewiesen, daß am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln während des Jahres 1980 elf Wissenschaftler aus osteuropäischen Ländern Vorträge gehalten haben. Umgekehrt hatten mehrere Wissenschaftler des Instituts Gelegenheit, in sowjetischen Instituten ihre Einschätzungen politischer Probleme darzulegen.

Eine wichtige Quelle für realistische Urteile über die Landesverhältnisse sind auch die Berichte der zahlreichen, oft über Jahre in der Sowjetunion tätigen Korrespondenten westlicher Zeitungen oder Rundfunkanstalten. Gerade im Zusammenhang mit der Politikberatung, auf die noch einzugehen sein wird, spielen ihre Erfahrungen stets eine wichtige Rolle.

Eine ganz andersartige Erkenntnisquelle im Sinne von „Landeserfahrung“ ist natürlich durch die in den siebziger Jahren in großer Zahl in den Westen emigrierten Sowjetbürger gegeben. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Wissenschaftler oder Schriftsteller, deren Lebenserfahrungen als ein wesentliches Korrektiv sowohl für „westliche“ Urteilsbildungen über die Sowjetunion als auch für die sowjetischen Selbstdarstellungen anzusehen sind. Dabei kommt es darauf an, emotional getragene Erkenntnis in ihrer Bedeutung für die Urteilsbildung nicht abzuwerten, sie zugleich

aber auch kritisch zu reflektieren.

Im Prinzip besteht ferner die Möglichkeit, Neoemigranten empirisch zu befragen. Ende des Zweiten Weltkrieges ist bei der „zweiten“ sowjetischen Emigration zum Beispiel ein groß angelegtes Befragungsprogramm der Harvard-Universität, das sich auf etwa 3 000 im Westen gebliebene Sowjetbürger erstreckte, ausgewertet worden<sup>4)</sup>. Im Hinblick auf die „dritte“ Emigration der siebziger Jahre wurden zwar einige thematisch eng begrenzte Befragungen durchgeführt, eine der Harvard-Studie vergleichbare Untersuchung liegt aber einstweilen nicht vor.

Schließlich sei auch auf die „Samisdat-Literatur“ hingewiesen, durch welche seit Anfang der sechziger Jahre unzensurierte sowjetische Selbstzeugnisse in großer Zahl in den Westen gelangt sind. Die Informationen und Überlegungen, die auf diese Weise als „empirisches“ Material zur Verfügung stehen, stellen natürlich eine weitere wichtige Erkenntnisquelle für die Osteuropaforschung dar.

Im Zusammenhang mit der großen Welle des sogenannten Wissenschaftstourismus ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob unter diesen neuen Voraussetzungen eine Osteuropaforschung überhaupt noch notwendig sei, nachdem sich jeder daran Interessierte durch Reisen selbst ein Urteil über die dortigen Verhältnisse bilden könne. Nach den vorangegangenen Ausführungen dürfte aber bereits deutlich geworden sein, daß die durch Reisen gewonnenen Landeserfahrungen nur eng begrenzte Ausschnitte in einem hochkomplexen Wissensfeld vermitteln und daß sie deshalb eine systematische und kontinuierliche Osteuropaforschung sicher nicht ersetzen können.

## Beziehungen zur Politik

Da fachlich abgesichertes Wissen über die kommunistisch regierten Länder eine besondere Bedeutung für die Politik hat, wird ein großer Teil der Osteuropaforschung unmittelbar vom Bund gefördert. Hieraus leitet sich für die bundesgeförderten Institutionen die Aufgabe ab, den politischen Bezügen der Entwicklungen in Osteuropa besondere Aufmerksamkeit zu widmen und der operativen Politik informativ und beratend zur Verfügung zu stehen.

Die schwierigen, zugleich aber entscheidenden Probleme einer aktiven und effizienten

Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik liegen in der Anlage und Gestaltung der Forschungsarbeiten in einer Weise, durch die bei voller Wahrung der wissenschaftlichen Basis ein hohes Maß an Politikrelevanz erzielt werden kann. Eine entscheidende Voraussetzung für die Annäherung an dieses Ziel liegt darin, die Besonderheiten von politischer und wissenschaftlicher Arbeit beim Aufbau einer wechselseitigen Kommunikation voll in Rechnung zu stellen, da sich die Nichtbeachtung

<sup>4)</sup> Alex Inkeles and Raymond A. Bauer, *The Soviet Citizen*, Cambridge, Mass. 1967.

dieser Differenz — modisch ausgedrückt — „kontraproduktiv“ auswirkt. Nur stichwortartig sei auf folgende strukturellen Unterschiede beider Bereiche hingewiesen:

— Wissenschaft ist auf Erkennen gerichtet und muß sich bemühen, Erkenntnisse nach allen Richtungen methodisch abzusichern und möglichst differenziert darzustellen. Politik ist auf Handeln gerichtet und muß zwischen vielen „Sichtweisen“ entscheiden.

— Der Zeithorizont wissenschaftlicher und politischer Arbeit ist wesentlich verschieden. Wissenschaft bedarf der Spezialisierung und vor allem der Kontinuität, wenn fundierte Ergebnisse erzielt werden sollen. Die Arbeitsweise in einem Ministerium kann durch „Aktenvorgänge“ veranschaulicht werden, die meist kurzfristig bearbeitet und entschieden werden müssen. Zusatzinformationen sind erwünscht, aber sie müssen zeitgerecht und sachadäquat zur Verfügung stehen, wenn sie Berücksichtigung finden sollen.

— Politik hat einen „Erkenntnisvorsprung“ vor der Wissenschaft in aktuellen Fragen durch operative Verhandlungen oder Informationen, die der Wissenschaft nicht oder nur teilweise zur Kenntnis gebracht werden können. Die Wissenschaft hat „Erkenntnisvorsprünge“ anderer Art, indem sie auf Probleme oder Entwicklungstendenzen hinweisen kann, die in aktualitätsbezogener Arbeit schwerlich erkennbar werden.

— Die Adressaten wissenschaftlicher Arbeit sind, zumindest in der Grundlagenforschung, primär die Fachkollegen. Die Adressaten der Ressortarbeiten befinden sich in der Hierarchie der politischen Instanzen.

Um diese mit der unterschiedlichen Struktur von Lebens- oder Wirklichkeitsbereichen zusammenhängenden Differenzen zu überbrücken, ist zwischen bundesgeförderter Osteuropaforschung und Politik eine Reihe besonderer Verfahrensweisen entwickelt worden. Dazu gehören Besprechungen über die Forschungsplanungen, gezielte Informationen der mit Osteuropafragen befaßten Ressortreferate über neu aufgenommene oder abgeschlossene

wissenschaftliche Arbeiten, Zusammenkünfte im Koordinationsausschuß für Osteuropafor- schung oder in der Interministeriellen Arbeitsgemeinschaft Osteuropafor- schung.

Der Außenstehende wird sich in Anbetracht dieses organisatorischen Netzwerkes fragen, ob unter diesen Umständen eine von politischen Vorgaben unabhängige Forschung überhaupt noch möglich ist. Die Praxis zeigt aber, daß auch in den bundesgeförderten Osteuropa-Instituten die von den Wissenschaftlern selbst entwickelten Arbeitsprogramme gegenüber einer unmittelbaren Auftragsforschung oder der Beantwortung spezifischer Anfragen weit überwiegen. Es besteht auch voller Konsens darüber, daß eine von vorherrschenden politischen Auffassungen unabhängige Erarbeitung und Präsentation der Forschungsergebnisse gewährleistet sein müssen, da nur auf diese Weise nützliche Beiträge in die Politik — auch wenn sie vordergründig unbequem erscheinen — eingebracht werden können.

Als weitaus effizientester Weg des Informationsaustausches zwischen Wissenschaft und Politik haben sich aber gemeinsame Arbeitskonferenzen und eine möglichst weitgehende Personalisierung der Kommunikation erwiesen. Dabei kommt dem Ost-West-Arbeitskreis, der im Jahre 1958 beim Auswärtigen Amt eingerichtet wurde, eine besondere Bedeutung zu. Er wird in wechselnder Zusammensetzung zwei- bis dreimal im Jahr für anderthalb Tage zusammengerufen, wobei Grundsatzfragen der Ost-West-Politik mit jeweils aktuellen Bezügen in Kurzreferaten und Diskussionen behandelt werden. Hinzu kommen weitere Fachkonferenzen, die unter Beteiligung von Ressortvertretern in verschiedenen Osteuropa-Instituten, bei der Osteuropa- und Südosteuropa-Gesellschaft, von der Redaktion „Osteuropa“ und ihren Tochterzeitschriften oder auch vom Koordinationssekretariat veranstaltet werden. Der besondere Vorzug der Konferenzen besteht darin, daß Informationen und Beurteilungen dichtgedrängt, interdisziplinär, gezielt und kurzfristig vermittelt werden können.

## Das Wissensfeld Osteuropa

In den vorangegangenen Ausführungen wurde versucht zu zeigen, daß vielfältige Ansätze, Erkenntnisquellen und Wechselbeziehungen berücksichtigt werden müssen, wenn

man zu differenzierten Erkenntnissen über die Sowjetentwicklung kommen will. Der Erfahrungsaustausch ist dabei auch nicht auf die „scientific community“ beschränkt, sondern



muß sich auch auf jene erstrecken, die mit den Problemen Osteuropas durch Lebenserfahrung verbunden oder mit ihnen in politischer Verantwortung befaßt sind. Das, was im Ergebnis einer solchen Kommunikation herausgebildet wird, sei bildhaft als „Wissensfeld“ gekennzeichnet. Es ist nicht „greifbar“, sondern wird erst in der Kommunikation „lebendig“, indem perspektivistisches und in vieler Hinsicht widersprüchliches Wissen miteinander in Beziehung gesetzt wird. Stets präsent sind dabei auch jene in den Köpfen und Herzen der Beteiligten verwurzelten Überzeugungen, die gar nicht ausgesprochen zu werden brauchen, aber durch frühere Begegnungen oder literarische Zeugnisse mitgedacht werden und damit einbezogen sind. Trivial kann man diese Kommunikation als Diskussionsrunde oder Gedankenaustausch bezeichnen. Es bleibt von einer solchen Zusammenkunft aber nicht viel mehr als ein anregendes oder interessantes Gespräch, wenn man sich nicht dessen bewußt ist, daß das kommunikativ entstehende oder getragene Wissensfeld eine gewisse Struktur hat, daß darin besondere Möglichkeiten liegen und verantwortungsvolle Aufgaben wahrgenommen werden können. Für das „Wissensfeld Osteuropa“ sei dabei auf folgende Aspekte hingewiesen:

— Bei hinreichend langer Erfahrung lassen sich Kernbereiche des Sowjetsystems erkennen, deren Probleme weitgehend ausdiskutiert sind, so daß sie als ein „Grundwissen“ angesehen werden können. Dies bedeutet natürlich nicht, daß man darüber zu einer gemeinsamen Auffassung gekommen ist, wohl aber, daß man die wesentlichen Probleme der sowjetischen Entwicklung, die bei ihrer Interpretation vertretenen Standpunkte und die daraus resultierenden Konsequenzen einigermaßen überblickt. Auch in terminologischen Fragen, die eine Quelle tiefgreifender Mißverständnisse sein können, wird man im Laufe der Zeit einen gewissen Konsens erzielen.

— Ist ein solches kollektives „Grundwissen“ verfügbar, können neu auftretende Ereignisse oder Phänomene in Ad-hoc-Konferenzen sehr rasch „verortet“ werden. Auch hierbei geht es nicht um eine definitive und einheitliche Urteilsfindung, sondern um eine Untersuchung der Phänomene in vielfältigen Perspektiven und Differenzierungen, um damit vereinseitigten Urteilsbildungen entgegenzuwirken oder bei notwendigen „einseitigen“ Entscheidungen das Problembewußtsein für das weite Umfeld der Konsequenzen und Alternativen zu erhöhen.

— Nicht weniger wichtig als die differenzierende Analyse aktueller Ereignisse ist das rechtzeitige Durchdenken mittel- oder langfristiger Entwicklungstendenzen. Auch hier kann es nicht um konkrete „Prognosen“ gehen, sondern um das Aufzeigen von Problemfeldern und Gestaltungsfaktoren, mit deren wachsender oder abnehmender Bedeutung auf längere Sicht zu rechnen ist. Da Zukunftsprojektionen in der Politik bewußt oder unterschwellig eine außerordentliche Rolle spielen, ist ihre Einbindung in das große Beziehungsgeflecht eines Wissensfeldes von besonderer Bedeutung.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß eine entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des hier umrissenen „Wissensfeldes“ in einer hinreichenden Kontinuität liegt. Für die Osteuropaforschung sind durch eine in die Anfänge unseres Jahrhunderts zurückreichende Tradition und die relative Überschaubarkeit der auf diesem Gebiet aktiv Tätigen einigermaßen günstige Bedingungen dafür gegeben. Natürlich ist in der Praxis die Kommunikation nicht so umfangreich und flexibel, wie dies nach dieser mehr idealtypischen Darstellung erscheinen mag. Trotz aller Einschränkungen aber sollte man sich dessen bewußt sein, daß bei einem „Schwinden“ dieses Wissensfeldes Politik und Öffentlichkeit in relativ kurzer Zeit mit äußerst widersprüchlichen Urteilen über die Sowjetentwicklung konfrontiert sein würden, für deren Korrektur oder Einbindung in größere Zusammenhänge dann kein „Instrumentarium“ mehr vorhanden wäre.

Wegen der Bedeutung dieses Wissensfeldes ist freilich auch eine ständige selbstkritische Reflexion über die damit verbundenen personellen und geistigen Voraussetzungen erforderlich. Die Wissenschaftstheorie der letzten zwanzig Jahre hat in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, daß in wissenschaftlichen Kollektiven Paradigmen, also stabile Denkmuster, vorherrschend werden können und damit ganze Wissens- oder Lebensbereiche für lange Zeit prägen. Zwar unterliegen auch diese Paradigmen gewissen Wandlungen, aber ihre Begrenztheit oder Lückenhaftigkeit erkennt man im ganzen Ausmaß erst dann, wenn im Gefolge großer geistiger Umbrüche ganz andersartige Denkmuster zum Tragen kommen. Das institutionalisierte Offenhalten eines solchen Kommunikationsfeldes für personelle und geistige Innovationen ist deshalb eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß man bei allen Prüfungen und Differenzierungen im „Innen-

raum" des Arbeitsgebietes nicht in einem „Grundirrtum“ befangen bleibt.

In diesem Zusammenhang ist ein Problem wichtig, über das zwar oft diskutiert worden ist, für das aber keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Es geht darum, die Ergebnisse der Osteuropaforschung mit neuen Erkenntnissen in den „Nachbarwissenschaften“ in Beziehung zu setzen<sup>5)</sup>. Gewisse Kommunikationsschwierigkeiten bestehen in dieser Hinsicht bereits zwischen der bundesgeförderten und Teilen der universitären Osteuropaforschung. Wichtiger für eine Klärung grundlegender Fragen aber wäre eine engere Wechselbeziehung zu anderen großen Fachrichtungen, in denen Gegenwartsinterpretationen eine wichtige Rolle spielen, wie der allgemeinen Politikwissenschaft, der Zeitgeschichte oder auch der Philosophie. Es gibt natürlich vielfältige Kommunikationen und Bemühungen in dieser Richtung, zugleich aber ist generell festzustellen, daß fachliche Isolierung und Mangel an interdisziplinärer Zusammenarbeit ein allgemein beklagtes Grundproblem unserer Zeit sind. Die Erfahrungen der Osteuropaforschung laufen dabei darauf hinaus, daß Interdisziplinarität nur bei subtilen organisatorischen Voraussetzungen und entsprechenden forschungsstrategischen Motivationen wirksam wird.

---

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu Arnold Buchholz, Koordination und Ressortbezug in der bundesgeförderten Osteuropaforschung, in: Osteuropa, 1980, H. 8/9, S. 688—704.

Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß eine Fülle individuell erarbeiteten und oft außerordentlich wertvollen Wissens verlorengeht, wenn es nicht in Kommunikation mit anderen Wissensbereichen gebracht wird. Nachdem das quantitative Wachstum der Wissenschaften längst überdimensionale Ausmaße angenommen hat und die Zweifel an dieser Art des Fortschritts immer größer werden, gewinnt die Herausbildung von Strukturen, auf denen Kommunikation und Integration sich entwickeln können, eine immer größere Bedeutung. In diesem Sinne kann Organisation als ein „Instrumentarium“ zu integrativem und damit neuem Erkenntnisgewinn angesehen werden.

Beim Blick auf die gewaltigen Wissensfelder, die die moderne Entwicklung begleiten und gestalten, darf man natürlich zugleich nicht vergessen, daß alle Erkenntnis letztlich eine Leistung des einzelnen ist. Dabei besteht eine enge Beziehung zwischen den existenziellen Strukturen des einen und jenen Strukturen, die aus der Wirklichkeit erkennend herausgehoben werden. Zwar kann diesen Wechselbeziehungen hier nicht nachgegangen werden, aber in ihnen finden auch Sinn und Verantwortung der Arbeiten ihre Begründung. Für die Osteuropaforschung und ihre wissenschaftlichen Nachbargebiete geht es dabei letztlich um Fragen der Lebensordnung und — in einer offenbar gefährlicher werdenden Zeit — vielleicht auch um Fragen des Überlebens.

# Beharrung und Veränderung in der sowjetischen Innenpolitik

## I. Die Problematik von Theorien

Die Geschichte richtet sich weder nach unseren Wünschen noch nach den Theorien, die man glaubt, aus historischen Abläufen ableiten zu können. Man hat zwar immer wieder gehofft, von den Höhen der Wissenschaft einen Blick auf das gelobte Land der Zukunft werfen zu können, aber die Voraussagen trugen oder erwiesen sich zufällig als mehr oder weniger zutreffend. Die Geschichte läßt sich nicht wie ein Fünfjahresplan entwerfen.

Am Beispiel der Sowjetunion, die nach kommunistischem Selbstverständnis ihre Existenz auf die Voraussagen von Marx gründet, haben Wissenschaftler ihre prognostischen Fähigkeiten häufig erprobt. In den fünfziger Jahren wandte man meistens die Totalitarismustheorie auf die Sowjetunion an: Das gesamte Land wurde im Schraubstock einer Partei gesehen, die die totale Kontrolle und Planung für sich beanspruchte<sup>1)</sup>. Nach diesem Erklärungsversuch erschien die UdSSR mehr als ein statisches Gebilde, wenn auch Wandlungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich geleugnet wurden<sup>2)</sup>. Später stellte man der Totalitarismustheorie, die die Sowjetunion im Prinzip pessimistisch beurteilte, Theorien entgegen, die mehr zum Optimismus Anlaß geben konnten. Die Konvergenztheorie beispielsweise ging davon aus, daß die Industrialisierung in der Sowjetunion zu einem Abbau des Terrors und der Repression und damit letzten Endes zu einer Entwicklung führen würde, die der des „Westens“ verwandt oder ähnlich sei<sup>3)</sup>. Ande-

ren schien die „Modernisierungstheorie“ umfassend genug zu sein, um mit ihr auch das Werk der Russischen Revolution interpretieren zu können. Danach wäre die Entwicklung der UdSSR nur eine Variante eines umfassenden Prozesses, der mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und mit der Französischen Revolution in Gang gekommen wäre und dann von der gesamten Welt Besitz ergriffen hätte<sup>4)</sup>.

Theorien haben natürlich ihren Platz in der Wissenschaft. Sie versuchen Ordnung in das Durcheinander der Daten und Fakten zu bringen. Sie bergen jedoch Gefahren in sich, zunächst schon dann, wenn sie in eine breitere Öffentlichkeit absinken. Die Autoren der Theorien sind sich in der Regel der Problematik ihrer Konstruktionen bewußt, aber für die passiven Konsumenten verkürzen sich Theorien nur zu leicht zu Formeln mit einer dogmatischen Aussage.

Aber auch wenn man die unzulässigen Vereinfachungen, die sich nie und nirgendwo vermeiden lassen, einmal beiseite läßt, ergibt sich für jeden Verfechter einer Theorie die Versuchung, daß er nur noch das sieht, was er sehen will oder sogar sehen muß, wenn er nicht seine Theorie revidieren oder verwerfen will. Wie man aber auch zu Theorien stehen mag, wichtig ist es eigentlich nur, daß man sich bei der Analyse der Fakten seine Unbefangenheit bewahrt und nicht seine Befürchtungen oder Hoffnungen in die Wertung einfließen läßt. Angesichts der oft doch sehr zur Selbstgerechtigkeit neigenden Wissenschaftler scheint der Appell zu einer vorurteilslosen Betrachtung immer wieder nötig zu sein. Es ist eigentlich

<sup>1)</sup> Zur Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie G. Brunner, *Politische Soziologie der UdSSR*, Teil II, Wiesbaden 1977, S. 181 ff.; A. von Borcke/G. Simon, *Neue Wege der Sowjetunion-Forschung*, Baden-Baden 1980, S. 72 ff.; J.F. Hough/M. Fainsod, *How the Soviet Union is Governed*, Cambridge, Mass. 1979, S. 518 ff.

<sup>2)</sup> M. Fainsod, *Wie Rußland regiert wird*, Köln 1965, S. 639 ff.

<sup>3)</sup> Hierzu W. Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*, Göttingen 1961. Zur Kritik z. B. Brzezinski/S. Huntington, *Politische Macht. USA/UdSSR*, Köln 1966, S. 449 ff.

<sup>4)</sup> C.E. Black (Hrsg.), *The Transformation of Russian Society*, Cambridge, Mass. 1960. Einen Überblick über die verschiedenen Interpretationen bei H.-U. Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975. Hierzu A. von Borcke/G. Simon, *Neue Wege der Sowjetunion-Forschung*, S. 36 ff.

beschämend, wenn ein Dichter wie Eugenio Montale in einem Gedicht mehr Nüchternheit aufbringt als manche Politikwissenschaftler, Soziologen oder Historiker:

„Die Geschichte wird nicht gemacht von dem, der sie überdenkt, und auch nicht von dem, der sie nicht kennt. Die Geschichte geht nicht voran, sie bockt, sie verabscheut das Nach-und-Nach, sie geht nicht vorwärts und nicht zurück, sie wechselt den Bahnsteig, und ihre Fahrtrichtung steht nicht im Fahrplan.“<sup>5)</sup>

Die Lokomotive der Geschichte, die die Oktoberrevolution nach dem Selbstverständnis der Kommunisten sein sollte, änderte in der Folge mehrfach ihren Kurs und führte zu Stationen, die nicht vorgesehen waren, und es ist nicht einmal sicher, ob sie sich dem ursprünglich angegebenen Bestimmungsort überhaupt nähert.

Im vorliegenden Aufsatz soll die letzte Strecke betrachtet werden, die die Sowjetunion unter Breshnew zurückgelegt hat. Seit Oktober 1964 steht Breshnew an der Spitze der KPdSU. Von seinen Anfängen als Erster Sekretär bis zu seiner heutigen Machtfülle sind 17 Jahre vergangen. Nur Stalin, der rund 24 Jahre die Geschicke des Landes lenkte (1929—1953), konnte auf eine längere Herrschaft zurückblicken. Wenn es sich auch inzwischen eingebürgert hat, von der Breshnew-Periode zu reden, so ist damit noch nichts über die Gestaltungskraft ihres Namensgebers gesagt. Als Innenpolitiker ist Breshnew im Vergleich zu seinen Vorgängern eher blaß. Er ist kein Revolutionär wie Lenin, kein Diktator wie Stalin und kein Reformier wie Chruschtschow. Als Persönlichkeit ist er im Vergleich zu den drei genannten auch nicht gerade stark ausgeprägt. Für einen Biographen ist sein Leben offensichtlich recht unergiebig — und das nicht nur, weil es kaum Hintergrundmaterial über sein privates Leben gibt<sup>6)</sup>.

In einem *coup de parti* waren Breshnew, Kosygin, Suslow und Podgornyj an die Macht gekommen. Sie hatten Chruschtschow gestürzt, als sie befürchten mußten, daß das große, noch aus der Stalin-Zeit stammende Machtpotential durch die gewagten Transaktionen und Manipulationen ihres cholerischen Parteiführers nicht nur vermindert, sondern möglicherweise sogar nicht einmal mehr in *ihre* Hände gelangen würde. Die Männer der neuen Führungsmannschaft, die in Breshnew und Kosygin ihre Eckpfeiler und Symbolfiguren fanden, hatten allerdings wenig Grund, mit der gesamten Entwicklung seit Stalins Tod unzufrieden zu sein. Schließlich waren sie in dieser Zeit zu höchsten Ämtern und Ehren gekommen. Sie hatten auch den größten Teil der Reformen, die nach 1953 eingeleitet worden waren, unterstützt.

Blicken wir zurück. Die Reformen nach Stalins Tod hatten die Sowjetunion merklich verändert:

— Als erstes war die Einmandiktatur von einer „kollektiven Führung“ abgelöst worden. Die Macht, die Stalin besessen hatte, wurde auf mehrere Schultern verteilt.

— Es fanden wieder, wenn auch nicht in aller Offenheit, Fraktions- und Machtkämpfe statt. Da es keine allesentscheidende Autorität mehr in der Parteiführung gab, konnten wieder Alternativen in der Politik vertreten werden.

— Der Massenterror wurde schrittweise reduziert und die Macht der Geheimpolizei beschnitten.

— Die Partei, die unter Stalin eine deutliche Zurücksetzung erfahren hatte, wurde zum entscheidenden Machtfaktor.

— Die von Chruschtschow forcierte Entstalinisierung setzte die Hoffnung auf einen umfassenden Wandel frei.

Von allen diesen Erscheinungen war für die Sowjetgesellschaft der Abbau des Massenterrors die wichtigste, die Entstalinisierung jedoch die verheißungsvollste.

<sup>5)</sup> E. Montale, *Satura/Diario*, München 1976, S. 55.

<sup>6)</sup> Vgl. M. Morozow, *Leonid Breshnew*, Stuttgart 1973; J. Dornberg, *Breshnew*, München 1973; P. J.

Murphy, *Breshnew: Soviet Politician*, Jefferson, N.C., 1981. Die offizielle Biographie: *Leonid Breshnew. Umriß seines Lebens*, München 1978.

## II. Die kollektive Führung und ihr Steuermann

Solange Stalin gelebt hatte, waren von seiner Privatkanzlei die Direktiven und Impulse ausgegangen<sup>7)</sup>. In dieser Schaltzentrale wurde nicht nur die politische Richtung bestimmt, sondern auch über Auf- oder Abstieg der einzelnen Politiker befunden. In den letzten Monaten von Stalins Herrschaft war offensichtlich wieder eine gewaltsame Durchforstung des Parteiapparates geplant, die auch vor den engsten Mitstreitern Stalins nicht haltgemacht hätte. Es war verständlich, daß die Nachfolger Stalins ein Interesse daran hatten, dem Zustand der allgemeinen Gefährdung und Unsicherheit ein Ende zu bereiten. Die immense Macht, die Stalin nach seinem Tod hinterließ, wurde so unter die Erbgemeinschaft verteilt, daß niemand ein persönliches Übergewicht erhielt. Mit Berija, der als Innenminister und Chef der Sicherheitspolizei zu einer Gefahr für die kollektive Führung geworden war oder geworden zu sein schien, machte man noch 1953 kurzen Prozeß: Man ließ ihn erschießen<sup>8)</sup>.

Auf der anderen Seite fanden sich die neuen Männer im Kreml damit ab, daß Chruschtschow mit der Zeit eine immer größere Macht in seinen Händen vereinigte. Wie man annehmen muß, trauten sie ihm keine besonderen Ambitionen zu und fanden außer ihm wohl kaum jemand, der so resolut die heißen Eisen anpackte. Da Chruschtschow bereit war, das Risiko der notwendigen Reformen zu tragen, mußte man ihm wohl oder übel auch mehr Macht zugestehen, als es sich mit den Prinzipien einer kollektiven Führung vereinbaren ließ. Unmittelbar nach Stalins Tod hatte Chruschtschow im Präsidium (so hieß das Politbüro offiziell von 1952 bis 1966) den fünften Platz eingenommen<sup>9)</sup>. Erst im September 1953 erhielt er den Titel eines „Ersten ZK-Sekretärs“. Damit wurde er zum stärksten Mann im Parteiapparat.

Als er 1958 auch Regierungschef wurde, verfügte er formal über dieselbe Ämterkombina-

tion wie Stalin. Seine Durchsetzungskraft reichte jedoch bei weitem nicht an die seines Vorgängers heran. Die Mitglieder seiner Führungsmannschaft konnten ihn in vielen Fällen durchaus noch in die Schranken weisen. Chruschtschow versuchte zwar in seinem Ungestüm, sich aus den Fesseln der kollektiven Führung herauszuwinden, was ihm zwar hin und wieder gelang, aber seine Überrumpelungstaktik und seine personalpolitischen Winkelzüge schufen ihm zum Schluß so viele Feinde, daß er vom Präsidium (Politbüro) wie vom ZK zum Rücktritt gezwungen werden konnte<sup>10)</sup>. Die obersten Organe der Partei diktierten dem obersten Repräsentanten der Partei ihren Willen auf.

Dasselbe ZK, das Chruschtschow den Gehorsam verweigerte, einigte sich darauf, die beiden höchsten Ämter in Partei und Regierung keinem einzelnen mehr anzuvertrauen<sup>11)</sup>. Nach der doppelten Erfahrung mit Stalin und Chruschtschow mußte eine neue Personalunion geradezu als tödlich für die angestrebte Balance der Macht erscheinen. Dennoch wurde bis heute die Teilung der beiden Spitzenämter nicht in den Statuten der Partei oder in der Verfassung verankert. Überhaupt sind die Statuten wie die Verfassung eher bereit, die Pflichten und Rechte der einfachen Parteimitglieder bzw. der Bürger zu deklarieren als die Grenzen der höchsten Machtorgane festzulegen.

Als man sich 1964 für die Aufteilung von Chruschtschows Patrimonium entschied, dürfte weitgehend Einverständnis darüber geherrscht haben, daß Breshnew Parteichef (Erster Sekretär des ZK) und Kossygin Ministerpräsident werden sollten. Nach den manchmal hektischen Reformen der letzten Jahre sollte nun eine Phase der Konsolidierung folgen. Nur wenige Experimente Chruschtschows wurden völlig rückgängig gemacht, wie etwa die Aufspaltung der Partei in einen Landwirtschafts- und in einen Industrieflügel. Im allgemeinen begnügte man sich mit kleineren Kurskorrekturen. Zugleich muß aber sehr bald

<sup>7)</sup> Hierzu die detaillierte Untersuchung von N. E. Rosenfeldt, *Knowledge and Power*, Kopenhagen 1978.

<sup>8)</sup> W. Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, Köln 1960, S. 55 ff.

<sup>9)</sup> H. Brahm, *Das Nachfolgeproblem im sowjetischen Herrschaftssystem*, in: *Berichte des BLOst* 34/1980, S. 25 ff.

<sup>10)</sup> M. Tatu, *Macht und Ohnmacht im Kreml*, Berlin 1968, S. 402 ff.

<sup>11)</sup> P. A. Rodionow, *Kollektivnost'-vysšij princip partijnogo rukovodstva*, Moskau 1967, S. 219.

in der sowjetischen Bevölkerung spürbar geworden sein, daß die politische Führung nicht mehr bereit war, irgendwelche Tendenzen oder Neuerungen zuzulassen, die das Monopol der Partei untergraben könnten.

Wie 1924 und 1953 trat die neue Mannschaft als „kollektive Führung“ an. Künftig sollte kein „starker Mann“ mehr das Vorrecht haben, mit neuen Ideen vorzupreschen, sondern jeder Beschluß mußte nun im Politbüro und in den vorgeschalteten Gremien so sorgsam vorbereitet werden, daß er entweder allen Seiten als annehmbar erschien oder doch eine breite Mehrheit fand. Eine solche Politik der ständigen Kompromisse gestaltete den Entscheidungsprozeß schwerfällig und brachte eine gewisse Verschwommenheit mit sich.

Die politische Landnahme durch die Apparate bzw. durch deren oberste Repräsentanten wurde sanktioniert. Ja, den Mitgliedern der Breshnew-Kossygin-Mannschaft wurde darüber hinaus eigentlich sogar eine unbegrenzte Amtszeit zugestanden. Das ergab sich jedenfalls aus dem seit 1964 immer wieder bekräftigten Grundsatz der „Stabilität der Kader“. Wer genügend Fortune besaß und nicht gerade gegen die Spielregeln verstieß, konnte manchmal sogar seinen Sitz im Politbüro bis an sein Lebensende behalten. 1966 wurde ein unter Chruschtschow eingefügter Passus aus den Parteistatuten herausoperiert, der eine regelmäßige Erneuerung des Politbüros und des ZK verlangte<sup>12)</sup>.

Unübersehbar war jedoch auch, daß Breshnew mit der Zeit seine Macht ausbauen konnte. 1966 wurde er „Generalsekretär“. Es ist anzunehmen, daß dies nicht nur ein Ehrentitel ist, sondern mit dieser Bezeichnung auch eine Rangerhöhung verbunden wurde. So ist behauptet worden, daß der „Erste Sekretär“ nur Vorsitzender des ZK-Sekretariats sei, während der Generalsekretär an der Spitze der gesamten Partei stehe<sup>13)</sup>. Wenn auch nichts Konkretes über den Machtumfang des neuen Generalsekretärs bekanntgegeben wurde, so zeigte der wachsende Einfluß Breshnews sehr bald, daß er tatsächlich die Schlüsselfigur in Partei und Staat wurde. Breshnew machte im-

mer stärker Vorstöße auf das Feld der Außenpolitik. Er nahm schließlich sogar die Funktionen des Regierungschefs oder Staatspräsidenten wahr, wenn er Abkommen mit den USA oder der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete, an der Schlußsitzung von Helsinki teilnahm oder bei Treffen auf höchster Ebene die sowjetische Seite repräsentierte<sup>14)</sup>.

Trotz der Vereinbarungen vom Oktober 1964 scheint es Versuche gegeben zu haben, Breshnew sogar die Verfügungsgewalt über die Regierungsgeschäfte zu geben<sup>15)</sup>. Wenn dies auch mißlang, so erreichte es Breshnew 1977 immerhin, den Platz des Staatsoberhauptes zu übernehmen, den Podgornyj sicher nicht aus freien Stücken geräumt hatte. Vom Präsidium des Obersten Sowjet aus konnte Breshnew offensichtlich seinen Einfluß auf den Ministerrat, die Domäne Kossygins, stärker geltend machen als von seinem Amt als Generalsekretär<sup>16)</sup>. Es kam ihm sicher gelegen, daß Kossygin 1980 aus Gesundheitsgründen zurücktrat. Tichonow, der neue Regierungschef, steht Breshnew persönlich nahe und folgt dessen Wünschen sicher eher als der eigenwillige und widerborstige Kossygin.

Breshnew hat Zug um Zug seinen Kompetenzbereich erweitern können. Inzwischen ist er nicht nur Generalsekretär und Staatsoberhaupt, sondern auch Vorsitzender des Verteidigungsrates, Oberkommandierender der Sowjetischen Streitkräfte und Marschall der Sowjetunion<sup>17)</sup>. Der Kult um ihn ist bereits weiter gediehen als seinerzeit der Kult um Chruschtschow. Wie es scheint, rücken seine Protegés unaufhaltsam in freiwerdende Positionen. So sehr aber sein Einfluß gewachsen ist, so ist er dennoch kein Diktator oder absoluter Herrscher. Bis heute scheint er im Einvernehmen mit dem Parteiparat, den Militärs, der Geheimpolizei und der Staatsbürokratie zu handeln.

Sicher versucht er nicht wie sein Vorgänger, der Führungsmannschaft seinen Willen mit allen Mitteln und Tricks aufzunötigen. Er scheint sich eher der vorherrschenden Mei-

<sup>14)</sup> Hierzu B. Meissner, in: B. Meissner/G. Brunner (Hrsg.), Gruppeninteressen und Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion, Köln 1975, S. 46.

<sup>15)</sup> B. Meissner, a. a. O., S. 44.

<sup>16)</sup> Sowjetunion 1978/79, München 1979, S. 18.

<sup>17)</sup> Sowjetunion 1975/76, München 1976, S. 28. Sowjetunion 1978/79, S. 17.

<sup>12)</sup> Spravočnik partijnogo rabotnika, vyp. 6, Moskau 1976, S. 25ff.

<sup>13)</sup> R. Medvedev/Zh. Medvedev, Khrushchev. The Years in Power, New York 1976<sup>2</sup>.

nung anzuschließen. Er schwimmt also nicht gegen den Strom, sondern mit ihm. Innerhalb der kollektiven Führung ist er jedoch nicht Gleicher unter Gleichen<sup>18)</sup>. Seine Macht geht über die eines einfachen Politbüromitgliedes hinaus. Zum einen hat er als Generalsekretär den Parteiapparat hinter sich. Darüber hinaus erlaubt ihm seine Position, Diskussionen in

eine bestimmte Richtung zu lenken, und ebenso wird er bei der Vermittlung gegensätzlicher Positionen seinen Einfluß auf vorsichtige Art geltend machen können. Nicht zuletzt aber erleichtert ihm die große Zahl seiner Anhänger, die inzwischen an den Schaltstellen stehen, eine Entscheidungsfindung in seinem Sinne.

### III. Fehden im Politbüro

Zwischen 1953 und 1964 hat es im Politbüro (Präsidium des ZK) Macht- und Richtungskämpfe gegeben, die sich in groben Umrissen durchaus rekonstruieren lassen<sup>19)</sup>. Die Auseinandersetzungen wurden jedoch nicht auf offenem Markt ausgetragen. Die Gruppe, die den Sieg davontrug, teilte nachträglich nur das mit, was ihr opportun erschien. Die Unterlegenen erhielten keine Chance, ihren Standpunkt vor der Bevölkerung darzulegen. Berija wurde von seinen Widersachern nach seiner Inhaftierung vorgeworfen, daß er die Regierung und die Partei seinem Innenministerium unterstellen wollte. Malenkow mußte, als er als Regierungschef zurücktrat, in einem Brief sein Versagen in der Verwaltung, in der Landwirtschafts- und Industriepolitik eingestehen.

1957 sah sich Chruschtschow im Politbüro unversehens in die Minderheit versetzt. Seiner drohenden Entmachtung kam das ZK zuvor, das in letzter Instanz darüber befand, ob jemand seinen Platz in den obersten Parteigremien gewann, behielt oder verlor.

Seit dem Sturz Chruschtschows rückte die neue Führung völlig davon ab, irgend etwas über Fehden im Politbüro bekanntzugeben. Der Bevölkerung sollte das Bild einer einträchtig und sachlich arbeitenden Mannschaft vermittelt werden. Schon die wirklichen Gründe, die zum Rücktritt Chruschtschows geführt hatten, wurden nicht mehr direkt und ungeschminkt genannt. Daß es von 1964 bis heute keine ernsthaften Zusammenstöße im Politbüro gegeben haben sollte, ist kaum anzu-

nehmen. Man darf vermuten, daß Woronow, Scheljest, Scheljepin, Poljanskij, Podgornyj und Mazurow das Politbüro verlassen mußten, weil sie in einen unversöhnlichen Gegensatz zur Mehrheit in der Parteiführung geraten waren. Was kremlologischer Scharfsinn aus Indizien oder Indiskretionen über die möglichen Hintergründe der jüngeren Personalveränderung in der Parteispitze zutage förderte, ist im Grunde sehr wenig, wenn es sicher auch hilfreich für die Erklärung mancher sonst völlig unverständlicher Ereignisse ist. Von Scheljest wird etwa angenommen, daß er ein Gegner der Entspannung war und dem ukrainischen Nationalismus nicht entschieden genug entgegengetreten ist<sup>20)</sup>. Scheljepin wiederum soll in dieser oder jener Form Anspruch auf den Stuhl des Parteichefs erhoben haben<sup>21)</sup>.

Die Reden und Artikel der heutigen Politbüromitglieder sind von erstaunlicher Uniformität. Dennoch lassen sie in Einzelfragen Akzentverschiebungen erkennen. Es ist sicher keine Überinterpretation, wenn man in Suslow oder Ponomarjow die wichtigsten Wortführer einer weltrevolutionären Strategie sieht. Da sie beide Mitglieder des ZK-Sekretariats sind, haben sie vermutlich an den Vorbereitungen der Politbürositzungen einen großen Anteil.

Weniger gesichert ist die Annahme, daß es im Parteiapparat eine Gruppe gibt, die die Interessen der Großrussen stärker gewahrt sehen möchte, die etwa in der Expansion des sowjetischen Imperiums eine mögliche Gefahr sieht und die auch einer stärkeren Integration der asiatischen Nationalitäten abwehrend gegen-

<sup>18)</sup> J. Hough/M. Fainsod, *How the Soviet Union is Governed*, S. 478.

<sup>19)</sup> Zu diesen Auseinandersetzungen W. Leonhard, *Kreml ohne Stalin*; B. Meissner, *Rußland unter Chruschtschow*, München 1960; M. Tatu, *Macht und Ohnmacht im Kreml*.

<sup>20)</sup> Sowjetunion 1973, München 1974, S. 30

<sup>21)</sup> M. Voslensky, *Nomenklatura*, Wien 1980, S. 376f.

übersteht. Zu den „Isolationisten“ werden Kapitonow und Solomenzew gerechnet<sup>22)</sup>. Von den Vollmitgliedern des Politbüros soll ledig-

lich Grischin, der Moskauer Parteichef, diese Gruppe unterstützten, allerdings auch nur halbherzig.

#### IV. Abbau des Terrors

Die politische Landschaft des nachstalinistischen Rußland ist durch nichts stärker verändert worden als durch die Beendigung des Massenterrors, die Freilassung von Häftlingen und die Rehabilitierung von Stalin-Opfern. Unter Stalin war die Sicherheitspolizei so stark und bedrohlich geworden, daß kaum jemand vor ihr sicher sein konnte. Als man Berija hinrichtete, wollte man nicht nur einen potentiellen Usurpator ausschalten, sondern zugleich das weitverzweigte politische und wirtschaftliche Imperium auflösen, das das Ministerium für Innere Angelegenheiten (MWD) darstellte<sup>23)</sup>. Zunächst wurde der KGB (der Staatssicherheitsdienst) aus dem Ministerium ausgegliedert. Um auch diese beiden Teilorganisationen nicht zu einer Gefahr für die „kollektive Führung“ werden zu lassen, berief man an die Spitze des MWD wie des KGB Männer, die vergleichsweise unbedeutend waren. Des weiteren wurde der Sicherheitspolizei die wirtschaftliche Basis entzogen. Die Verantwortung für das Straßenwesen, für Kanalbauten und Wasserwerke übertrug man anderen Ressorts. Das Justizministerium erhielt die Oberaufsicht über die Lager. Nicht zuletzt verlor das KGB das Recht, Häftlinge in eigener Regie zu verurteilen.

Außer Berija wurde ein Reihe höherer Geheimpolizeifunktionäre zum Tode verurteilt. Es konnte nicht ausbleiben, daß als Folge all dieser Eingriffe der KGB stark verunsichert wurde, zumal immer mehr Häftlinge ihre Freiheit erlangten. 1953 sollen es 4 000 Menschen gewesen sein, die die Lager verlassen konnten, in den beiden folgenden Jahren 12 000 und 1956/1957 dem Vernehmen nach sieben bis acht Millionen<sup>24)</sup>.

Der Terror wurde zwar eingeschränkt, aber er blieb als ultima ratio stets in Reserve. Das zeigte sich, als nach 1964 der Druck auf die nonkonformistische Intelligenz, die für die Erhaltung und Ausweitung künstlerischer und politischer Freiheiten zu kämpfen begann, wieder stärker wurde. Allerdings kehrte man nicht zum Massenterror zurück. Diejenigen, die sich zu sehr von den Normen des Wohlverhaltens entfernten, wurden zunächst nur ermahnt oder zu einer Belehrung in die Behörden eingeladen. Dann drohte man den widerspenstigen Nonkonformisten mit dem Entzug gewisser Leistungen, belästigte sie mit Telefonanrufen und anonymen Schmähbriefen. Wenn das alles nicht fruchtete, konnte ein Regimekritiker oder eine aus irgendeinem Grund in Mißkredit geratene Person seinen Arbeitsplatz verlieren, von einem Gericht zu Lagerhaft verurteilt, von Spezialärzten in eine psychiatrische Anstalt gesteckt, ins Ausland abgeschoben oder ins Landesinnere verbannt werden.

Heute ist eine klare Trennungslinie zwischen der Masse der loyalen Staatsbürger und jenen Nonkonformisten gezogen, die aktiv für das Recht auf Ausreise kämpfen, die eine größere Freiheit für ihre Religion verlangen oder aber die Verletzung der Menschenrechte anprangern. Wer sich anpaßt und das Regime nicht öffentlich in Frage stellt, kann sich im Vergleich zur Stalin-Ära einer größeren Sicherheit erfreuen. Die Unbequemlichkeiten dagegen, die sich nicht einordnen, unterliegen Willkürmaßnahmen. Die sowjetischen Behörden legen jedoch Wert darauf, daß selbst die Dissidenten und Nonkonformisten, die vor Gericht gestellt werden, ein Verfahren erhalten, das wenigstens formal den Anschein der Rechtmäßigkeit erwecken soll. Die Angeklagten haben einen Verteidiger zur Seite und können ihre Sache vortragen, ohne so massiv wie zu Stalins Zeit eingeschüchtert zu werden. Allerdings ist kein Fall bekannt, daß jemand, der aus religiösen oder politischen Gründen angeklagt wur-

<sup>22)</sup> M. Agurskij, Klokočuščij vulkan, in: Russkaja mysl', 18. 9. 1980.

<sup>23)</sup> M. Fainsod, Wie Rußland regiert wird, S. 497 ff. J. Hough hat in seiner Neufassung dieses Standardwerkes das Terrorsystem viel zu stiefmütterlich behandelt.

<sup>24)</sup> R. Medvedev/Zh. Medvedev, Khrushchev, S. 19f.



de, freigesprochen worden wäre<sup>25</sup>). Selbst wenn während der Gerichtsverhandlungen klar erkennbar wird, daß das Beweismaterial stümperhaft fabriziert wurde — wie etwa im Falle des jüdischen Arztes Stern —, ist dies für ein Gericht offensichtlich noch längst kein Grund, ein Verfahren einzustellen<sup>26</sup>).

Der Terror, der heute angewandt wird, ist selektiv. Er erreicht bei weitem nicht die Dimensionen der Stalinzeit. Anfang der siebziger Jahre schätzte man die Zahl der politischen Häftlinge in den Lagern auf etwa 10000<sup>27</sup>). Während der Zeit vom Juni 1975 bis Mai 1979 wurden im Westen mehr als 400 Fälle bekannt,

in denen Personen wegen politischer oder religiöser Vergehen verurteilt, verbannt oder in psychiatrischen Anstalten interniert wurden<sup>28</sup>). Angesichts einer Bevölkerung von mehr als 260 Millionen Menschen muten diese Angaben erstaunlich gering an.

Der Apparat der Geheimpolizei ist in den letzten Jahren offensichtlich erstarkt. Andropow, der KGB-Chef, erhielt 1973 zusammen mit dem Verteidigungs- und Außenminister einen Sitz im Politbüro. Darin zeigte sich, wie sehr die Rolle des Staatssicherheitsdienstes inzwischen wieder in den Augen der Parteiführung an Bedeutung gewonnen hat.

## V. Wiederbelebung der Partei

Die KPdSU hatte unter Stalins Herrschaft ihre Autonomie verloren. Sie war nicht nur von Stalins Privatkanzlei dirigiert worden, sondern hatte darüber hinaus unter der ständigen Drohung der Geheimpolizei gestanden. Der Chef der Sicherheitspolizei in einem Rayon oder einer Oblast hatte zum Schluß mehr Macht als die Parteisekretäre auf der gleichen Ebene. Der MGB (das Ministerium für Staatssicherheitsdienst) konnte sich sogar in den Abteilungen des ZK einnisten. Seine Vertreter hatten das Recht, die Schreibtische, Akten und Safes der ZK-Mitglieder zu inspizieren.

Chruschtschow ist es jedoch, nachdem der Staatssicherheitsdienst zurückgedrängt war, in kurzer Zeit gelungen, die KPdSU zu reaktivieren und zur dominanten Macht zu machen. Das Präsidium (Politbüro) und das ZK-Sekretariat dürften im Laufe der fünfziger Jahre die Macht zurückerlangt haben, die sie unmittelbar nach Lenins Tod einmal besessen hatten. Ebenso erwachte das ZK zu neuem Leben: War es von 1941 bis 1951 nur noch zweimal einberufen worden, so fanden von Dezember 1956 bis Dezember 1958 elf Plenen statt. Chruschtschow schuf sich mit seinen ständigen Reorganisationen der Partei, die vielen

Funktionären den Arbeitsplatz kostete, allerdings sehr bald mehr Feinde als Freunde. Die engste Umgebung Chruschtschows muß es also einen ausgesprochen unfreundlichen Akt empfunden haben, daß in der Neufassung der Parteistatuten von 1961 der Austausch von ZK- und Präsidiumsmitgliedern nach einem Turnus von höchstens zwölf Jahren vorgesehen war<sup>29</sup>).

Charakteristisch für die Ära Breshnew ist eine gewisse Regelmäßigkeit, mit der Sitzungen des Politbüros, des ZK und Parteikongresse abgehalten werden. Nach 1964 wurden viele der organisatorischen Neuerungen, die Chruschtschow in der letzten Zeit durchgesetzt hatte, rückgängig gemacht. Die neue Mannschaft wollte von einem systematischen Wechsel in der Parteispitze nichts mehr wissen. 1966 wurde, wie bereits erwähnt, der entsprechende Passus aus den Statuten gestrichen. Die Erneuerung und damit die Verjüngung des Leitungspersonals trat damit eindeutig hinter einer Politik zurück, die darauf hinauslief, die alten Machträger so lange wie möglich in ihren Ämtern zu belassen. Heute sind die Vollmitglieder des 14köpfigen Politbüros im Durchschnitt etwa 70 Jahre, die Vollmitglieder des 319 Personen umfassenden ZK 62 Jahre alt.

<sup>25</sup>) amnesty international (Hrsg.), Politische Gefangene in der UdSSR, Frankfurt a. M. 1980, S. 116.

<sup>26</sup>) Ein ganz „gewöhnlicher“ Prozeß. Dr. Michail Stern vor seinen sowjetischen Richtern, Berlin 1977.

<sup>27</sup>) Sowjetunion 1973, S. 25.

<sup>28</sup>) amnesty international (Hrsg.), Politische Gefangene in der UdSSR, S. 7.

<sup>29</sup>) G. Brunner, Das Parteistatut der KPdSU 1903—1961, Köln 1965, S. 190.

Man kann gegenwärtig annehmen, daß den Parteiorganisationen auf den verschiedensten Ebenen mehr Spielraum zugestanden wird als während der Stalin-Periode. Zugleich jedoch bietet die Parteispitze noch immer ein Bild größter Konformität. Wenn, wie angenommen wurde, die Delegierten eines Kongresses nicht mehr so stark vom Parteiführer ausgewählt werden sollten wie früher<sup>30)</sup>, ist eigentlich die Einmütigkeit auf den öffentlichen Sitzungen eines Parteikongresses verwunderlich. Nie

## VI. Entstalinisierung

Es war sicher nur zu einem geringen Teil das Verlangen nach historischer Wahrheit, das Chruschtschow bewogen hat, am Ende des XX. Parteikongresses (1956) auf einer eilig einberufenen, geschlossenen Nachtsitzung ein neues, in dunklen Farben gehaltenes Bild von Stalin zu entwerfen, das in krassem Gegensatz zu den früheren ikonographischen Darstellungen stand<sup>31)</sup>. Was Chruschtschow zu den blutigen „Säuberungen“ der dreißiger Jahre und den „Affären“ der Nachkriegszeit zu berichten wußte, dürfte sicher für die mehr oder weniger unvorbereiteten Zuhörer ein Schock gewesen sein, aber es war bei weitem nicht die volle Wahrheit. Zwar wurde die Periode zwischen 1934 und 1953 kritisch durchleuchtet, aber die Kollektivierung oder die Auseinandersetzung mit den oppositionellen Gruppen der zwanziger Jahre blieb im wesentlichen von der Neubewertung ausgenommen. Chruschtschow verschwieg sogar das Ausmaß von Stalins Terror während der Großen Säuberung, und er lenkte geflissentlich von der Frage ab, ob und inwieweit die Partei an den Verbrechen mitschuldig geworden war.

Was aber auch immer die Motive von Chruschtschow gewesen sein mögen, seine Anklagerede gegen den toten Stalin löste in der Sowjetunion, im sozialistischen Lager und im Weltkommunismus eine Kettenreaktion aus. Zwar verhinderte die damalige kollektive Führung die Auslieferung der gedruckten Fassung dieses Referats<sup>32)</sup>, aber sie gestattete im-

hat man davon gehört, daß es zu einem Vorschlag des ZK eine Gegenstimme gegeben hat. Es ist natürlich möglich, daß wenigstens bei den Wahlen zum ZK, Politbüro und Sekretariat, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, gegen den einen oder anderen Kandidaten votiert wird, aber es ist kaum vorstellbar, daß sich eine große Anzahl von Parteitagsdelegierten zur Ablehnung der von oben vorgeschlagenen Kandidaten bereitfindet.

merhin, daß ausgewählte Kreise mit dessen Inhalt vertraut gemacht wurden. Einzelheiten sickerten rasch durch, und von interessierter Seite wurde die Rede den USA zugespielt. Auf dem Parteikongreß von 1961 wurden schließlich die Auswüchse des Stalinismus öffentlich attackiert.

Chruschtschow hatte in seiner Anti-Stalin-Rede mitgeteilt, daß 7679 Personen rehabilitiert worden seien, eine Reihe davon jedoch nur posthum<sup>33)</sup>. Fünf Jahre später ließ man die Bevölkerung wissen, daß 15000 Menschen wieder in die Partei aufgenommen worden seien<sup>34)</sup>. Roj Medwedjew schätzt die Zahl derer, die posthum rehabilitiert worden seien, sogar auf fünf bis sechs Millionen<sup>35)</sup>, was ja wohl nur bedeuten kann, daß die seinerzeit erhobenen Vorwürfe gegen den überwiegenden Teil der Stalin-Opfer stillschweigend als ungerechtfertigt angesehen wurden. Es ist jedenfalls nicht vorstellbar, daß in allen diesen Fällen ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet worden wäre. Verfemt, aber nicht mehr dämonisiert blieben dagegen die meisten Prominenten, die unter Stalin liquidiert worden sind<sup>36)</sup>. Aus dieser Gruppe der Hochrangigen wurden lediglich die Kommandeure der Roten Armee wie beispielsweise Tuchatschewskij und Jakir und eine Handvoll von Funktionären (Antonow-

<sup>33)</sup> Chruschtschow erinnert sich, S. 553.

<sup>34)</sup> XXII s-ezd KPSS, Bd. II, Moskau 1961, S. 218f.

<sup>35)</sup> R. Medvedev/Zh. Medvedev, Khrushchev, S. 20.

<sup>36)</sup> Zum Problem der Rehabilitierung L. Labeledz, Resurrection and Perdition in: Problems of Communism 1963, Nr. 2, S. 48—59; H. Brahm, Liquidieren und Rehabilitieren. Chruschtschows ungelöstes Problem, in: Die politische Meinung, 1964, Nr. 97, S. 23—24.

<sup>30)</sup> J. Hough/M. Fainsod, How the Soviet Union is Governed, S. 474f.

<sup>31)</sup> Die Rede in: Chruschtschow erinnert sich, Reinbek 1971, S. 529ff.

<sup>32)</sup> R. Medvedev/Zh. Medvedev, Khrushchev, S. 70.

Owsejenko, Postyschew) formal rehabilitiert. Offensichtlich hatte man die kritische Grenze erreicht, als man Krestinskij und Ikramow rehabilitierte, die beide im Schauprozeß gegen Bucharin (1938) verurteilt worden waren.

Die Rehabilitierung von hohen Parteifunktionären, die noch vor dem Sturz Chruschtschows gestoppt worden war, wurde auch in der Ägide Breshnew nicht wieder aufgenommen. Nach 1964 zeigte die sowjetische Führung eigentlich überhaupt keine Neigung mehr, in der stalinistischen Vergangenheit herumzurühren und immer neue Schichten des Bodensatzes aufzuwirbeln. Die Entstalinisierung wurde allerdings nicht rückgängig gemacht, aber man verzichtete auf alles, was Emotionen wecken konnte. Wenn man jetzt auf die Massenrepressionen einging, geschah dies in knappen Wendungen, die den Anschein der Sachlichkeit vermitteln sollten. Man schrieb über die Geschehnisse von 1934 bis 1953 so, als ob sie schon so weit der Gegenwart entrückt wären, daß sie keiner detaillierten Darstellung mehr bedürften.

Seit 1964 tauchte der Name Stalins, der nach der Bilderstürmerei Chruschtschows tabuisiert worden war, wieder in der Memoirenliteratur und in historischen Werken auf. Daraus kann jedoch nicht ohne weiteres auf eine Re-Stalinisierung geschlossen werden.<sup>37)</sup> Da Stalin ungefähr ein Vierteljahrhundert die Partei geführt hat, war es nur ein Akt histori-

scher Gerechtigkeit, wenn man seinen Namen nicht mehr unterschlug. Es mag auch Kräfte gegeben haben, denen die „Rehabilitierung“ Stalins als Persönlichkeit der Geschichte nicht ausreichend erschien. Aber selbst Scheljepin oder Trapesnikow, die man zu Recht oder zu Unrecht als Neostalinisten bezeichnet hat, dürften kaum die Absicht gehabt haben, den Stalinismus mit allen seinen terroristischen Exzessen wiederzubeleben. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß die stalinistischen Altgläubigen eine starke Basis in der Partei hätten.

Wenn auch gegenwärtig für alle Parteihistoriker, die über die kritischen Jahre von 1934 bis 1953 schreiben, eine Art Fraktionszwang besteht, der ein Abweichen von einer bestimmten Linie nicht erlaubt, so zeigen sich bei anderen Historikern der jüngeren Geschichte, die nicht gerade bestimmte neuralgische Zonen berühren, Ansätze zu einem unabhängigen Denken. Von der aufgeklärten Intelligenz werden die Mythen der Parteigeschichte ohnehin nicht mehr geglaubt. Inzwischen haben sogar zwei Russen, beide Dissidenten, Bücher vorgelegt, die auf beeindruckende Weise die stalinistische Vergangenheit aufrollen: Roj Medwedjew, der marxistisch-leninistische Historiker, schrieb eine umfassende Studie über den Stalinismus<sup>38)</sup>, und Solshenzyn setzte den Häftlingen des Gulag mit einem dreibändigen Werk ein Denkmal<sup>39)</sup>.

## VII. Die Schwerkraft des Konservatismus

Stalin hat heute seine Grabstätte an der Kremllauer, Chruschtschow dagegen auf dem Nowodewitschi-Friedhof. Daraus könnte man folgern, daß Stalin der Breshnew-Mannschaft wesentlich näher steht als Chruschtschow, zumal dieser derzeit nur noch in den seltensten Fällen erwähnt wird. Die soeben unterbreiteten Fakten lassen jedoch keineswegs den Schluß zu, daß die gegenwärtige Führung die Chruschtschow-Periode annullieren will, um den fugenlosen Anschluß an den Stalinismus zu finden. Dies dürfte den Politikern um Breshnew weder als realistisch noch

als wünschenswert erscheinen. Daß man Chruschtschow nicht einmal an der Kremllauer beisetzt, zeugt weniger von einer neostalinistischen Tendenz als vielmehr von den persönlichen Enttäuschungen der heutigen Führer mit ihm.

Sieht man von diesen Empfindlichkeiten einmal ab, gibt es zwischen der gegenwärtigen und der früheren Führung durchaus Unterschiede in Stil und Inhalt ihrer Politik. Chruschtschow und sein Reformeifer sind sei-

<sup>37)</sup> H. Hecker, 3 x Stalin, in: Osteuropa 1/1978, S. 50—55.

<sup>38)</sup> R. Medvedev, K sudu istorii, New York 1974. Eine deutsche Fassung erschien unter dem Titel: Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt a. M. 1973.

<sup>39)</sup> A. Solshenzyn, Der Archipel Gulag, Bd. 1—3, Reinbek 1978.

nen Nachfolgern fremd, suspekt, wahrscheinlich sogar degoutant. Die neuen Männer versuchten zwar noch die eine oder andere Reform, gaben sie aber schnell wieder auf, wenn sie auf zu große Schwierigkeiten stießen. Sie zogen es vor, am Bewährten oder einfach am Althergebrachten festzuhalten. Sie glichen vorsichtigen Geldanlegern, die nicht bereit sind, ungewisser Gewinne wegen irgendein Risiko einzugehen, und die sich statt dessen mit bescheidensten Renditen, notfalls sogar mit Verlusten abfinden, wenn nur die Sicherheit ihres Kapitals gewährleistet wird oder gewährleistet zu sein scheint.

Die Masse der sowjetischen Bevölkerung ist offensichtlich über diese Politik des Bewahrens und der vorsichtigen Zurückhaltung nicht sonderlich unglücklich, denn sie selbst scheint angepaßt, konformistisch und im wesentlichen konservativ zu sein<sup>40)</sup>. Die weltverbreitete Ansicht im Westen, wonach die Bürger der UdSSR einzig und allein vom Unterdrückungsapparat des KGB daran gehindert werden, die Kommunisten davonzujagen, ist kaum aufrechtzuerhalten. Ohne die aktive Unterstützung der kommunistischen Herrschaft durch einen großen Teil der Bevölkerung ist die Sowjetunion von heute nicht vorstellbar. Allen Unzulänglichkeiten zum Trotz steht mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit hinter der KPdSU. Die Errungenschaften ihres Landes erfüllen die Sowjetbürger im allgemeinen mit Stolz. Ob dies nun berechtigt ist oder nicht, für sie stellt es sich so dar, daß der Aufstieg Rußlands aus tiefster Armut und nationaler Erniedrigung zu Wohlstand und Größe nur der Führung der KPdSU zu verdanken ist. Immerhin hat die Sowjetunion während der jüngsten Vergangenheit eine machtpolitische Position erreicht, die nur noch von den USA angefochten werden kann. Sie hat Deutschland, Frankreich und England hinter sich gelassen. Ihr Territorium ist heute größer als das des zaristischen Rußland. Mehr noch: Zum ersten Mal gebietet Moskau über ein Imperium von Staaten. Kommunistische Parteien gibt es fast in allen Ländern der Welt.

In den Augen des sowjetischen Durchschnittsbürgers befindet sich die UdSSR auch weiter-

hin auf der Straße des Siegers. Die Propaganda sorgt dafür, daß Rückschläge und Niederlagen schnell vergessen werden. Nach allem, was sich erkennen läßt, ist die Bevölkerung offensichtlich auch bereit, neue Opfer zu bringen, wenn es um die Interessen ihres Landes geht. Seit Jahrzehnten hat sie sich an die Unterordnung gewöhnt. Ein Aufbegehren gegen die Obrigkeit erscheint der großen Mehrheit entweder als sinnlos oder sogar als widernatürlich. Als Chruschtschow abgesetzt und das Rad der Reformen allmählich zurückgedreht wurde, blieb die große Masse der Bevölkerung stumm.

Die Dissidenten, die als einzige aufstanden, um für die Weiterführung der Erneuerungspolitik zu kämpfen<sup>41)</sup>, waren Außenseiter in der sowjetischen Gesellschaft. Es dürften kaum mehr als 10000 Männer und Frauen gewesen sein, die sich in dieser oder jener Form für die strikte Einhaltung der Menschenrechte engagierten. Stärker waren und sind zwar die nonkonformistischen Gruppen in einigen Nationalitäten und religiösen Gemeinschaften, aber sie zogen und ziehen kaum mit den Dissidenten an einem Strang.

Das Potential kritischen und unabhängigen Denkens war viel zu schwach, um auf die politische Führung Druck ausüben zu können, zumal sich die Dissidenten nicht einmal untereinander einig werden konnten. Der KGB tat ein übriges, um die Sympathisanten der „Andersdenkenden“ rechtzeitig vor den Folgen eines offenen Übergangs ins Lager der Kritiker zu warnen.

Sinjawskij, ein Dissident der ersten Stunde, der heute in Frankreich lebt, urteilte im Rückblick: „Im Grunde hat sich die Dissidentenbewegung in Rußland seit den sechziger Jahren nicht verstärkt. Ja, und sie hat überhaupt nicht auf die Arbeiter, auch nicht auf die Wissenschaftler übergegriffen, was einmal unsere Hoffnung war. Sie ist im Bereich von Künstlern geblieben, und da war in Rußland immer ein Stück Anarchismus dabei.“<sup>42)</sup> Daß die sowjetische Bevölkerung von sich aus die Bevormundung durch die Partei abschütteln werde,

<sup>40)</sup> Hierzu H. Brahm, Die konservative Grundhaltung in der UdSSR, in: Berichte des BIOst 19/1981.

<sup>41)</sup> Zur Rolle der Dissidenten P. Hübner, in: Sowjetunion 1978/79, S. 105—117.

<sup>42)</sup> Vgl. das Interview von H. Bienek mit A. Sinjawskij, in: Die Zeit, 6. 2. 1981.

bestreitet Sinjajewskij: „Als gesellschaftlicher Mensch bleibt der Russe freilich für alle Zeit Sklave.“ Nicht anders sieht A. Sinowjew, der wie Sinjajewskij inzwischen im Westen lebt, die Lage: „Zwar ist die kommunistische Gesellschaft auch eine Gesellschaft von Menschen,

die mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden sind, aber die überwältigende Mehrheit ihrer Mitglieder ist ungeeignet, unter anderen Bedingungen zu leben, und empfindet ihre Lebensbedingungen als natürliches Lebensmilieu.“<sup>43)</sup>

## VIII. Widersprüchliche Tendenzen

Im Vergleich zur Periode des Stalinismus hat sich die Sowjetunion stark gewandelt. Es macht dagegen größere Mühe, den Weg und die Richtung zu bestimmen, den die UdSSR seit dem Sturz Chruschtschows eingeschlagen hat. Die oft geringfügigen Kurskorrekturen, das Nebeneinander von anscheinend Fortschrittlichem und anscheinend Rückschrittlichem sowie die zeitliche Nähe zu den Ereignissen der Breshnew-Jahre lassen kein eindeutiges Urteil zu.

Auf einigen Feldern wurde ein Vergleich der Sowjetunion, wie sie sich heute darstellt, mit der Zeit Chruschtschows versucht. Es scheint, daß sich Breshnew besser in die kollektive Führung einordnet als sein Vorgänger und daß er nicht versucht, seine Partner zu überrollen. Der Pluralismus auf höchster Ebene, der gegenüber der Einmandiktatur ein Fortschritt ist, hat sich dennoch nicht generell positiv bemerkbar gemacht. Er hat beispielsweise nicht, wie die Interventionen in der CSSR und in Afghanistan zeigen, zu einer friedlicheren Außenpolitik geführt.

Noch schwieriger als in den Jahren Chruschtschows ist es heute, etwas über die Konstellation der Kräfte im Politbüro zu sagen. Die sowjetische Seite ist peinlich darauf bedacht, keinerlei Informationen mehr aus dem engsten Führungskreis nach draußen dringen zu lassen. Eine solche Geheimniskrämerei hat das Mißtrauen, das der Sowjetunion entgegengebracht wird, nicht schwinden lassen. Da die Politik des Kreml nicht berechenbar ist, stellt man sich im Ausland vielfach auf alle Eventualitäten ein, also auch auf den Fall einer Verhärtung.

Der Staatssicherheitsdienst, der unter Chruschtschow desorganisiert wurde, ist inzwischen konsolidiert worden und hat wieder ei-

nen Platz im sowjetischen Herrschaftssystem gefunden. Seine Macht wird allerdings von der Partei gezügelt.

Die KPdSU hat die Schreckstarre aus der Zeit des Stalinismus überwunden. Ihre höchsten Körperschaften dürften einen klarer umrissenen Kompetenzbereich besitzen als jemals zuvor. Die Mitsprache auf den unteren Ebenen der Hierarchie scheint zugenommen zu haben.

Wenn auch die Eindämmung der Entstalinisierung mit allen ihren unerwünschten Nebenwirkungen schon unter Chruschtschow begonnen hatte, lasten Dissidenten und Kritiker im Westen der Breshnew-Führung die Verantwortung für das Zurückdrängen vieler Reformen an. Die Akte „Stalin“ wurde gewissermaßen geschlossen, bevor man auch nur einen Bruchteil des Anklagematerials geprüft hatte.

Die Dissidenten, die sich dagegen wehrten, daß die Partei zur Tagesordnung überging, bevor wenigstens die wichtigsten Reformen Wirklichkeit geworden waren, fanden nur eine geringe Resonanz. Die Mehrzahl der Bevölkerung und die politische Führung sahen offensichtlich keine Notwendigkeit oder Möglichkeit für tiefgreifende Veränderungen.

Im Augenblick dominiert in der Sowjetunion ein konservativer Grundzug, der auch die Breshnew-Ära überdauern könnte, falls sich die innenpolitische Situation nicht plötzlich zuspitzt. Wir wissen allerdings nicht, ob nicht schon heute in der Gesellschaft oder in der Führung Kräfte am Werk sind, die über kurz oder lang ein Übergewicht nach dieser oder jener Seite erhalten. Die Zukunft ist offen.

<sup>43)</sup> A. Sinowjew, Ohne Illusionen, Zürich 1979, S. 86.

## Der erstarrte Koloß

### Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsreformpolitik der UdSSR in der Ära Breshnew

#### Schwierige Lage am Beginn der achtziger Jahre

Am 1. Januar 1981 hat das 11. Planjahr fünf der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte begonnen. Es ist zugleich das 4. Planjahr fünf der Ära Breshnew, dessen Amtsantritt als Chef der KPdSU in die Vorbereitungsphase des 8. Fünfjahresplanes (1966—1970) fiel. Zwar ist der neue Fünfjahresplan für die Periode bis 1985 noch nicht formell beschlossen, doch lassen die im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichten wirtschaftlichen Orientierungsdaten, die sogenannten Grundrichtungen des Planes, sowie die Beschlüsse des XXVI. Parteitags vom Frühjahr 1981 erkennen, in welche Richtung und mit welchem Tempo sich die Wirtschaft der UdSSR in der ersten Hälfte der achtziger Jahre entwickeln soll<sup>1)</sup>. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß die ursprünglichen Planabsichten bald revidiert werden müssen: zu ungünstig verläuft die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft bereits in der Startphase des Plans<sup>2)</sup>. Zweifellos fällt die Ausarbeitung des neuen Fünfjahresplanes in eine krisenhafte Periode der sowjetischen Wirtschaft: Im abgelaufenen 10. Planjahr fünf von 1976 bis 1980 hat sich das wirtschaftliche Wachstum der UdSSR auf jahresdurchschnittlich 2,5—3 Prozent verlangsamt. Vor allem die

Jahre 1979 und 1980 brachten eine ausgeprägte Rezession, die sich im laufenden Jahr fortsetzt.

Der durchschnittliche Stand der Erfüllung des 10. Fünfjahresplans lag in den meisten Wirtschaftsbereichen nur knapp über 90 Prozent. Deutliche Rückstände gegenüber den Planzielen zeigte nicht zuletzt die Produktion wichtiger industrieller Schlüsselprodukte wie Erdöl, Stahl und Mineraldünger.

In Anbetracht der knapper werdenden Reserven an Arbeitskräften, Kapital und Rohstoffen wiegen die vielschichtigen Produktivitäts- und Effizienzprobleme der sowjetischen Wirtschaft allerdings noch schwerer als Wachstumsverlangsamung und Nichterfüllung der Produktionspläne. War es die Grundkonzeption des Planes gewesen, unter dem von Breshnew selbst ausgegebenen Motto vom „Fünfjahresplan der Effizienz und Qualität“ zu einem in erster Linie produktivitätsgestützten Wachstum überzugehen, so kann aufgrund der Stagnation bei der Produktivitätsentwicklung geschlossen werden: der 10. Fünfjahresplan ist in eben dieser Grundkonzeption gescheitert.

#### Von Chruschtschow zu Breshnew: Auf der Suche nach Gleichgewicht und Effizienz

Dies bedeutet aber zugleich, daß sich die wirtschaftspolitischen Leitideen der Ära Breshnew insgesamt als nicht tragfähig erwiesen ha-

ben. Die zahlreichen Probleme der sowjetischen Wirtschaft, die bereits beim Amtsantritt Breshnews bestanden und die ihren Teil zum Sturz seines Vorgängers beigetragen hatten, ließen sich mit ihnen nicht nachhaltig lösen. Worin bestanden diese Leitideen? Was ist aus ihnen geworden? Welche Schwierigkeiten kennzeichnen die Lage der sowjetischen Wirtschaft von heute? Welche Perspektiven sind

<sup>1)</sup> Vgl. Hans-Hermann Höhmann, Gertraud Seidenstecher, Die sowjetische Wirtschaft im Spiegel des XXVI. Parteitags der KPdSU, in: Osteuropa-Wirtschaft, 2/1981.

<sup>2)</sup> Vgl. den Halbjahresbericht der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR, in: Prawda vom 25. 7. 1981.

für die zweite Industriemacht der Erde für die achtziger Jahre erkennbar?

Die nach dem Sturz Chruschtschows zunächst von Breshnew und Kossygin gemeinsam, später mehr vom Generalsekretär der Partei allein bestimmte Wirtschaftspolitik der späten sechziger und der siebziger Jahre ließ — mit unterschiedlichen Akzentuierungen in einzelnen Phasen — folgende Schwerpunkte erkennen: mehr strukturelles Gleichgewicht in der Wirtschaft durch eine partielle Neufestlegung der Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung, zunehmende außenwirtschaftliche Öffnung vor allem gegenüber den westlichen Industrieländern (Übergang von der Importsubstitution zum exportorientierten Wachstum) und nachhaltige Effizienz- und Qualitätsorientierung durch eine breit angelegte, wenn auch begrenzte Reform des aus den frühen dreißiger Jahren stammenden administrativen Planungssystems. Im Prinzip war keiner dieser Ansätze neu, alle gingen auf die Ära Chruschtschow zurück, waren in dieser allerdings aufgrund der inkonsistenten Zick-Zack-Politik ihres Urhebers vielfach nicht zum Tragen gekommen.

Die neue sowjetische Führung um Breshnew und Kossygin gab von Anfang an wiederholt die Einsicht zu erkennen, daß die nach dem Wachstumstief der frühen sechziger Jahre angestrebte erneute Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung zweierlei erfordere: eine Überwindung der im Industrialisierungsprozeß entstandenen strukturellen Verzerrungen und eine Steigerung der Effizienz des Produktionsprozesses durch eine Reform des traditionellen zentral-administrativen Planungssystems. Dabei wurde von vornherein kein Zweifel daran gelassen, daß Wirtschaftsreform unter den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen des sowjetischen Kommunismus nur Reform *innerhalb* des sozialistischen Wirtschaftssystems, nicht aber

Systemtransformation bedeuten konnte. Die entscheidenden Stationen für die neue Weichenstellung der sowjetischen Wirtschaftspolitik nach Chruschtschows Sturz waren: die Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU vom März 1965 (Märzplenum), die Plenartagung des ZK vom September 1965 und der XXIII. Parteitag der KPdSU vom April 1966. Das Märzplenum leitete eine Neuorientierung der sowjetischen Agrarpolitik ein; das Septemberplenum beschloß Maßnahmen zur Reform des industriellen Planungssystems, die später auch auf andere Wirtschaftszweige übertragen wurden. Die Neukonzipierung der Entwicklungsproportionen der Wirtschaft schließlich schlug sich in dem vom XXIII. Parteitag beschlossenen 8. Fünfjahresplan nieder. Weitere wichtige Etappen waren: der 9. Fünfjahresplan mit seinem (allerdings weitgehend gescheiterten) Programm der Konsumförderung, der 10. Fünfjahresplan (Konzentration auf Effizienz und Qualität, offizielle Aufgabe des traditionellen Konzepts binnenmarkt-orientierter Industrialisierung<sup>3)</sup>) sowie Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU vom März 1973 und Juli 1979 mit Beschlüssen zur weiteren Entwicklung des sowjetischen Planungssystems.

Die im folgenden versuchte Bilanz sowjetischer Wirtschaftspolitik in der Ära Breshnew konzentriert sich auf fünf Schwerpunkte, die das ganze Spektrum der ökonomischen Entwicklung seit Mitte der sechziger Jahre zwar bei weitem nicht erfassen, in denen sich aber wohl die wesentlichen Probleme anschaulich spiegeln: die Ziele und Ergebnisse der Agrarpolitik, die Bemühungen um die Verwirklichung neuer Wachstumsproportionen (insbesondere um die stärkere Förderung des Konsums), die Problematik der hartnäckigen Extensivität des Wirtschaftsprozesses, die Entwicklung der Außenwirtschaft (vor allem der Ost-West-Beziehungen) sowie Ausmaß und Grenzen der Wirtschaftsreformpolitik.

## Ergebnisse und Probleme der Agrarpolitik

Das Märzplenum von 1965 gilt als der Beginn einer neuen agrarpolitischen Orientierung, durch die die sowjetische Landwirtschaft endgültig aus der tributären Funktion entlassen werden sollte, die sie in der Industrialisie-

rungs- und Kollektivierungspolitik Stalins wahrzunehmen hatte. Breshnew kündigte eine Reihe von Reformmaßnahmen an, die —  
<sup>3)</sup> Vgl. Länderberichte Osteuropa, Sowjetunion, München 1979, S. 278.

ohne den institutionellen Rahmen der sowjetischen Landwirtschaft wesentlich zu verändern — in breiter Streuung auf eine Beseitigung der bestehenden Agrarmisere hinwirken sollten und sich auf die Formel bringen lassen: Verbesserung der „material-technischen Basis“ der Landwirtschaft und intensivere Ausnutzung der Produktionsfaktoren durch ein verbessertes System materieller Anreize. Hierzu wurde erstens beschlossen, der Landwirtschaft zukünftig absolut und prozentual mehr Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen als in der Vergangenheit. Dieser verstärkten Kapitalzufuhr an die Landwirtschaft entsprach zweitens eine Reihe von Maßnahmen, die in die finanzielle Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe eingriffen, um durch eine Umgestaltung des Ablieferungsmodus sowie der Preis- und Kostenverhältnisse die Voraussetzung für eine rentable Erzeugung und hierdurch einen wirksamen materiellen Anreiz für die ökonomisch zweckvollere Ausnutzung der Produktionsfaktoren zu schaffen.

Seit 1965 hat sich der Anteil der Landwirtschaft an den in die Volkswirtschaft insgesamt fließenden Investitionen beträchtlich erhöht. Der Anteil der Investitionen „für die Entwicklung der Landwirtschaft“ wuchs von unter 20 % zu Beginn der Ära Breshnew auf 27 % im Jahre 1975 an und ist seitdem auf dieser Höhe geblieben. Folge der starken Erhöhung der vom Staat bezahlten landwirtschaftlichen Aufkaufpreise bei weitgehend stabilen Verkaufspreisen für Lebensmittel im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel war ein beträchtliches Anwachsen von Subventionszahlungen an die sowjetische Landwirtschaft (ca. 20 Mrd. Rubel bei Produkten der Viehwirtschaft).

Professor Alec Nove, Glasgow, einer der besten Kenner der sowjetischen Wirtschaft, faßt zusammen: „Zieht man die Subventionen in Betracht, die hohen Investitionsausgaben, den wachsenden Anteil des Staates an den Kosten für Drainage, Bewässerung und andere Bodenverbesserungsmaßnahmen, auch die staatlichen Ausgaben seit 1966 für die Sozialversicherung der Bauern, dann könnte man behaupten, die Landwirtschaft sei für den Rest

der Wirtschaft jetzt eher ein Mühlstein als eine Milchkuh.“<sup>4)</sup>

In einer Bilanz der sowjetischen Agrarpolitik in der Ära Breshnew stehen Erfolge und Mißerfolge nebeneinander. Das Gesamtniveau der Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte ist teils beträchtlich gestiegen, doch wurden die Pläne in der Regel deutlich verfehlt, und vor allem im abgelaufenen 10. Planjahr fünf kam es zu hartnäckigen Versorgungsstörungen, insbesondere bei Fleischprodukten. Es ist trotz der umfangreichen Investitionen und der erheblichen Subventionen noch nicht gelungen, die sowjetische Landwirtschaft aus einer Wachstumsbremse in ein Wachstumsreservoir zu verwandeln. Die immer noch äußerst labile Ertragslage, die auch den 11. Fünfjahresplan mit einem hohen Risiko belastet, ist auf das Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Faktoren zurückzuführen. Unter diesen sind von besonderer Bedeutung: ungünstige klimatische und geographische Bedingungen; immer noch unzureichende Ausstattung der Landwirtschaft mit Maschinen, Transportmitteln, Einrichtungen zum Trocknen und Lagern von Getreide, mit Be- und Entwässerungsanlagen, Düngemitteln und Saatgut sowie mangelhafte Wartung des Maschinenparks und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Ersatzteilen; unzureichend entwickelte technische und soziale Infrastruktur; ein schematisches Planungs- und Lenkungssystem; überdimensionierte, schwer zu bewirtschaftende Betriebe (die durchschnittliche Anbaufläche beträgt in Kolchosen mehr als 3000 ha und in Sowchosen mehr als 6000 ha); schließlich ein ländliches Einkommensniveau, das immer noch deutlich unter dem der Stadt liegt, so daß der materielle Anreiz zu angestrebter Tätigkeit im sozialistischen Sektor der sowjetischen Landwirtschaft gering ist, die Versuchung, im privaten Hofland zu arbeiten, dagegen groß und eine starke Tendenz zum Abwandern in die Städte gerade bei den jüngeren und fachlich qualifizierten Arbeitskräften besteht.

<sup>4)</sup> Alec Nove, Das sowjetische Wirtschaftssystem, Baden-Baden 1980, S. 238.



**Wachstumsraten der sowjetischen Wirtschaft nach Planjahrfünften**  
(durchschnittliche jährliche Zunahme in %)

	1961—65	1966—70		1971—75		1976—80		1981—85
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan
Nationaleinkommen, produziert	6,5	—	7,7	—	5,7	—	4,1	3,5—4,2 <sup>a)</sup>
Beschäftigte im staatlichen Sektor	4,3	—	3,1	—	2,4	—	1,9	—
Industrie								
Bruttoproduktion	8,6	8,0—8,5	8,4	8,0	7,4	6,3	4,4	4,7—5,0
Gruppe A	9,6	8,3—8,7	8,6	7,9	7,9	6,6	4,6	4,7—5,0
Gruppe B	6,3	7,4—7,9	8,3	8,3	6,5	5,7	3,8	4,8—5,2
Arbeitsproduktivität	4,6	5,8—6,1	5,7	6,8	6,0	5,4	3,2	4,2—4,5
Bauwirtschaft								
Bau- und Montagearbeiten	—	—	—	—	7,4	—	1,0	—
Arbeitsproduktivität	5,1	—	4,0	6,5	5,2	5,4	2,2	2,8—3,1
Landwirtschaft								
Bruttoproduktion	2,3	5,0	3,8	4,3	2,5	—	1,1	(4,5—5,0) <sup>b)</sup>
Arbeitsproduktivität <sup>c)</sup>	3,3	6,9—7,7	6,1	—	3,6	—	2,6	(8,3—8,6) <sup>b)</sup>
Verkehrswesen								
Gütertransport	7,9	—	6,6	6,2	6,3	5,7	3,4	—
Arbeitsproduktivität <sup>c)</sup>	5,4	4,2—4,5	4,9	—	4,4	3,7	0,1	1,9—2,2
Nationaleinkommen, verwendet	5,9	6,7—7,1	7,1	6,8	5,1	4,7	3,5	3,3—3,7
Einzelhandelsumsatz	5,9	6,9	8,1	7,2	6,3	5,1	4,5	4,0—4,5
Bruttoanlageinvestitionen	6,2	—	7,1	6,7	7,0	2,7	3,4	2,1—3,0 <sup>d)</sup>
davon staatliche	7,1	—	7,6	—	7,1	2,8	3,5	—
Außenhandelsumsatz	7,7 <sup>e)</sup>	—	8,5 <sup>f)</sup>	5,9—6,2	18,1 <sup>f)</sup>	5,3—6,1	12,4 <sup>f)</sup>	—
Verteilung								
durchschnittliches Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten	3,5	3,7	4,7	4,1	3,7	3,1	2,9	2,4—3,0
durchschnittliches monatliches Arbeitsentgelt der Kolchosbauern <sup>g)</sup>	—	6,1—6,9	7,2	5,5	4,2	4,7	4,8	3,7—4,0
gesellschaftliche Konsumfonds	8,7	6,9	8,8	7,0	7,1	5,3	5,2	3,7

<sup>a)</sup> Aus anderen Planangaben ermittelt.

<sup>b)</sup> Aus den Planwerten für Jahresdurchschnitt 1981—85/1976—80 geschätzt.

<sup>c)</sup> Gesellschaftlicher Sektor.

<sup>d)</sup> Eisenbahntransport.

<sup>e)</sup> Berechnet aus dem Planwert für die gesamte Investitionssumme für das 11. Planjahrfünft (711—730 Mrd. Rbl).

<sup>f)</sup> Zu laufenden Preisen.

**Quellen:** Statistische Jahrbücher der UdSSR, Plandokumente, Planerfüllungsberichte.

## Veränderte Wachstumsproportionen, reduziertes Wachstumstempo

Die traditionelle sowjetische Industrialisierungspolitik war auf der Entstehungsseite des Sozialprodukts schwerindustriell ausgerichtet und auf der Verwendungsseite akkumulationsorientiert gewesen. Beides wurde mit dem zentral-administrativen Planungssystem durchgesetzt und ermöglichte den raschen Strukturwandel des Landes vom Agrar- zum Industriestaat. Dieser Strukturwandel setzte mit dem 1. Fünfjahresplan im Jahre 1928 forciert ein und führte auch zu einem im internationalen Vergleich äußerst raschen Wachstum der Wirtschaft, das allerdings nicht gleichmäßig verlief. Die sowjetische Statistik weist für die Zeit von 1928 bis 1940 jahresdurchschnittliche Wachstumsraten des Nationaleinkommens von fast 15 % aus. Fast genau so hohe Wachstumsraten wurden im Durchschnitt der Jahre von 1946 bis 1950, der Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg, erreicht. Bereits in den fünfziger Jahren zeigten sich jedoch Wachstumsabschwächungen, die sich gegen Ende des Jahrzehnts und dann vor allem zu Beginn der sechziger Jahre verstärkt fortsetzten.

Getragen wurde das rasche Wachstum der Produktion sowie der Wandel der sektoralen und regionalen Wirtschaftsstruktur in erster Linie von einem massiven Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden. Die Landwirtschaft stellte in umfassender Weise Arbeitskräfte zur Verfügung. Ihr Anteil an der Beschäftigung fiel in einem im internationalen Vergleich beispiellosen Tempo von 71 % im Jahre 1928 auf 34 % im Jahre 1964<sup>3)</sup>. Die rasche Kapitalbildung spiegelt sich in folgenden Angaben: Der Anteil der privaten Konsumtion am sowjetischen Bruttosozialprodukt ging von ca. 65 % im Jahre 1928 auf 46,5 % im letzten Jahr der Ära Chruschtschow zurück. Die Investitionsquote lag in der ganzen Industrialisierungsperiode vor dem Zweiten Weltkrieg bei 25 % und stieg bis 1964 auf ca. 30 % an. Die gewählte Industrialisierungsstrategie eines ungleichgewichtigen Wachstums (Industrie vor Landwirtschaft, Schwer- vor Leichtindustrie,

Akkumulation vor Konsum), die der raschen wirtschaftlichen Entwicklung („Einholen und Überholen“ der westlichen Industrieländer) und dem Aufbau einer starken Rüstungsmacht dienen sollte, wurde auch mit einer politökonomischen Konzeption begründet: der — zu Unrecht — auf Marx zurückgeführten These, im Entwicklungsprozeß jeder Volkswirtschaft habe die Produktionsabteilung I (Produktionsmittelerzeugung) schneller zu wachsen als die Produktionsabteilung II (Konsumgüterproduktion). Die auf diese Weise entstandene Wirtschaftsstruktur geriet immer mehr in einen Widerspruch zu den Entwicklungsbedingungen einer reifer und komplexer werdenden Wirtschaft.

Die sowjetische Führung unter Breshnew und Kossygin strebte folgerichtig nach Chruschtschows Sturz nach ausgewogeneren Proportionen der wirtschaftlichen Entwicklung. Zunächst sollte — wie schon erwähnt — die traditionelle Diskrepanz im Wachstumsverhältnis von Landwirtschaft und Industrie überwunden werden. Sodann sollten auch innerhalb der Industrie ein ausgewogeneres Wachstum und eine strukturelle Modernisierung (Förderung von Chemie und modernem Maschinenbau) erreicht werden. Zwar betonten auch alle nachfolgenden Fünfjahrespläne die Bedeutung der Schwerindustrie, und der 8. und der 10. Fünfjahresplan folgten dem traditionellen „Gesetz des vorrangigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln“, doch sollte sich der Wachstumsvorrang der Gruppe A (Produktionsmittelerzeugung in der sowjetischen Industrie) gegenüber früher jeweils in bedeutendem Maße verringern.

Im 9. und wiederum (allerdings stark abgeschwächt) im 11. Fünfjahresplan wurde sogar ein im Vergleich zur Produktionsmittelerzeugung rascheres Wachstum der Konsumgüterproduktion vorgesehen. Es gehört zu den gravierendsten Fehlschlägen der sowjetischen Wirtschaftspolitik in der Ära Breshnew, daß sich die angestrebte stärkere Konsumorientierung der Wirtschaft nicht durchsetzen ließ. Zwar hat sich ohne Zweifel der Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung gegenüber den zurückliegenden Planjahrfünfteln erhöht. Die Arbeitseinkommen sind gestiegen, wobei

<sup>3)</sup> Dies und das folgende nach Stanley H. Cohn, *The Soviet Economy: Performance and Growth*, in: Marshall I. Goldman (ed.), *Comparative Economic Systems*, New York 1971, S. 354, 349.

die unteren Einkommen überproportional angehoben wurden. Auch wurden die Sozialleistungen gesteigert, und die Versorgung mit Wohnraum hat sich gebessert. Dennoch sind die Erwartungen der Verbraucher in vielerlei Hinsicht nicht erfüllt worden. Dies gilt sowohl für das 9. als auch für das 10. Planjahr, in dem die Entwicklung des sowjetischen Lebensstandards regelrecht stagnierte. Während die sowjetische Industrie nach dem Plan im Jahre 1975 fast 50% Konsumgüter mehr herstellen sollte als 1970, wurden de facto nur gut 37% mehr erzeugt. Für das Jahrzehnt von 1976 bis 1980 liegen die entsprechenden Werte bei 32% (Soll) und 21% (Ist). Hauptursachen für das zu langsame Wachstum der Konsumgütererzeugung waren durch schlechte Ernten bedingte Ausfälle von agrarischen Rohstoffen, unzureichende Produktivitätsentwicklung und zu langsames Wachstum der Produktionskapazitäten. Hinzu kam, daß die produzierten Güter nach Qualität und Sortiment den Kaufwünschen der Verbraucher oft nicht entsprachen.

Dabei sind zufriedene Konsumenten für das

## Die hartnäckige Extensivität

Bis in die sechziger, ja in die siebziger Jahre hinein konnte der Wachstumsprozeß der sowjetischen Wirtschaft ein stark extensiver sein, der sich vor allem auf den Mehreinsatz von Arbeitskräften, Kapitalgütern und anderen Produktionsmitteln aller Art stützte. Zwar wurde immer wieder der Übergang zu einer intensiven, produktivitätsorientierten Entwicklung gefordert und in entsprechenden Planielen verankert. In diesem Sinne sind alle Fünfjahrespläne der Ära Breschnew „Fünfjahrespläne der Effizienz und Qualität“ gewesen. Durchsetzen konnte sich die angestrebte Intensivierung bzw. Produktivitätsorientierung bisher nicht. Stets blieb die Produktivitätsentwicklung klar hinter den Planansätzen zurück. Allerdings gelang es immer wieder, die unzureichende Steigerung der Produktivität wenigstens zum Teil durch einen Mehreinsatz von Kapital und Arbeitskräften aufzufangen. Sonst wäre die sowjetische Wirtschaft schon längst in eine Phase noch stärker abgeschwächten Wirtschaftswachstums hineinge-

sowjetische System von geradezu staatserhaltender Bedeutung. Die Ereignisse in Polen sind ein anschauliches Beispiel, in welchem Maße unzufriedene Konsumenten Stabilität, ja Bestand kommunistischer Herrschaft in Frage stellen. Die häufigen Klagen über die unzureichende Arbeitsdisziplin in der UdSSR zeigen wiederum die wirtschaftlichen Folgen unzureichender Versorgung: Die Arbeitsmotivation ist schwach. Dabei käme es auf eine gute Arbeitsmotivation gerade heute dringend an. Die Formel früherer Industrialisierungsperioden: weniger Konsum = mehr Kapitalbildung = mehr Wachstum, ist ja aufgrund des technologischen und gesellschaftlichen Wandels kaum mehr praktizierbar. Sie müßte durch das Motto ersetzt werden: mehr Konsum = mehr Motivation = mehr Wachstum. Aus diesen Gründen (wie auch aus Gründen der Sicherung politischer Stabilität) überrascht es nicht, wenn die sowjetischen Planer mit dem 11. Fünfjahresplan einen neuen Versuch unternehmen, der Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung einen höheren Stellenwert im Wachstumsprozeß einzuräumen als bisher.

raten. An der Wende zu den achtziger Jahren sind die Reserven an extensiven Ressourcen jedoch in starkem Maße erschöpft. Jetzt käme es wirklich auf einen Durchbruch zu mehr Effizienz und Qualität an. Bisher zeigt sich aber, daß das sowjetische Wirtschaftssystem zu einem solchen Durchbruch nicht fähig ist. Das System vom politischen Zentrum aus geführt, wenn auch keineswegs im Detail zentralistischer administrativer Planwirtschaft erwies und erweist sich wohl in der Lage, Strukturwandel im Sinne von sektoraler und regionaler Umschichtung der Produktion zu bewirken. In diesem Sinne wurde die Industrialisierung der dreißiger Jahre durchgeführt und unter Chruschtschow etwa die Neulandaktion sowie in der Ära Breschnew die Erschließung von Roh- und Brennstoffressourcen in Sibirien. Auch moderne Wirtschaftszweige wie Chemie und Maschinenbau entwickeln sich zügig. Dieser Wandel bleibt aber ein „Strukturwandel an der Oberfläche“. Was nicht gelingt ist eine kontinuierliche Intensivierung, M

dernisierung und Qualitätssteigerung. Was fehlt, ist die Tiefendimension des Strukturwandels, die in der Lage wäre, die traditionelle „Mobilisierung von außen“ mit einer permanenten „Intensivierung von innen“ zu verbinden.

Gehen wir einigen Aspekten der Extensivität nach und zeigen wir ihren Zusammenhang mit der Arbeitsweise des sowjetischen Planungssystems auf:

*Starke Beanspruchung von Produktionsmitteln aller Art sowie von Arbeitskräften in den sowjetischen Betrieben:*

Das Erfolgskriterium der sowjetischen Betriebe ist die Planerfüllung. Gesichtspunkte kostensparender Produktion spielen demgegenüber eine geringere Rolle. In Anbetracht hoher Plananforderungen von oben („Plandruck-Wirtschaft“, „pressure economy“), der Möglichkeit, daß die Pläne weiter heraufgesetzt werden, und des Risikos, daß die für die Planerfüllung notwendigen Lieferungen von anderen Betrieben ausbleiben, versuchen die Betriebe möglichst viele Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu horten. Dieses Hortungsverhalten vergrößert die allgemeine Knappheit und hat neue Hortungen zur Folge. Resultat ist ein unrationeller, zu extensiver Einsatz aller Produktionsfaktoren.

*Großer Anteil von Zwischenprodukten an der Gesamtproduktion:*

Die skizzierten unbescheidenen Wünsche der Betriebe bei der Materialversorgung („Input-Hunger“), der noch nicht völlig überwundene Grundsatz vom Vorrang der Produktionsabteilung I (Produktionsmittel aller Art) gegenüber der Abteilung II (Konsumgüter) und das Interesse der vielen Industrieministerien, Produktionsvereinigungen und Betriebe, ihre Produktion zur Sicherung von Prämienzahlungen und Karriereaussichten „vom erreichten Stand aus“ weiter wachsen zu lassen, führen dazu, daß den für Investitionen sowie privaten und öffentlichen Staatsverbrauch zur Verfügung stehenden Endprodukten zu wenig Gewicht beigemessen wird. Der hohe Anteil von Zwischenprodukten<sup>6)</sup> (der amerikanische Wirt-

schaftswissenschaftler Lloyd Reynolds hat sehr anschaulich von „input-input economy“ gesprochen) ist ein weiterer Aspekt der Extensivität.

*Schlechte Qualität der Produkte:*

Da mengenmäßige Aspekte bei der Planerfüllung vorherrschen, weil im wesentlichen nur die Produktionsmenge für die Planer kontrollierbar ist und (wegen der großen Knappheit an allen Gütern und der damit verbundenen Möglichkeit, auch schlechte Qualität abzusetzen) keine ausreichende Qualitätskontrolle durch die Abnehmer stattfindet, muß die Qualität der Erzeugung leiden. Schlechte Qualität der Produkte wie auch fehlende Möglichkeiten, Mängel durch einen entsprechenden Reparatur-Service rasch beheben lassen zu können, sind ebenfalls eine Wurzel der Extensivität (und natürlich auch eine permanente Ursache erheblicher Mißstimmung der Konsumenten).

*Inadäquate Sortiment:*

Die Tendenz der Betriebe, das Produktionssortiment der jeweils gewählten Plankennziffer anzupassen, auf eine Planung der Produktion nach dem Gewicht etwa mit der Erzeugung besonders schwerer Produkte zu reagieren („Tonnenideologie“), die Planung der Stoffproduktion in laufenden Metern mit einem Schmalwerden der Tuche, die Planung der betrieblichen Produktion nach dem Gesamtwert einschließlich der Wertschöpfung der Vorproduzenten („Bruttoproduktion“) mit der Verwendung möglichst vieler und teurer Vorprodukte zu beantworten (eine weitere Ursache der „input-input economy“), steht ebenfalls der angestrebten Intensivierung der Wirtschaftsprozesse im Wege.

*Zu geringer technischer Fortschritt:*

Einer der wichtigsten Gründe für das skizzierte Fehlen der „Tiefendimension des Strukturwandels“ ist der gebremste technische Fortschritt in der UdSSR (und anderen Ländern mit ähnlichem Wirtschaftssystem). Gewiß fehlt es nicht an technischen Spitzenleistungen in Schwerpunktbereichen, auf die Forschungs-, Entwicklungs- und Kontrollaktivitäten planmäßig konzentriert werden. Doch in den großen Bereichen der sowjetischen Wirt-

<sup>6)</sup> Vgl. Holland Hunter (ed.), *The Future of the Soviet Economy: 1978—1985*, Boulder, Colorado 1978, S. 170.

schaft, die geringere Priorität haben, wegen der allgemeinen Komplexitätssteigerung aber trotzdem immer wichtiger werden, fehlt es vor allem am Interesse der Betriebe an einer raschen Adaption technischer Neuerungen. Die Betriebe, die ihre jährliche Planerfüllung nicht durch risikoreiche technische Neuerungen gefährden wollen, schrecken davor zurück „wie der Teufel vor dem Weihwasser“ (L. I. Breshnew). Gebremster technischer Fortschritt bedeutet aber weniger Produktivitätsfortschritt und damit wiederum hartnäckige Extensivität.

Es ist wohl deutlich geworden, daß diese Extensivität in starkem Maße auf die Wirkungsweise des administrativen Planungssystems zurückzuführen ist. Dazu kommen der anhal-

tende Druck, der durch anspruchsvolle Pläne von oben auf die Wirtschaft ausgeübt wird und die zunehmende Komplexitätssteigerung der Wirtschaft, die Planung und Plankontrolllaufend erschwert. Die sowjetische Wirtschaftspolitik hat auf die chronischen Dysfunktionen des Planungssystems mit anhaltenden Reformmaßnahmen reagiert (s. d. übernächsten Abschnitt). Sie hat aber auch versucht, durch wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit RGW-Ländern, vor allem aber auch mit westlichen Industriestaaten binnenwirtschaftliche Versorgungsengpässe zu überwinden und der technologisch starren eigenen Wirtschaft stimulierende Leistungsimpulse zu vermitteln. Diese Versuche sollen im nächsten Abschnitt skizziert werden.

## Von der Importsubstitution zum exportorientierten Wachstum

Schon in den späten sechziger Jahren setzte eine spürbare außenwirtschaftliche Öffnung der UdSSR gegenüber den westlichen Industrieländern ein. Diese Politik stärkeren weltwirtschaftlichen Engagements wurde zu Beginn der siebziger Jahre verstärkt fortgesetzt. Dabei nahmen insbesondere die Importe aus den OECD-Ländern boomartig zu. Kurzfristige wirtschaftliche Notwendigkeiten (die traditionelle „Feuerwehrfunktion“ des Außenhandels etwa im Bereich der Getreideversorgung) und Gesichtspunkte einer längerfristigen Neuorientierung (Einordnen in die internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung, exportorientiertes Wachstum statt Importsubstitution) wirkten zusammen. Charakteristisch für die sowjetischen Importe aus den westlichen Ländern waren und sind einmal umfangreiche Getreideimporte. Kennzeichnend sind aber auch Bemühungen, gemeinsam mit westlichen Firmen die Rohstoff- und Energieressourcen in den östlichen Landesteilen zu erschließen (etwa und vor allem bei Erdgas), sowie das Bemühen, modernes technisches know how in Form von Maschinen und Ausrüstungen nach Möglichkeit auf dem Kompensationswege von westlichen Partnern zu beziehen. Die Kombination von moderner Technik mit Maschinen und Ausrüstungen, die Träger dieser modernen Technik sind, und weiter die Zusammenfassung von Maschinen- und Ausrüstungsim-

porten zu möglichst produktionsbereiten Großprojekten war und ist dabei ein typisches Zug sowjetischer Importpolitik.

Nach der raschen Steigerung der Außenhandelsumsätze mit westlichen Industrieländern in den frühen siebziger Jahren verkündete Breshnew auf dem XXV. Parteitag (1976) auch offiziell die Aufgabe des traditionellen Konzepts einer binnenmarktorientierten Industrialisierung<sup>7)</sup>. Der Außenhandel sei zu einem „wichtigen Zweig der Volkswirtschaft“ geworden, die Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung sei „eine Besonderheit unserer Zeit“. Allerdings verhinderten zunehmende Zahlungsbilanzprobleme (wachsende Verschuldung gegenüber westlichen Industrieländern) eine weitere Fortsetzung der stürmischen Importentwicklung.

Die Entwicklung von 1976 bis 1980 brachte im Bereich der Außenwirtschaft dann eine spürbare Konsolidierung: Auf der positiven Seite einer Bilanz des 10. Planjahrfünfts steht vor allem die Verbesserung der terms of trade im sowjetischen Außenhandel. Die Sowjetunion konnte als wichtiger Produzent und Exporteur von Energie- und anderen Rohstoffen den Nutzen aus den erheblichen Preissteigerungen für solche Produkte auf den Weltmärkten

<sup>7)</sup> Hierzu und zum folgenden s. Länderbericht Osteuropa, a. a. O., S. 278f.

ziehen<sup>6)</sup>. Anders als zu Beginn des 10. Planjahrfünfts hat sie gegenwärtig keine nennenswerten Zahlungsbilanzprobleme gegenüber dem Westen. Die Konsolidierung der Außenwirtschaftsentwicklung ist allerdings auch auf die Mitte der siebziger Jahre eingeleitete, inzwischen aber wieder gelockerte, Politik der Importrestriktion zurückzuführen. Insgesamt wird der Beitrag außenwirtschaftlicher Beziehungen zum Wirtschaftswachstum der UdSSR von westlichen Fachleuten auf wenige Zehn-

telprozentpunkte geschätzt. Dies zeigt den alles in allem begrenzten Effekt der Ost-West-Wirtschaftskooperation. Dennoch bleibt die sowjetische Wirtschaftspolitik an Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert, denn bei dem abnehmenden Wachstumsspielraum der Wirtschaft muß die sowjetische Wirtschaftspolitik in einer mosaikartigen Strategie in vielen Bereichen auf die Suche nach zusätzlichen Wachstumsmöglichkeiten gehen, auch wenn deren Effekt im Einzelfall begrenzt ist.

## Reformpolitik in der Ära Breshnew

Die sowjetische Führung hat in den letzten eineinhalb Jahrzehnten versucht, die Leistungsfähigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems durch zahlreiche Reformmaßnahmen zu erhöhen. Von besonderer Bedeutung war dabei zunächst die Wirtschaftsreform von 1965, hinter der das Modell einer modernisierten, aufgelockerten administrativen Planwirtschaft stand und die sowohl (administrativ) zentralisierende (Rückkehr zur ministeriellen Leitungsstruktur) als auch (ökonomisch) dezentralisierende Tendenzen (begrenzter Ausbau betrieblicher Entscheidungen) aufwies<sup>7)</sup>.

Die Reform entwickelte sich, wie ein sowjetischer Kritiker formulierte, „mehr in die Breite als in die Tiefe“ und war generell beurteilt kein Erfolg. Die Funktionslogik der administrativen Planwirtschaft und die anhaltende „pressure economy“ transformierten das „Neue System“ in eine Variante der alten direktiven Planwirtschaft.

Die sowjetische Führung reagierte auf die fortgesetzten Effizienz-, Konsistenz- und Wachstumsprobleme der Wirtschaft, indem sie die Reform von 1965 in einen anhaltenden und breit angelegten — wenn auch wiederum nicht in die Tiefe gehenden — Prozeß von „Reformen der Reform“ verwandelte. Der Begriff „Reform“ selbst verschwand aus Diskussion

und Dokumenten; in den siebziger Jahren war statt dessen von der „Vervollkommnung“ oder „Verbesserung“ des Wirtschaftsmechanismus die Rede. Die Maßnahmen der siebziger Jahre konzentrierten sich wiederum auf die drei Ebenen, die bereits von der Reform von 1965 erfaßt worden waren: die organisatorische Struktur von Planung und Verwaltung, die Planungsmethoden im überbetrieblichen Bereich und die mikroökonomische Steuerung (Leitung und Prämierung der Betriebe). Von besonderer Bedeutung war die Bildung von Industrie- und Produktionsvereinigungen (Betriebszusammenschlüssen, „sozialistischen Konzernen“) zur Förderung von Konzentration und Spezialisierung, Erleichterung zentraler Planung, effizienteren Nutzung lokaler Ressourcen, Förderung des technischen Fortschritts. Insgesamt standen die Reformmaßnahmen der siebziger Jahre im Zeichen einer zentralisierenden Tendenz. Beispiele: Konzentration der Verwaltung, Zusammenlegung von Betrieben, erneute Auffächerung der betrieblichen Plankennziffern.

Auch die breitgestreute, aber bruchstückhafte Reformpolitik der siebziger Jahre hatte nicht den gewünschten Erfolg. Vor allem reichte sie nicht dazu aus, den angestrebten Übergang zu intensiver Wirtschaftsentwicklung, zu mehr „Effizienz und Qualität“, zu vollziehen. Im Gegenteil: Wie bereits erwähnt, brachte gerade das 10. Planjahrfünft (1976—1980) für die meisten Effizienzkennziffern besonders ungünstige Resultate.

Der Ablauf des 10. Planjahrfünfts zeigte zudem, daß die Steuerung der Wirtschaft nach-

<sup>6)</sup> Vgl. Hans-Hermann Höhmann, Heinrich Machowski, Gertraud Seidenstecher, Kapitel Wirtschaft, in: Sowjetunion 1980/81, München 1981, S. 121 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. ausführlich zur sowjetischen Wirtschaftsreform Hans-Hermann Höhmann, Die sowjetische Wirtschaftsreform vom Herbst 1965, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968.

einem stabilen, fünfjährigen Plankonzept weitgehend mißlang und daß auch die zum Gegensteuern gegen kurzfristige Wirtschaftsschwierigkeiten eingesetzten Jahrespläne ihre Aufgabe nur schlecht erfüllten.

Insgesamt vermittelt die sowjetische Wirtschaft am Beginn des 11. Planjahrfünfts den Eindruck eines schwerfälligen Apparates, der nicht nur mit erheblichen Effizienz-mängeln behaftet, sondern in seiner Entwicklungsrichtung auch schwer steuerbar ist. Mit einer ausgeprägten Erstarrung in traditionellen Strukturen und bürokratischer Organisation verbindet sich ein zunehmender „Neben-Kapitalismus“ (second economy). Diese vielfältigen — teils legalen, vielfach aber auch illegalen — Privataktivitäten wirken zwar vielfach als „Schmiermittel der Planwirtschaft“. Ihr Zusammenwirken mit dem offiziellen Wirtschaftssystem ist aber in keiner Weise optimal und führt immer wieder auch zur Vergrößerung bestehender Schwierigkeiten (etwa bei der Versorgung mit Materialien, die für private Zwecke „abgezweigt“ wurden).

Es verwundert daher nicht, daß in den vergangenen Jahren neue Reformmaßnahmen eingeleitet wurden, um Effizienzorientierung und Steuerbarkeit der Wirtschaft zu verbessern. Von Bedeutung ist hier besonders die Reform vom Juli 1979, die in der sowjetischen Presse an Ausmaß und Bedeutung mit der Reform von 1965 verglichen wird<sup>10</sup>).

Doch auch die Reform von 1979 war ganz eindeutig eine „Reform innerhalb des Systems“. Der Primat direkter Planung im Rahmen der mikroökonomischen Steuerung (Leitung der Betriebe) wurde nicht zugunsten des Primats horizontaler Steuerung durch Verträge und Leitung der Betriebe hauptsächlich durch ökonomische Parameter aufgegeben. Das Prinzip der Planerfüllung blieb als betriebliches Erfolgskriterium weiter in Kraft. Die Entschei-

dung über Wachstum und Verwendung des Nationaleinkommens sollte auch zukünftig auf zentraler Ebene fallen, orientiert an Güterbilanzen, und kein Ergebnis preisgesteuerter Marktprozesse sein.

Die Halbheit der Reform veranlaßte die sowjetische Führung bereits bald nach ihrer Bekanntgabe, nach neuen Reformmaßnahmen zu suchen. So kündigte Breshnew wiederholte neue Verwaltungsreformen an. Alle Verlautbarungen der Führung bis hin zu denen auf dem XXVI. Parteitag lassen jedoch darauf schließen, daß zumindest auf mittlere Sicht der Reformkurs der sowjetischen Wirtschaft weiterhin am Leitbild einer aufgelockerten, modernisierten administrativen Planwirtschaft orientiert bleiben soll.

Eine Alternative zu dem zwar permanenten aber begrenzten Prozeß der „Reformen innerhalb des Systems“ ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Weiterreichende, marktsozialistische orientierte Reformen stoßen im sowjetischen Fall offensichtlich auf noch engere Grenzen als in den kleineren sozialistischen Ländern Osteuropas. Zu diesen Grenzen gehören: das wirtschaftliche Risiko einer weiterreichenden Reform; die immer noch zu leistenden Entwicklungsaufgaben im Osten der UdSSR; der anhaltende Druck auf alle Ressourcen von der Kapitalbildungs-, Konsum- und Rüstungsseite her („pressure economy“); die diffizilen Zusammenhänge zwischen Reform und regionaler Wirtschaftsentwicklung (und damit Reform- und Nationalitätenproblem); die Herrschaftsinteressen von Partei- und Staatsführung; die Absicht, „polnische Infektionen“ unter allen Umständen zu vermeiden; die Widerstände von weiterreichenden Reformen in Mao-Prästige und Einkommen besonders betroffenen sozialen Gruppen und last not least die immer noch nicht überwundenen ideologischen Reformgrenzen.

## Welche Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren?

Die aufgezeigten wirtschaftsstrukturellen Probleme der UdSSR, die Erstarrungstendenzen des bürokratischen Wirtschaftssystems, der strukturelle Konservatismus sowjetischer

<sup>10</sup>) Vgl. die Reformverordnung in: *Ékonomičeskaja gazeta*, 32/1979.

Politik und der begrenzte konzeptionelle Horizont der überalterten Führung lassen auf für die achtziger Jahre — zumindest auf absehbare Zeit — keine neue Weichenstellung in der Wirtschafts- und der Wirtschaftspolitik erwarten. Zu erwarten ist vi-

mehr die Fortsetzung einer mosaikartigen „Strategie des Durchwurstelns“, die sich aus folgenden Elementen zusammensetzt:

Im Bereich der *Wirtschaftsreformpolitik*: Fortsetzung der bisherigen, am Leitbild einer aufgelockerten, rationalisierten administrativen Planwirtschaft orientierten Reformpolitik. Das bedeutet, daß nach wie vor nur begrenzte Reformen innerhalb der Verwaltungsstruktur (Neugliederung, Vereinigungsbildung), der Planungsmethodik (mathematische Modelle und Verfahren, EDV) und der Betriebsplanung (Änderungen im System der Plan- und Erfolgskennziffern) vorgenommen werden, daß aber eine tiefgreifende Reform auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist.

Zur Ergänzung des öffentlich-planwirtschaftlichen Sektors der sowjetischen Wirtschaft dürfte die individuelle Wirtschaftstätigkeit in Landwirtschaft und Handwerk zukünftig eine größere Rolle spielen. Hierfür bestätigte die sowjetische Verfassung von 1977 die rechtliche Grundlage, und Breshnew forderte die Schaffung eines für privatwirtschaftliche Tätigkeit in der Landwirtschaft günstigen „gesellschaftlichen Klimas“. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß der Umfang privater Wirtschaftstätigkeit innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft umfassend erweitert wird. Dies stößt nicht nur auf die erörterten ideologischen Barrieren, sondern auch auf ökonomisch-organisatorische und einkommenspolitische Grenzen. Denn der Ausbau der Privatwirtschaft in größerem Maßstab hätte sowohl Konsequenzen für den Einsatz der Arbeitskräfte und für die Einkommensentwicklung als auch Auswirkungen auf die Versorgung mit Produktionsmitteln. Dies könnte die Schwierigkeiten im planwirtschaftlichen Sy-

stem vergrößern und zu einem weiteren Auftrieb der „second economy“ führen.

Im Bereich der *Wirtschaftspolitik*: Fortsetzung der Bemühungen um Verbesserung der Arbeitsmotivation mit materiellen und moralischen „Stimuli“; weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern; Bemühungen um eine Begrenzung des Rüstungswachstums. Die beiden letztgenannten Elemente können allerdings nur in dem Maße zum Tragen kommen, das die außenpolitische Lage gestattet.

Es bleibt abzuwarten, ob diese auf mittlere Sicht zu erwartende mosaikartige Strategie des Durchwurstelns auch längerfristig die Antwort der sowjetischen Führung auf wirtschaftliche Wachstums- und Effizienzschwächen bleibt. Sollten sich die Schwierigkeiten vergrößern, würde auch der Reformdruck weiter zunehmen. Dann könnte auch die Frage einer grundsätzlichen Alternative wieder aktuell werden. Allerdings wäre eine weitreichende Reform an bestimmte politische, soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden, die nicht leicht zu schaffen sind.

Es wäre eine längere Vorbereitungszeit erforderlich, in der ein konsistentes Reformprogramm ausgearbeitet und die institutionell-organisatorischen, psychologisch-motivationalen sowie wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen (Annäherung an „prämarktwirtschaftliche Strukturen“) geschaffen würden. Dies erfordert sowohl einen konzeptionellen Wandel von Herrschaft als auch eine — zumindest zeitweilige — Suspendierung sowjetischer Politik von angespannten Wachstumszielen innerhalb und permanenter machtpolitischer Präsenz außerhalb der UdSSR.



## Die sowjetische Außenpolitik der Breshnew-Ära

Faßt man die Etappen außenpolitischer Machtentfaltung ins Auge, welche die Sowjetunion seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zurückgelegt hat, so treten drei Entwicklungsabschnitte zutage, die sich deutlich voneinander unterscheiden. Diese aufeinanderfolgenden Perioden sind eng mit den Namen Stalin, Chruschtschow und Breshnew verknüpft, ja sie decken sich praktisch mit den Regierungszeiten der genannten Parteichefs. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in der Sowjetunion die Parteiführung das Land regiert, nicht etwa der Ministerrat. Auch alle wichtigen außenpolitischen Entscheidungen werden vom Politbüro der KPdSU (das sich von 1952 bis 1966 als KPdSU-Präsidium bezeichnete) getroffen. Das Außenministerium wirkt nur bei ihrer Vorbereitung mit, ist allerdings anschließend weitgehend für die Durchführung solcher Beschlüsse sowie für die Wahrnehmung aller diplomatischen Routineaufgaben verantwortlich. Daß Außenminister Gromyko im April 1973 ins Politbüro aufgenommen wurde, stellte ein Novum in der Geschichte der Sowjetunion dar.

Mit dem Prozeß der Ablösung der Stalin- durch die Chruschtschow-Ära sowie der Chruschtschow- durch die Breshnew-Ära ging nicht nur eine fortgesetzte, sowohl politisch als auch militärisch bedeutsame Gewichtszunahme der UdSSR in der internationalen Arena einher, sondern diese Übergänge waren jedesmal auch mit wesentlichen, den Großmachtstatus der UdSSR betreffenden Qualitätsveränderungen verbunden. Unter diesem Blickwinkel bestand die historische Leistung Stalins vor allem in der Errichtung des Sowjetimperiums durch Zusammenfassung der unter den Einfluß Moskaus geratenen Gebiete Ostmittel- und Südosteuropas mit der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik zu einem Großreich neuen, „sozialistischen“ Typs. Darüber hinaus schuf Stalin durch Inangsetzung einer eigenen Atombombenproduktion die materielle Basis für die Supermacht-Ambitionen der Sowjetunion, die sich damit zugleich vor die Aufgabe gestellt sah, den gewaltigen Vorsprung der USA auf diesem Felde in möglichst kurzer Zeit aufzuholen.

In der Chruschtschow-Ära erlangte die UdSSR dann die für eine Supermacht kennzeich-

nende Fähigkeit, jeden potentiellen Gegner mit ihrem eigenen Kernwaffenarsenal zuverlässig vernichten und somit auch wirklich abschrecken zu können. Allerdings zeigte der Ausgang der Kuba-Krise im Oktober 1962, daß die Sowjetunion damit noch keineswegs den Rang einer im Verhältnis zu den USA global konkurrenzfähigen Weltmacht erreicht hatte<sup>1)</sup>. Zur Bewältigung dieser Aufgabe wurden in der Breshnew-Ära mit neuem Eifer alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Dazu gehörte die Errichtung einer erdumspannenden Infrastruktur, die es der Sowjetführung seither gestattet, ihre konventionellen und nuklearen Machtmittel praktisch weltweit zur Geltung zu bringen. Auf dem ersten Breshnew-Nixon-Gipfel (Moskau, Mai 1972) setzte die sowjetische Seite die vertragliche Absicherung der von ihr bis dahin weitgehend erreichten Parität bei den strategischen Waffensystemen durch (SALT-I-Abkommen) und brachte die USA außerdem dazu, eine gemeinsame Verpflichtung der Supermächte zu koordiniertem Krisenmanagement im Rahmen einer beiderseits akzeptierten Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, insbesondere für die Vermeidung einer Nuklearkatastrophe, anzuerkennen.

In der Folgezeit gelang es dann der Sowjetunion (zum Teil mit kubanischer und vietnamesischer Hilfe), in verschiedenen geographischen Zonen von großer politischer und geostrategischer Bedeutung, wie z. B. in Europa, in Indochina und in Afrika, die regionalen Kräfteverhältnisse so eindeutig zu ihrem Vorteil zu verändern, daß nicht nur im Westen Beunruhigung aufkam. Vielerorts — und vor allem in Washington — begann man sich zu fragen, ob nicht angesichts dieser Gewichtsverschiebungen bereits mit einer militärisch-politischen Überlegenheit der Sowjetunion auch auf der Ebene des globalen Kräfteverhältnisses gerechnet werden müsse.

Offiziell nahm man amerikanischerseits das „Erstarken der Sowjetunion zu einer Supermacht globalen Formats“ erstmals im Frühjahr

<sup>1)</sup> Zur Unterscheidung zwischen Supermacht- und Weltmachtstatus vgl. Vernon V. Aspaturian, *Soviet Global Power and the Correlation of Forces*, in: *Problems of Communism*, Washington, 3, 1980, S. 1 f., Anm. 2.

1976 — mit einer gewissen Verspätung — als eine akute Entwicklung von bedeutender Tragweite zur Kenntnis<sup>2)</sup>. Vermutlich übte der sowjetische Weltmachtetzergeiz auch auf die Entscheidung für die Besetzung Afghanistans — die erste sowjetische Militärintervention der Nachkriegszeit außerhalb des von Moskau kontrollierten Imperiums — verhängnisvollen Einfluß aus. An dieser Entscheidung entzündete sich im Westen eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf man den Griff nach Afghanistan häufig mit einem vermuteten Politbüroplan für den etappenweisen Vorstoß zum Persischen Golf in Verbindung brachte — mit einem sowjetischen *Grand design*, das angeblich darauf abzielt, die Industriestaaten des Westens durch die Blockierung lebenswichtiger Erdölaufuhren in die Knie zu zwingen. Indessen hat die Erforschung der Vorgeschichte und der Begleitumstände der Invasion<sup>3)</sup> bisher keine schlüssigen Beweise für das Vorhanden-

sein einer derartigen Strangulierungsstrategie zutage gefördert.

Trotzdem mag es ein *Grand design* der Sowjetführung geben, eine außenpolitische Zielprojektion, zu deren Verwirklichung alle Politbüromitglieder tagtäglich einen persönlichen Beitrag zu leisten haben. In den letzten 17 Jahren war dieses *Grand design* für die Breshnew-Administration wahrscheinlich — gleichviel ob bewußt oder unbewußt — mit der Aufgabenstellung identisch, aus der Supermacht Sowjetunion um jeden Preis eine mit den USA gleichrangige Weltmacht zu machen. Prinzipiell handelt es sich dabei um eine durchaus legitime Zielsetzung. Das eigentliche Problem liegt darin, inwieweit Fortschritte der Sowjetunion auf dem Wege zu diesem Ziel von den Regierungen und der Bevölkerung anderer Staaten, angesichts des bisherigen Umgangs der sowjetischen Politiker mit der Macht, als bedrohlich empfunden werden.

## Breshnew: Parteimanager mit Militär- und Rüstungserfahrung

Für die sowjetische Außenpolitik bedeutete der Sturz Chruschtschows eine wichtige Zäsur. Andererseits blieb die Kontinuität nicht nur personell, sondern auch im Hinblick auf das außenpolitische Programm in außergewöhnlichem Maße bewahrt. Man weiß, daß nicht nur die Mitglieder der neuen Troika — Breshnew, Kossygin und Podgornyj —, sondern auch alle anderen Politbüromitglieder ihre Karrieren einst als Stalinisten begonnen hatten. Ebenso waren alle maßgeblichen außenpolitischen Funktionäre, angefangen bei Gromyko und Ponomarew, schon unter Stalin in Spitzenpositionen des Außenministeriums oder des zentralen Parteiapparates berufen worden. Die außenpolitische Generallinie hatte zudem seit der Stalin-Ära eigentlich nur eine wesentliche Korrektur erfahren: In der Chruschtschow-Ära war die Vermeidung von intersystemaren Kriegen — wegen der Gefahr einer Nuklearkatastrophe — nicht nur für möglich erklärt, sondern im Grunde sogar zu einer Hauptaufgabe der sowjetischen Außenpolitik erhoben worden.

Ein namhafter amerikanischer UdSSR-Forscher<sup>4)</sup> führt die Stabilität des gesamten sowjetischen Systems auf die Perpetuierung des Stalinismus zurück, d. h. darauf, daß sowohl das Führungspersonal der Stalin-Ära als auch viele ihrer politischen Institutionen und Programme, ihrer Konventionen und Maßstäbe in der Substanz beibehalten worden sind. In dieser Sicht stellen der Spätstalinismus, die Chruschtschow- und die Breshnew-Ära eine relativ geschlossene Epoche der Sowjetgeschichte dar, die allerdings jetzt, angesichts der bevorstehenden „Machtergreifung“ einer völlig neuen Generation, einem abrupten Ende zutreibt.

Chruschtschow hatte in der Führung der Außenpolitik den Improvisationsstil der Stalinzeit auf die Spitze getrieben, während zugleich auf den verschiedensten Gebieten, vor allem in der Raketenrüstung, der Nukleartechnik und der Raumfahrt, enorme Anstrengungen unternommen worden waren, um den sowjetischen Anspruch auf internationale Gleichrangigkeit mit den USA Nachdruck zu verleihen. Nach dem Scheitern des Kuban-Abenteuers — einer verfrühten Kraftprobe, die einem für die Sowjetunion sehr ungünstig g

<sup>2)</sup> Vgl. die Londoner Rede Helmut Sonnenfeldts, *The New York Times*, 6. 4. 1976.

<sup>3)</sup> Vgl. Wolfgang Berner, *Der Kampf um Kabul: Lehren und Perspektiven*, in: *Die sowjetische Intervention in Afghanistan*, Hrsg. H. Vogel, Baden-Baden 1980, S. 319-366.

<sup>4)</sup> Seweryn Bialer, *Stalin's Successors. Leadership, stability, and change in the Soviet Union*, Cambridge 1980.

gelegenen Austragungsort — sahen sich diejenigen Chruschtschow-Kritiker innerhalb und außerhalb des KPdSU-Präsidiiums bestätigt, die schon immer für mehr Umsicht, Stetigkeit und Planmäßigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie für eine bessere Koordinierung der außenpolitischen Strategie mit den sicherheitspolitischen Belangen und den Rüstungsprogrammen der Sowjetunion plädiert hatten. Allem Anschein nach standen zuletzt innenpolitische, vor allem auch wirtschaftspolitische Streitfragen und persönliche Motive bei der Rebellion der Präsidiumsmehrheit gegen den Partei- und Regierungschef im Vordergrund<sup>5)</sup>, doch hat dessen unbezähmbare Neigung zu außenpolitischen Alleingängen und jähem Kurswechseln vermutlich wesentlich dazu beigetragen, die zwei Jahre nach dem Kuba-Fiasko hauptsächlich von Suslow inszenierte Palastrevolte heraufzubeschwören<sup>6)</sup>.

Nach Chruschtschows erzwungener Abdankung fiel Breshnew das Amt des Ersten ZK-Sekretärs zu, während Kossygin zum Vorsitzenden des Ministerrats aufrückte. Breshnew, der unter Chruschtschow zuletzt den zweiten Platz unter den ZK-Sekretären eingenommen hatte, war ein versierter und erfolgreicher Parteimanager. Im Jahre 1950 erstmals in den Zentralapparat der KPdSU berufen, leitete er später zeitweise die Parteiorganisationen der Moldau-Republik und Kasachstans. Danach kehrte er ins Moskauer ZK-Sekretariat zurück, wo er vom Sekretär für die Schwerindustrie über mehrere Zwischenstufen zum Defacto-Vertreter des Parteichefs aufstieg.

Seine außenpolitischen und Auslandserfahrungen waren dagegen relativ beschränkt. Mit Außenpolitik hatte er sich zunächst als Mitglied des KPdSU-Präsidiiums (1952/53, 1956—1964) nur oberflächlich befaßt. Erst nachdem ihn sein politischer Ziehvater Chruschtschow im Mai 1960 zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet gemacht hatte, kam er intensiver mit ihr in Berührung. Diese Position, die dem Amt des Staatspräsidenten entspricht, bekleidete er bis zum Juli 1964.

<sup>5)</sup> So bes. Michel Tatu, *Macht und Ohnmacht im Kreml*. Von Chruschtschow zur Kollektiven Führung. Frankfurt a. M. 1968, S. 365—402.

<sup>6)</sup> Gromyko soll einem Besucher kurz nach dem Ereignis versichert haben, Chruschtschow sei gestürzt worden, weil er seinen Schwiegersohn Adschubej, ohne das Außenministerium zu beteiligen, mit einem diplomatischen Auftrag „nach Bonn“ geschickt habe; ebenda, S. 392.

Viel besser kannte sich Breshnew in der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie aus, und er verfügte über ziemlich breitgefächerte Erfahrungen aus dem Militärbereich. Seine Laufbahn als politischer Instrukteur hatte er 1935 bei einer Panzerkompanie im sibirischen Tschita begonnen. Während des deutsch-sowjetischen Krieges, den er von Anbeginn mitmachte, avancierte er rasch vom Brigadekommissar zum obersten Polit-Offizier einer Armee, dann einer Heeresgruppe, schließlich des Militärbezirks Karpaten. Bei Kriegsende hatte er den Rang eines Generalmajors. Acht Jahre nach Kriegsende übernahm er noch einmal eine wichtige Polit-Offizier-Funktion, diesmal im Verteidigungsministerium: 1953—1954 war er 1. Stellvertretender Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Streitkräfte und als solcher speziell für die Politische Verwaltung der Kriegsmarine verantwortlich. Dies trug ihm den Rang eines Generalleutnants ein.

Im Gebietspartei Komitee von Dnjepropetrowsk hatte er 1940/41 ein Jahr lang die Funktion eines Sekretärs für die Rüstungsproduktion inne. Im Moskauer KPdSU-Zentralapparat leitete er als ZK-Sekretär ab 1956 zunächst die Abteilung Schwerindustrie und Kapitalinvestitionen, sodann 1959—1960 die Abteilung Rüstungsindustrie und Weltraumforschung.

In Anbetracht dieses Erfahrungshorizonts war es kaum verwunderlich, daß sich Breshnew nach dem Oktober-Plenum von 1964 als neuer Parteichef anfangs mehr für das Parteimanagement sowie für Sicherheits- und Rüstungspolitik, weniger dagegen für die Außenpolitik interessierte. Noch bis 1970 war nach dem Eindruck Washingtons Kossygin das primär für die Außenpolitik zuständige Troika-Mitglied, und alle Mitteilungen der „kollektiven Führung“ an das Weiße Haus wurden im Namen Kossygin gemacht, wie Kissinger berichtet<sup>7)</sup>.

<sup>7)</sup> Henry A. Kissinger, *Memoiren 1968—1973*, München 1979, S. 563. — Der damalige Bonner Moskauer Botschafter beruft sich zwar auf Sicker-Informationen, denen zufolge die kurz zuvor von Breshnew selbst „initiierte neue Westpolitik“ 1969/70 „innerhalb der Sowjetführung auf starke Vorbehalte gestoßen sei“ (Helmut Allardt, *„Moskauer Tagebuch“*, Düsseldorf 1973, S. 380f.), doch bestätigt er Kossygin außenpolitische Zuständigkeit für die Zeit bis 1971. Kossygin unterzeichnete auch zusammen mit Gromyko den sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. 8. 1970. Erst danach empfing Breshnew, der niemals unmittelbar in die Verhandlungen eingegriffen hatte, den Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zu einem vierstündigen Gespräch (ebenda, bes. S. 368—376, sowie 204ff., 214f., 348f.).

In Kairo und anderen Hauptstädten des Nahen und Mittleren Ostens tauchten immer wieder Kossygin und Podgornyj in außenpolitischer Mission auf, während sich Breshnew dort nicht blicken ließ. Ausländischen Gesprächspartnern wie dem Ägypter Heikal fiel Breshnews Neigung auf, sich mit militärischen und Rüstungsfragen zu befassen<sup>8)</sup>. Nach Kissingers Auskunft hatte er schon vor dem Sturz Chruschtschows als Befürworter eines sowjetischen Aufrüstungskurses gegolten<sup>9)</sup>. Von der Generalität wurde er zweifellos als sachkundiger Gesprächspartner geschätzt.

Eigentlich benötigte Breshnew erstaunlich wenig Zeit, um in die Rolle des anerkannten Team-Chefs der „kollektiven Führung“ hineinzuwachsen, der neben Suslow, Kossygin und Podgornyj noch zahlreiche andere erfahrene, zum Teil auch sehr ehrgeizige Politiker sowie etliche Parteiveteranen angehörten. Daß ihm der XXIII. Parteitag im April 1966 nach kaum anderthalbjähriger Amtszeit als Erster Sekretär den „magischen“ Generalsekretärstitel zugestand, war eine für Außenstehende überraschende Erfolgsbestätigung. Seine Autorität wurde dadurch zusätzlich gestärkt. Gleichwohl änderte dies zunächst nichts daran, daß alle wichtigen Entscheidungen der Innen- und Außenpolitik als Beschlüsse eines Führungskollektivs getroffen wurden. In diesem Führungskreis nahm Breshnew die Position eines für die Programmierung des Konsenses in besonderem Maße verantwortlichen *Primus inter pares* ein.

Erst seit dem Frühjahr 1971 begann Breshnew allmählich, die Zügel auch in der Außenpolitik selbst in die Hand zu nehmen, stellte Kissinger fest<sup>10)</sup>. Vermutlich hing dies mit seinem Eintreten für eine Entscheidungsstrategie gegenüber Washington und Bonn zusammen, die sich über manche der im Politbüro geäußerten, der Öffentlichkeit jedoch allenfalls in ideologisch verschlüsselter Form bekanntgewordenen Vorbehalte hinwegsetzte. So mochten es die anderen Führungsmitglieder vielleicht sogar für klüger halten, dem Generalsekretär bei der Erprobung der von ihm befürworteten Konzeption den Vortritt zu lassen. Daß Breshnew sich mit dieser durchsetzen konnte, hatte er wohl nicht zuletzt der für Moskau alarmierenden Tatsache zu verdanken, daß eine Wiederannäherung zwischen den USA und der VR

China in Gang gekommen war. Durch Entspannung im Ost-West-Verhältnis glaubte man im Kreml auch der Gefahr einer gegen die Sowjetunion gerichteten amerikanisch-chinesischen Verständigung wirksam begegnen zu können.

Fortan nutzte Breshnew jede Gelegenheit sich auch im Ausland als „starker Mann“ der sowjetischen Führung zu profilieren. Besonders deutlich trat dies anlässlich seiner mit großem protokollarischem Aufwand durchgeführten „Staatsbesuche“ in Frankreich (Oktober 1971, Dezember 1974), in der Bundesrepublik Deutschland (Mai 1973, Mai 1978) und in den USA (Juni 1973) in Erscheinung. Ein anderes Beispiel für seinen hochentwickelten Sinn für Publicity lieferte sein anhaltendes öffentliches Engagement für die Ablösung der alten „Stalin-Verfassung“ von 1936 durch eine neue, dann 1977 in Kraft gesetzte „Breshnew-Verfassung“<sup>11)</sup>. Seine energische Verteidigung der Afghanistan-Intervention um die Jahreswende 1979/80, seine Befürwortung einer baldigen Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen seit Mitte 1980 und sein Auftreten auf dem XXVI. KPdSU-Kongreß (Februar-März 1981), auf dem alle außenpolitischen Aussagen ihm allein vorbehalten blieben, bezeugten ihm mißverständlich seine gefestigte Autorität. Inzwischen hat die offizielle und halboffizielle Beweihräucherung seiner Person schon Züge eines „Breshnew-Kults“ angenommen.

Daß Breshnew in seiner Amtszeit sowohl die Ausrichtung als auch den Stil der sowjetischen Politik in vieler Hinsicht prägend beeinflusste, ist unbestritten. Gleichzeitig repräsentierte er eindrucksvoll die Kontinuität des von Lenin begründeten Herrschaftssystems bei teilweiser Restaurierung eines „zivilisierten“ Stalinismus. Die sowjetische Außenpolitik erreichte unter seiner Regie ein Höchstmaß an konzeptioneller Geschlossenheit. Im Zuge der zur Rekonsolidierung des Sowjetimperiums eingelei-

<sup>11)</sup> Die Verfassung der UdSSR von 1977 enthält erstmals einen der Außenpolitik gewidmeten Teil (Kapitel 4: Die Außenpolitik), der die Art. 28–30 umfaßt. Art. 28 enthält einen Aufgabenkatalog folgenden Wortlauts: „Die Außenpolitik der UdSSR ist darauf gerichtet, günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR zu sichern, die staatlichen Interessen der Sowjetunion zu schützen, die Positionen des Weltsozialismus zu stärken, den Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu unterstützen, Aggressionskriege zu verhindern, die allgemeine und vollständige Abrüstung zu erzielen und das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequent zu verwirklichen.“

<sup>8)</sup> Mohamed Heikal, Sphinx und Kommissar. Der sowjetische Einfluß in der arabischen Welt, Frankfurt a. M. 1980, S. 179, 216ff., 260f.

<sup>9)</sup> Kissinger, a. a. O., S. 1209.

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 563, 845f., 890f.

teten Maßnahmen erlangte nach der ČSSR-Krise als zusätzliches Druckmittel die sogenannte Breshnew-Doktrin Bedeutung, die das von der Vormacht gegenüber anderen Blockmitgliedern schon immer beanspruchte Interventionsprivileg neu verankerte. Schließlich beruhte der von Breshnew gesteuerte Entspannungskurs — wie noch gezeigt werden soll — auf einer neuartigen Verknüpfung grundlegender sowjetischer Leitvorstellungen und Zielsetzungen.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie weit die Assoziierung des KPdSU-Generalsekretärs mit charakteristischen Merkmalen und bedeutsamen Vorgängen der jüngsten Entwicklungsphase der UdSSR heute schon gediehen ist. Infolgedessen bedarf es auch keiner weiteren Rechtfertigung, wenn man die Periode oligarchischer Machtausübung, die in der Sowjetunion auf den Sturz Chruschtschows folgte, etwas vereinfachend als „Breshnew-Ära“ bezeichnet.

## Ab 1965: Konzertierte Aufrüstungs- plus Entspannungsprogramm

Die außen- und sicherheitspolitische Lektion der Kuba-Krise vom Oktober 1962 brachte der damalige 1. Vize-Außenminister der UdSSR und spätere Breshnew-Stellvertreter Wassilij W. Kusnezow<sup>12)</sup> im Gespräch mit John J. McCloy auf die Formel, die Sowjetunion werde es nie mehr zulassen, daß ihr noch einmal eine solche Schlappe zugefügt werde<sup>13)</sup>. Vieles spricht dafür, daß die Chruschtschow-Nachfolger von derselben Entschlossenheit beseelt waren, als sie zwei Jahre später die unvermeidliche Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik in Angriff nahmen. Wesentliche Elemente ihrer Alternativkonzeption kann man jenem „Prawda“-Artikel entnehmen, der am 17. Oktober 1964 erstmals etwas ausführlicher auf die Frage nach den Beweggründen für die drei Tage zuvor erfolgte Absetzung Chruschtschows einging.

Nachdem er zunächst versichert hatte, an der Generallinie der Entstalinisierungsparteitage von 1956, 1959 und 1961 sollte nicht gerüttelt werden, wandte sich dieser „Prawda“-Wegweiser sofort den außenpolitischen Perspektiven zu. In bezug auf die Außenpolitik hieß es dort, die Generallinie fordere dreierlei: 1. den Kampf für den Frieden, 2. den Kampf für „die internationale Sicherheit“ und 3. den Kampf für „die Verwirklichung des von W. I. Lenin aufgestellten Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“.

Die neue Führung, betonte der Artikel anschließend, werde „alle Maßnahmen zur Festigung der Wehrfähigkeit unseres Landes, zur

Gewährleistung der Unantastbarkeit seiner Grenzen und der Sicherheit der gesamten sozialistischen Gemeinschaft“ treffen; auch halte sie es für ihre Pflicht, „alles Notwendige zu tun, um die friedliche Arbeit des Volkes zu sichern, einen nuklearen Weltkrieg zu verhindern, die Lösung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungswege anzustreben, die Beziehungen mit allen Ländern im Interesse des Friedens zu verbessern und zu entwickeln und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu fördern“.

Bei Licht betrachtet, skizzieren diese wenigen Sätze schon zu diesem frühen Zeitpunkt das konzertierte Aufrüstungs- plus Entspannungsprogramm, das für westliche Beobachter erst fünf Jahre später deutlichere Konturen anzunehmen begann. Beachtung verdient zumal die Absichtserklärung, man wolle „mit allen Ländern“ die Beziehungen „verbessern“ und „entwickeln“, wobei man eine intensiviertere wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Partnerstaaten jeglicher Art anstrebe. Denn im Hinblick auf den Textzusammenhang konnte es sich bei den in dieser Weise anvisierten Ländern eigentlich nur um hochentwickelte „kapitalistische“ Industriestaaten handeln. Im Ansatz zeichnete sich hier bereits eine Politik ab, die — namentlich im Verhältnis zu Staaten wie den USA und der Bundesrepublik Deutschland — auf Überwindung der totalen Konfrontation im Interesse entspannter Kooperationsbeziehungen abzielte. Freilich hatte man dieses Konzept mit einer Reihe von Kautelen umrahmt, wie sie von sowjetischen Politikern regelmäßig angebracht werden, wenn der Konsens nur um den Preis solcher Zusätze herzustellen ist oder wenn man sich für den Notfall den Rückzug auf eine ideologisch zuverlässig abgesicherte Verteidigungsstellung offenhalten möchte.

<sup>12)</sup> Kusnezow wurde 1977 zum 1. Stellv. Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet und in diesem Zusammenhang zum Politbüroandidaten ernannt. Zuvor war er (seit 1955) 1. Stellv. Außenminister. Dem ZK-Präsidium hatte er bereits 1952/53 angehört.

<sup>13)</sup> Zitiert nach Norman Podhoretz, Commentary, New York, 4, 1981, S. 29.

Wahrscheinlich bestanden in der neuformierten Führungsmannschaft noch erhebliche Widerstände gegen die Leitidee, ein massives Auf- und Umrüstungsprogramm mit einer über Gesten und Propagandatiraden hinausgehenden Entspannungs- und Kooperationspolitik zu verknüpfen. Außerdem gab es handfeste Gründe, an der sofortigen Realisierbarkeit der Konzeption gerade auch im Hinblick auf die USA und auf die Bundesrepublik Deutschland zu zweifeln, wenn man z. B. an die Probleme dachte, die Chruschtschows Berlin-Ultimeaten aufgeworfen hatten, oder an die schroffen Interessengegensätze, die zwischen Ost und West in der Deutschlandfrage bestanden.

Eines hatte sich jedoch die gesamte „kollektive Führung“ mit Bestimmtheit vorgenommen: In Zukunft wollte man eine undramatische Außenpolitik der ruhigen Hand betreiben, man wollte sich dabei von dem „genauen Kompaß“ des „wissenschaftlichen Kommunismus“ leiten lassen, und man war überzeugt, auf der Basis gründlicher Analysierung der einschlägigen Vorgänge und Sachverhalte dann auch regelmäßig die „richtigen Beschlüsse“ erarbeiten zu können, wie dem „Prawda“-Artikel vom 17. Oktober 1964 zu entnehmen war. Eine Wiederholung der Fehler, die man Chruschtschow ankreidete, sollte es nicht mehr geben.

Was diesen betraf, so nannte der Artikel den Gestürzten zwar nicht beim Namen, doch war unschwer zu erraten, gegen wen sich die dort erhobenen Vorwürfe des „Subjektivismus“, der „Projektemacherei“, der „Prahlsucht“ und „Schaumschlägerei“, der „Voreiligkeit“ und „Sprunghaftigkeit“ sowie der Neigung zu „wirklichkeitsfremden Entschlüssen und Handlungen“ richteten. Daß diese Äußerungen auch den sicherheitspolitisch-militärischen Bereich betrafen, ging u. a. daraus hervor, daß der von Chruschtschow abgehalfterte, im November 1964 aber wiedereingesetzte Generalstabschef Marschall M. W. Sacharow ganz ähnliche Vokabeln wenig später in einem Aufsatz verwendete, der z. B. hervorhob, im Zeitalter „der Kernwaffen, der Kybernetik, der Elektronik und der Computer-Technologie“ könnten „subjektives Behandeln militärischer Probleme, Projektemacherei und Oberflächlichkeit sehr teuer zu stehen kommen“, ja sogar „irreparablen Schaden anrichten“<sup>14)</sup>.

Bekanntlich hatte Chruschtschow schon auf dem XXII. KPdSU-Kongreß im Oktober 1961 behauptet, die Sowjetunion habe inzwischen

eine „unbestreitbare Überlegenheit bei Kernwaffen und Raketen erreicht“<sup>15)</sup>, und dadurch Washington veranlaßt, das amerikanische Rüstungsprogramm nochmals aufzustocken, um der Entstehung einer wirklichen „Raketenlücke“ vorzubeugen. Dann brachte sein Raketen-Gepoker, das zur Kuba-Krise führte<sup>16)</sup>, die der Sowjetunion kurz vorher etablierte Doktrin von der entscheidenden Rolle der nuklearen Raketenwaffen<sup>17)</sup> ihn sowohl in der KPdSU-Führung als auch bei einem großen Teil der Generalität dermaßen in Mißkredit, daß eine gründliche Überprüfung des Gesamtkonzepts unter politischen und strategischen Gesichtspunkten nicht ausbleiben konnte. Auch Breshnew und Marschall Gretscho sollen zu den Kritikern gehört haben<sup>18)</sup>.

Am Ende wurden Doktrin und Rüstungsprioritäten der Chruschtschow-Ära jedoch von der neuen Führung im wesentlichen beibehalten, allerdings mit deutlicher Verstärkung der strategischen Unterseebootwaffe als Komponente des gesamten Nuklearraketenpotentials. In aller Stille setzte man indessen gleichzeitig die Planziele und Budgetzuwendungen für sämtliche Teilbereiche erheblich herab. Davon ausgenommen blieben anfangs lediglich die „konventionellen“ Seestreitkräfte, wofür von denen verlangt wurde, die Erfüllung ihrer Aufgaben im wesentlichen durch Umstrukturierung der Schiffsbestände, Anpassung der Neu- und Umbauvorhaben sowie Haushaltsumschichtungen sicherzustellen<sup>19)</sup>. Der Anteil

<sup>15)</sup> Prawda, 28. 10. 1962. — Schon vorher hatte Verteidigungsminister Marschall R. J. Malinowski am 23. 10. auf demselben Parteitag mit ähnlichen Übertreibungen Aufsehen erregt (ebenda, 24. 10. 1962).

<sup>16)</sup> Über Chruschtschows Motivationen und Zielsetzungen besteht nach wie vor Unklarheit; zu Thema vgl.: Chruschtschow erinnert sich, Hrsg. Talbot, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 492 ff.; Arnold Horelick, *The Cuban Missile Crisis: An Analysis of Soviet Calculations and Behavior*, in: *Soviet Policy in Developing Countries*, Hrsg. W. R. Duncan, V. L. Rotham (Mass.) 1970, S. 142—165; Lothar Rühl, *Russlands Weg zur Weltmacht*, Düsseldorf 1981, S. 433; Adam B. Ulam, *The Rivals. America and Russia Since World War II*, New York 1971, S. 299—344; Helmut Dahm, *Abschreckung oder Volkskrieg*, Olten/Freiburg i. B. 1968, S. 72, 77 ff.

<sup>17)</sup> Dahm, a. a. O., S. 23 ff., 28, 71 f., 74 f., 78 f., 103 ff.

<sup>18)</sup> Heikal, a. a. O., S. 178 f.

<sup>19)</sup> Vgl. Alvin Z. Rubinstein, *Soviet Foreign Policy Since World War II: Imperial and Global*, Cambridge (Mass.) 1981, S. 166—191 (Kap. 8: *The Military Dimensions of Soviet Foreign Policy*); Michael McCwire, *Naval Power and Soviet Oceans Policy*, in: *Soviet Oceans Development, Committee Print U. S. Govt. Printing Office, Washington 1976*, S. bis 182, bes. S. 86 ff., 143 ff.; ders., *The Evolution of Soviet Naval Policy: 1960—74*, in: *Soviet Naval Policy*, Hrsg. M. McCwire, Ken Booth, J. McDonnell, New York 1975, S. 505—546.

<sup>14)</sup> Krasnaja zvezda, 4. 2. 1965.

der Rüstungsaufwendungen am — stetig zunehmenden — Bruttosozialprodukt, der für die Jahre 1964—1966 gleichmäßig rund 10 Prozent betragen haben dürfte, erhöhte sich für die Jahre 1968—1969 auf jeweils 12 Prozent und für das Jahr 1975 auf schätzungsweise 14—15 Prozent<sup>20</sup>).

Ausschlaggebend für diese enorme Steigerung der Rüstungsanstrengungen war offenbar die Erkenntnis der Breshnew-Administration, daß der Abstand, der die UdSSR von dem Ziel trennte, eine von den USA als „gleichwertig“ anerkannte Weltmacht mit globaler Präsenz und Mitsprache zu werden, anders nicht aufzuholen war (von etwaigen weiterreichenden Ambitionen ganz zu schweigen). Zwangsläufig bedurfte infolgedessen das *Grand design* der Erweiterung um zusätzliche Dimensionen. Man mußte versuchen, in der Hochrüstungsperiode den Westen mit einer Vielzahl von Verhandlungs- und Beschwichtigungsinitiativen zu überziehen, schon weil es nötig war, die Konflikt- und Konfrontationsrisiken im Verhältnis USA-UdSSR und NATO-WPO während des Aufholprozesses auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Außerdem mußte

man an selektiven Rüstungsbegrenzungsverhandlungen interessiert sein, wenn dadurch die Innovationsdynamik des Westens — vor allem der USA — auf dem Gebiet der Militärtechnologie gedrosselt und unter Kontrolle gebracht werden konnte. Denn schließlich stand zu befürchten, daß sich sonst in vielen Bereichen neue, schwer auszugleichende Entwicklungsvorsprünge der Westmächte herausbilden würden.

Hinzu kam das Problem der Kosten. Man konnte sie teilweise der eigenen Bevölkerung und den WPO-Verbündeten aufbürden. Auch konnte man daran denken, Einsparungen an anderer Stelle, z. B. bei der Militär- und Entwicklungshilfe für die Dritte Welt, vorzunehmen. Schließlich konnte man versuchen, durch zielstrebige Ausweitung der ökonomischen Kooperation mit Staaten des Westens — nicht zuletzt auch durch Inanspruchnahme günstiger Investitionskredite und Warenkredite „kapitalistischer“ Partner — die Belastung der sowjetischen Volkswirtschaft erträglicher zu gestalten. Mehr oder minder, früher oder später hat die Sowjetführung von allen diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

## Die entspannungspolitische Dimension

Man hat sich daran gewöhnt, den sogenannten Budapester Appell der WPO-Staaten vom 17. März 1969 als Ouvertüre für den Entspannungskurs des Kreml anzusehen. Auch war die Vermutung begründet, der eigentliche Anstoß zu dieser Initiative könnte von den sowjetisch-chinesischen Grenzgefechten am Ussuri ausgegangen sein, zu denen es kurz vorher gekommen war. Andererseits erschien es nicht weniger plausibel, das Signal von Budapest als Reaktion auf die Antrittsrede des amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon vom 20. Januar 1969 zu deuten, die mit Bezug auf das Ost-West-Verhältnis das Ende der „Periode der Konfrontation“ und den Anbruch einer „Ära der Verhandlungen“ in Aussicht gestellt hatte. Wahrscheinlich gingen von beiden Ereignissen starke Impulse aus, die dazu beigetragen haben dürften, vorhandene Widerstände und Hemmungen sowohl im Osten als auch im Westen abzubauen. Bei genauerem Hinsehen ist jedoch festzustellen, daß die

Chruschtschow-Nachfolger schon sehr viel früher versucht haben, ihre Politik des Aufholens gegenüber den USA und der Konsolidierung innerhalb des desintegrationsgefährdeten kommunistischen Lagers mit einer Politik der selektiven Entspannung gegenüber Westeuropa und den USA zu verknüpfen.

Schauplatz war die 19. UN-Vollversammlung in New York. Dort trug Gromyko am 7. Dezember 1964 ein Memorandum über die „Milderung der internationalen Spannung“ und die „Begrenzung des Wettrüstens“ vor, in dem erstmals wieder seit 1954/55 der Gedanke der Errichtung eines „effektiven und umfassenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa“ in neuer, aber relativ vager Form auftauchte. Den Vorstoß Gromykos unterstützte der polnische Außenminister Rapacki auf derselben Konferenz am 14. Dezember mit einem Vorschlag zur Einberufung einer Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten (einschließlich der UdSSR) sowie die USA teilnehmen sollten. Dieser Vorschlag war zweifellos mit der sowjetischen Seite abgestimmt, und folgerichtig faßte der Politische Beratende

<sup>20</sup> Vgl. William T. Lee, *The Estimation of Soviet Defense Expenditures, 1955—75*, New York 1977, S. 133—151, bes. 143.

Ausschuß der WPO-Staaten beide Anregungen auf seiner Warschauer Tagung vom 19./20. Januar 1965 zu einer gemeinsamen Plattform zusammen. Man kann — unbeschadet aller späteren Modifikationen und Konkretisierungen — von dieser Zwillingsinitiative sagen, daß im Grunde die KSZE und die Anfang August 1975 von allen 35 Teilnehmerstaaten unterzeichnete KSZE-Schlußakte von Helsinki aus ihr hervorgegangen sind.

In einer sowjetischen Darstellung der Deutschlandpolitik der UdSSR in den Jahren 1945—1976 ist von einem europapolitischen „Programm“ die Rede, dessen — offenbar schon vorher begonnene — „Ausarbeitung“ nach dem Sturz Chruschtschows „wesentlich beschleunigt worden“ sei<sup>21)</sup>. Als Stationen bei der Realisierung dieses Programms bezeichnet der Verfasser die WPO-Konferenzen vom Januar 1965 (Warschau), vom Juli 1966 (Bukarest) und vom März 1969 (Budapest). Dank dessen, daß sich die finnische Regierung am 5. Mai 1969 „zur Ausrichtung der gesamteuropäischen Konferenz“ bereit erklärt habe, sei dann der KSZE-Prozeß allmählich ins Rollen gekommen. Auch der XXIII. KPdSU-Kongreß vom März-April 1966 habe in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige, richtungweisende Rolle gespielt, meint der Autor. Beachtenswert ist an dieser im übrigen zweifellos stark retuschierten Darstellung vor allem wieder der Hinweis, daß die Entspannungspolitik der Breshnew-Administration in den Rahmen einer 1964 konzipierten Gesamtkonzeption einzuordnen ist.

Es gibt sogar Indizien dafür, daß im Jahre 1966 von sowjetischer Seite mehrere Mitgliedstaaten ihres Hegemonialverbands ermutigt wurden, Verhandlungskontakte mit Bonn aufzunehmen. Aus Protokollnotizen zu einer internen Diskussion über „aktuelle Fragen des deutschen Imperialismus“, die Anfang November 1966 in Karlsbad stattfand, geht z. B. hervor, daß der Stellvertretende ČSSR-Außenminister Klička damals ausführte, man sehe im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland „eine Möglichkeit der Normalisierung ihrer Beziehungen zu einigen sozialistischen Ländern“, wobei er hinzufügte: „Dieser Frage widmen wir uns intensiv.“ Klička warnte davor, der Bonner Regierung bei direkten Verhandlungskontakten „allzuviel abzuverlangen“, um den Verhandlungserfolg dann „zur richtigen Zeit“ sicherstellen zu können; auch dürfe man

die entspannungswilligen Elemente in Westdeutschland nicht abschrecken<sup>22)</sup>.

Da die ČSSR damals, in der Novotný-Ära, in außenpolitischen Fragen ängstlich darauf bedacht war, keinen Schrittbreit von der in Moskau festgelegten Linie abzuweichen, lassen die von Klička Ende 1966 angestellten Erwägungen Rückschlüsse auf die Grundtendenz der spannungs- und deutschlandpolitischer Überlegungen zu, die seinerzeit von sowjetischen Autoritätsträgern auch gegenüber Vertretern der osteuropäischen Gefolgsstaaten geäußert worden sind. Das rumänische Drängen auf die Anknüpfung von Verhandlungskontakten im Sommer 1966, die am 31. Januar 1967 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest führten, gewinnt im Licht der Klička-Bemerkungen zusätzlich an Perspektive, auch wenn die sowjetische Seite den Abschluß schließlich mißbilligte.

Die Sowjetunion selbst ließ sich noch im Frühjahr 1967 auf einen diplomatischen Meinungsaustausch über die Bonner Anregung ein, die hauptsächlich Entspannungshindernisse, die sich aus dem Beharren der Bundesregierung auf der Wiedervereinigung Deutschlands und auf der Rechtsgültigkeit der Reichsgrenzen von 1937 ergaben, mit Hilfe von Gewaltverzichtserklärungen zu überwinden. Im Jahre 1966 hatte Moskau der Bundesrepublik wiederholt Verständigungsavancen gemacht, diese allerdings stets mit der Erwartung bedeutender westdeutscher Zugeständnisse verknüpft. Als Bonn sich konsequent weigerte, sein Verhältnis zur NATO zu lockern, kühlte das sowjetische Interesse an der Fortsetzung des Dialogs zusehends ab.

Schließlich setzte offenbar die DDR-Führung innerhalb der Warschauer-Pakt-Organisation durch, daß alle derartigen Bestrebungen und Experimente abgebrochen wurden und daß man sich darauf einigte, die Anerkennung der DDR und der nach dem Kriege erfolgten Grenzveränderungen seitens der Bundesrepublik Deutschland zur Vorbedingung jeder Normalisierung zu machen. Diese Frage gehörte zu den wichtigsten Themen der gesamteuropäischen Kommunistenkonferenz, die im April 1967 in Karlsbad tagte<sup>23)</sup>. Zum Schluß

<sup>21)</sup> V. N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945—1976, Berlin (Ost) 1977, S. 319.

<sup>22)</sup> Maschinenschriftliche Aufzeichnungen von einem Symposium zum Thema „Aktuelle Fragen des deutschen Imperialismus“, abgehalten in Karlsbad 1.—3. 11. 1966, mit Protokollnotizen über Beiträge von O. Klička und A. Šnejdárék (60 MS-Seiten).

<sup>23)</sup> Vgl. Wolfgang Berner, Das Karlsbader Aktionsprogramm, in: Europa-Archiv, Bonn, 11, 1967, S. 393—400.



wurde sie unzweideutig zugunsten des von der SED/DDR befürworteten harten Kurses entschieden.

Wenig später mußte sich dann das KPdSU-Politbüro mit dem „Prager Frühling“ befassen. Sein Beschluß, den tschechoslowakischen Reformkommunismus durch militärische Intervention zu liquidieren, hatte zur Folge, daß alle Entspannungsbemühungen bis Anfang 1969 völlig zum Erliegen kamen. Eigentlich ließ Moskau nur eine überraschend kurze Frist verstreichen, bis der „Budapester Appell“ das Eis wieder zu brechen versuchte. Dies legt die Vermutung nahe, daß der Sache Dringlichkeit beigegeben wurde.

Immerhin hatte man noch kurz vor der Besetzung der ČSSR den Kernwaffensperrvertrag abgeschlossen. Dabei waren zahlreiche bedeutsame Interessenkonvergenzen bei beiden Supermächten zutage getreten. Nach schwierigen Verhandlungen mit den „nichtnuklearen Staaten“ wurde der Vertrag am 1. Juli 1968 in Washington, Moskau und London zur Unterzeichnung aufgelegt.

Den SALT-I-Verhandlungen gingen Vorgespräche voraus, die bereits im Dezember 1966 von Washington in Gang gebracht wurden. Die sowjetische Seite hielt sich anfangs zurück; erst Mitte 1968 erklärte sie sich verhandlungsbereit. Wegen der ČSSR-Krise kam jedoch die erste offizielle Sitzung erst am 17. November 1969 zustande. Die SALT-I-Abkommen wurden im Mai 1972 in Moskau unterzeichnet. Im November 1974 folgte das Rahmenabkommen von Wladiwostok, schließlich im Juni 1979 die Unterzeichnung der SALT-II-Abkommen in Wien durch Carter und Breshnew. Um diese Zeit war die sowjetisch-amerikanische Kooperation praktisch auf die SALT-Thematik zusammengeschrumpft; denn in allen übrigen Bereichen hatte seit Ende 1974 — d. h. seit der Angola-Krise — nach und nach wieder ein frostiges Konfrontationsklima die Oberhand gewonnen.

Zwar unternahm die Carter-Administration außergewöhnliche Anstrengungen, um die Ratifizierung des SALT-II-Vertragswerks gegen starken Widerstand im Kongreß durchzusetzen, doch wurden diese durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zum Jahresende 1979 vereitelt. Letztlich geriet das Scheitern der SALT-II-Ratifikation, das als endgültig angesehen werden muß, zu einer gemeinsamen Niederlage Carters und Breshnews. Obwohl es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß Breshnews Position an der Spitze des Po-

litbüros durch diesen Mißerfolg erschüttert wurde, hatte er doch sein persönliches Prestige investiert, das zweifellos in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Denn vieles spricht dafür, daß Breshnew zeitweise mit erheblichem Engagement die Absicht verfolgte, die gefährliche Rivalität zwischen den beiden Supermächten durch eine Art „Frieden auf Bewährung“ zu mäßigen und so das antagonistische Grundprinzip der „friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ zu entschärfen, welches praktisch den Kampf bis zur Vernichtung des Gegners mit allen außer kriegerischen Mitteln vorschreibt<sup>24)</sup>. Schließlich ging es darum, einer antisowjetischen Koalition Washington-Peking den Boden zu entziehen, möglicherweise auch China durch ein Kondominium der beiden Weltmächte USA und UdSSR zu isolieren.

Breshnew war sichtlich bestrebt, die ideologisch definierten Grenzen seines Handlungsspielraums, die nur einen „Waffenstillstand auf Zeit“ zuließen und jegliches „Fraternisieren mit dem Klassenfeind“ untersagten, pragmatisch zu überwinden. Diese Phase begann — nach der Annäherung USA-China — im Frühjahr 1972 mit der Weichenstellung für den Moskauer Mai-Gipfel. Zum Abschluß dieser Begegnung wurde u. a. eine Vereinbarung über die „Grundprinzipien der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR“ unterzeichnet, ein ganz auf kooperative Friedenssicherung ausgerichtetes *Entente*-Abkommen.

Aber die *Entente cordiale* der „großen Zwei“ dauerte nur kurze Zeit. Im Oktober 1973 kam für sie mit dem Jom-Kippur-Krieg die erste schwere Belastungsprobe: Um Breshnew von einer einseitigen Intervention in Ägypten abzuhalten, versetzte Nixon die strategischen Streitkräfte der USA in Alarmbereitschaft. Schließlich veranlaßte der Angola-Schock den Nixon-Nachfolger Ford sogar, sich vom Gebrauch des Wortes „Entspannung“ zu distanzieren. Breshnew hingegen ließ sich im Dezember 1974 vom ZK der KPdSU ein erstaunlich detailliertes Absolutionszeugnis ausstellen, möglicherweise um Kritiker in den Reihen des Politbüros zum Schweigen zu bringen<sup>25)</sup>.

<sup>24)</sup> Vgl. Boris Meissner, Das Entspannungskonzept der Hegemonialmacht: Entspannungsbegriff und Entspannungspolitik aus der Sicht der Sowjetunion, in: Entspannungspolitik in Ost und West, Hrsg. H.-P. Schwarz und B. Meissner, Köln 1979, S. 1—35.

<sup>25)</sup> Bericht über die Tagung des ZK der KPdSU vom 16. 12. 1974, in: Prawda, 18. 12., und Neues Deutschland, 19. 12. 1974.

In dieser Erklärung wurde ihm bestätigt, die Entwicklung der Beziehungen der Sowjetunion „zu den größten kapitalistischen Mächten“ sei „von erstrangiger Bedeutung“ für die Friedenssicherung. Die Gipfeltreffen der Jahre 1973—1974 mit Präsident Nixon, mit Bundeskanzler Schmidt und mit den Präsidenten Pompidou und Giscard d'Estaing hätten in einer „sachlichen und konstruktiven Atmosphäre“ stattgefunden, zu „fruchtbaren Ergebnissen“ geführt und „die Entwicklung der gesamten internationalen Lage positiv beeinflusst“, hieß es weiter. Das ZK dankte seinem Generalsekretär für sein „äußerst intensives“ Engagement zugunsten dieses Friedenswerks und konstatierte, die von Breshnew geführte KPdSU sei „unermüdlich darum bemüht, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz ... und eine weitere Entspannung durchzusetzen, um sie unumkehrbar zu machen“.

Ganz im Sinne Breshnews kennzeichnete die Erklärung noch einmal die Herstellung eines guten Verhältnisses zu den USA als außenpolitische Priorität der Prioritäten, natürlich im Interesse der Friedenssicherung. Die Beiträge

## Die weltrevolutionäre Dimension

In den ersten Jahren nach dem Sturz Chruschtschows wurde die sowjetische Unterstützung für „antiimperialistische“ Regime und Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt erheblich eingeschränkt. Dafür gab es mehrere Gründe. Erstens wollte die neue Führungstroika nicht die Geschäfte Pekings besorgen, hatte man doch die Erfahrung gemacht, daß die meisten prokommunistischen Revolutionäre der Entwicklungsländer dazu neigten, sich im Verlauf der normalen Radikalisierungs- und Polarisierungsprozesse dem Maoismus zuzuwenden. Zweitens mußten Kürzungen im Interesse des eigenen Rüstungsprogramms vorgenommen werden, und wenn die verfügbaren Mittel nicht einmal für die dringend erforderliche Verstärkung der „konventionellen“ Seestreitkräfte ausreichten, dann konnte man sich die in der Chruschtschow-Ära eingerissene verschwenderische Großzügigkeit bei der Hilfe für Partnerländer und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt nicht mehr leisten. Drittens war die Breshnew-Administration an möglichst entspannten Beziehungen zu der USA und deren Verbündeten interessiert, um in der Periode der forcierten Aufrüstung das Risiko von militärischen Konfrontationen mit den Westmächten zu verklei-

der Spitzenpolitiker der „größten kapitalistischen Mächte“ zur Schaffung eines gedeihlichen internationalen Klimas fanden KPdSU-amtliche Anerkennung. Noch mehr Entspannung wurde in Aussicht gestellt, was viele Sowjetbürger wohl als Verheißung einer weiteren Öffnung gegenüber dem Westen verstanden haben dürften, und dies alles sollte außerdem noch „unumkehrbar“ gemacht werden.

Aber diese Vision erwies sich als trügerisch. Von einer weitergehenden Entspannung war bald keine Rede mehr. Man kehrte im Kreml zu „normalen“ Gegnerschaftsbeziehungen nach Maßgabe der Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ zurück. Daran hat auch die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki am 1. August 1975 nichts mehr ändern können. Zwei Jahre später begann die Sowjetunion mit der Installierung neuartiger eurostrategischer SS-20-Raketen. Mit diesem Vorgehen, das den Eindruck einseitiger Aufrüstung noch weiter verstärkte, forderte sie Gegenmaßnahmen des Westens heraus, zu denen u. a. der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 gehörte.

nern. Kossygin beklagte, daß die nordvietnamesischen Erfolge die USA Anfang 1965 zu einer erheblichen Verstärkung ihres Engagements im Vietnamkrieg veranlaßten, weil dies wiederum der Sowjetunion die Eröffnung „ernsthafter“ Entspannungsgespräche mit Washington erschwerte<sup>26)</sup>.

Das Ergebnis der innersowjetischen Diskussion über die Notwendigkeit einer Justierung der Generallinie für die Entwicklungsländerpolitik<sup>27)</sup> faßte die „Prawda“ am 27. Oktober 1965 zu einem ungezeichneten (d. h. besonders autoritativen) Leitartikel zusammen. Darin reklamierte die KPdSU-Führung einerseits für die Sowjetunion eine „Atempause“<sup>28)</sup> hinsichtlich der Unterstützung revolutionärer Aktivitäten in „kapitalistischen“ und Entwicklungsländern, während sie andererseits darauf hinwies, daß sie selbst sich vorrangig um „die

<sup>26)</sup> Vgl. Heikal, a. a. O., S. 179.

<sup>27)</sup> Vgl. den Bericht über die Diskussion von R. A. Yellon, Shifts in Soviet Policy Towards Developing Areas 1964—1968, in: Soviet Policy in Developing Countries, a. a. O., S. 225—286.

<sup>28)</sup> Die Rechtfertigung von „Atempausen“ im Zuge des „revolutionären Prozesses“ entnahm der Prawda-Artikel vom 27. 10. 1965 (S. 3—4) einem Dokument der XIV. Konferenz der RKP (B) von 1925 (B).

Festigung der Verteidigungsmacht der UdSSR und des gesamten sozialistischen Lagers" kümmern müsse. Auf die Frage, welches die oberste internationale Pflicht eines sozialistischen Landes" sei, antwortete das Parteiblatt, diese bestehe für die sozialistischen Regime darin, „ihre Hauptanstrengungen auf den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in ihren eigenen Ländern" zu konzentrieren, worin sie „die entscheidende Voraussetzung für die Steigerung der Hilfe für die anderen Abteilungen der Befreiungsbewegung und ihren Hauptbeitrag zur Entwicklung der weltweiten revolutionären Bewegung" sähen.

Die Sowjetunion, hob die „Prawda" hervor, könne den Revolutionären der Entwicklungsländer ihre historischen Aufgaben ebensowenig abnehmen, wie sie denjenigen der „kapitalistischen Länder" den „Kampf um den Sturz des Kapitalismus" abzunehmen vermöge. Vor solcher Einmischung müsse im Gegenteil gewarnt werden, stellte das KPdSU-Zentralorgan klar, weil „solche Aktionen einen nuklearen Weltkrieg entfesseln könnten"; dies aber heraufzubeschwören, „hieße keineswegs, die internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder gegenüber den Werktätigen der ganzen Welt zu erfüllen, sondern es würde bedeuten, daß der Sache der sozialen und nationalen Befreiung der Völker anderer Länder und dem weltweiten revolutionären Prozeß irreparabler Schaden zugefügt würde". Der Grundgedanke lautete, die sowjetische Entwicklungs- und Waffenhilfe werde nicht „aus Überschüssen geleistet, sondern durch Abzweigung von Mitteln und Materialien", die man zweckmäßigerweise in der Sowjetunion selbst einsetzen sollte, wo sie am wirksamsten zur Änderung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses genutzt werden könnten, statt sie für schwer kontrollierbare Zwecke in der Dritten Welt zu investieren und dadurch womöglich noch der Entfaltung von Kriegen und Großmachtkonflikten Vorschub zu leisten.

An diesem Kurs hielt die Sowjetführung bis zum Jahre 1969 fest. Danach ging man zu einer expansiveren, aggressiveren Entwicklungsländerpolitik über. Dieser Wechsel fiel ziemlich genau mit dem „Budapester Appell" zusammen, der dem Westen unmittelbar nach den sowjetisch-chinesischen Grenzgefechten am Ussuri die Bereitschaft des Ostblocks zu mehr Kooperation und echter Entspannung signalisiert hatte. Besonders deutlich kam der Umschwung auf dem 3. Moskauer Kommunistenkonzil im Juni 1969 zum Ausdruck. Dort charakterisierte Breshnew die außenpoliti-

sche Zielsetzung der Sowjetunion folgendermaßen: „Die KPdSU orientiert ihre gesamte außenpolitische Tätigkeit darauf, daß die Welt des Sozialismus heute stärker ist als gestern und morgen stärker als heute ... Die Sowjetunion bezieht gemeinsam mit anderen sozialistischen Ländern aktive Positionen in der breiten und ständig brodelnden Front der nationalen Befreiungsbewegung und erweist den für ihre Befreiung kämpfenden Völkern festen politischen Beistand, moralische und materielle Hilfe."<sup>29)</sup>

Den Völkern Asiens und Afrikas wies Breshnew die Rolle einer „wichtigen und aktiven Streitkraft der antiimperialistischen Weltfront" zu. Im Anschluß an den Hinweis auf den „heroischen, in der Regel bewaffneten Befreiungskampf", den die „Völker der letzten Kolonien" auf sich genommen hätten, betonte Breshnew mit Nachdruck, dieser „gerechte Kampf" werde von sowjetischer Seite „voll und ganz" unterstützt<sup>30)</sup>.

Daß der Kurswechsel zu diesem Zeitpunkt erfolgte, war gewiß kein Zufall. Um die Hintergründe etwas aufzuhellen, sind zwei Momente von großer Bedeutung miteinander in Verbindung zu bringen: einmal die permanente sowjetische Furcht vor einem Krieg mit China sowie zweitens die Tatsache, daß das KPdSU-Regime unwiderruflich der Vorstellung verhaftet ist, der Verzicht auf die revolutionäre Legitimation käme der Preisgabe des ideologischen Fundaments seines eigenen Herrschaftsanspruchs gleich und liefe im Grunde darauf hinaus, die eigene Existenz zur Disposition zu stellen. Wie sehr die Gefechte am Ussuri die Sowjetführung aufschreckten, ist allgemein bekannt und nachweisbar. Auch darf man als gesichert betrachten, daß dem „Budapester Appell" tatsächlich eine sowjetische Absicht zugrunde lag, dem Westen Entspannungswilligkeit und Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Anscheinend hielt es die Sowjetführung jedoch aus Gründen der elementaren Machtbehauptung für notwendig, im selben Augenblick, in dem sie sich auf ein tatsächliches, konkretes Paktieren mit dem „Kapitalismus/Imperialismus" Westeuropas und Nordamerikas zumindest einstellte, ihre revolutionäre Herrschaftslegitimation durch Eröffnung einer neuen „antiimperialistischen" Offensive in der Dritten Welt unterstreichen und absichern zu müssen.

<sup>29)</sup> Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Hrsg. Verlag Frieden und Sozialismus, Prag 1969, S. 211.

<sup>30)</sup> Ebenda, S. 189.

Dieser sowjetische „Ausbruch“ in die südliche Hemisphäre führte insgesamt zu einer erheblichen Ausweitung des sowjetischen Einflusses und zur Errichtung eines weltumspannenden Netzes sowjetischer Machtpositionen, obwohl Rückschläge nicht ausblieben. Fast schon an das Kuba-Abenteuer erinnerte die Entsendung eines ganzen sowjetischen Luftverteidigungskorps nach Ägypten im Frühjahr 1970 (das Unternehmen endete zwei Jahre später mit einem ähnlichen Fiasko). Im Mai 1971 wurde ein Vertrag über politisch-militärische Kooperation mit Ägypten geschlossen. Ihm folgten im Laufe eines Jahrzehnts elf weitere Verträge gleichen oder ähnlichen Typs mit anderen Entwicklungsländern<sup>31)</sup>. Die Liste umfaßt heute (nach Aufkündigung des sowjetisch-ägyptischen Vertrags im Jahre 1976 und des sowjetisch-somalischen Vertrags im Jahre 1977) die Partnerländer Indien, Irak, Angola, Mosambik, Äthiopien, Vietnam, Afghanistan, Südjemen, Syrien und VR Kongo. In einigen Fällen sind diese Partner jedoch gegenüber der Sowjetunion in die Abhängigkeit von Klientenstaaten geraten und stellen heute Stützpunktländer bzw. Vorpostenländer des Sowjetimperiums in der Dritten Welt dar. Der Südjemen mit seinem wichtigen Flotten- und Luftstützpunkt Aden ist dafür das überzeugendste Beispiel.

Derartige Stützpunktländer gehören zu der strategischen Infrastruktur, mit der die Sowjetunion seit Mitte der sechziger Jahre den Globus überzogen hat, um ihren Weltmachtanspruch zu untermauern. Insofern stand ihre Einbeziehung in das sowjetische Hegemonialsystem auch immer in einem engen Zusammenhang mit dem *Grand design* der Breschnew-Administration. Durch eine intensive Medienpropaganda über die Klienten- und Partnerstaaten der Sowjetunion in der Dritten Welt versucht das KPdSU-Regime der sowjetischen Bevölkerung aber auch den Eindruck zu vermitteln, daß sich der „Weltsozialismus“, dem ständig neue Siege zugeschrieben werden, auf einem unaufhaltsamen Vormarsch befinde. Durch Erfolgsmeldungen von den Revolutionsfronten der Dritten Welt versucht man gewissermaßen, den grauen, bedrückenden

Alltag des Sowjetmenschen etwas aufzuheben. Immobilismus und Stagnation, die für die Sowjetgesellschaft charakteristisch sind, relativiert man dadurch, daß man sie mit der Ausbreitung des sowjetischen Einflusses im Weltmaßstab als der dynamischen Komponente desselben politisch-ökonomischen Systems verknüpft.

Gleichwohl könnte es sich fügen, daß der Zufall dieses noch immer in Expansion befindlichen Sowjetimperiums einsetzt, bevor das ehrgeizige Ziel des *Grand design* der Breschnew-Ära — die Gleichrangigkeit mit der Weltmacht USA auf allen Wettbewerbsfeldern — erreicht ist. Vor allem haben die polnischen Ereignisse seit dem Sommer 1980 sichtbar gemacht, daß die Erosion der politischen und ideologischen Autorität der Sowjetführung innerhalb des osteuropäischen Kernbereichs der sozialistischen Staatengemeinschaft bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hat.

Das Moskauer Politbüro reagierte bisher auf die polnische Arbeiterrevolution im Realsozialismus nur halbherzig-zögernd mit einer zwischen Beschwichtigungsgesten und Interventionsdrohungen hin- und herschwankenden Zermürbungs- und Diskreditierungstaktik. Es scheint, als sei der „genaue Kompaß“, den die Nachfolger Chruschtschows nach dessen Entmachtung zu besitzen wähnten, ihnen inzwischen abhanden gekommen. Angesichts des Debakels in Afghanistan, wo sich die sowjetische Armee in einen langwierigen, bereits zwei Jahre lang andauernden Guerillakrieg verstrickt sieht, besteht im Kreml offenbar wenig Neigung zu einer radikalen Sanierung des polnischen Krisenherdes, die in jedem Fall die Inkaufnahme großer Risiken (auch seitens der Befürworter eines solchen Kurses) verlangen würde.

Dabei ist zu bedenken, daß Osteuropa unter den regionalen Prioritätsfestlegungen der sowjetischen Außenpolitik an erster Stelle steht und daß Polen wiederum eine Schlüsselposition im sowjetisch kontrollierten Osten Europas einnimmt. Sollte sich aber die Sowjetführung weiterhin der Notwendigkeit verschließen, auf die immer wieder von ihren osteuropäischen Gefolgsstaaten — wie jetzt von Polen — ausgehenden Herausforderungen mit angemessenen Reform- und Hilfsmaßnahmen zu antworten, so dürfte sie auch nicht mehr lang imstande sein, das gesamte Sowjetimperium zusammenzuhalten.

<sup>31)</sup> Vgl. Wolfgang Berner, Zur politischen und strategischen Bedeutung der sowjetischen Kooperationsverträge mit Entwicklungsländern, Aktuelle Analysen des BLOst Nr. 21/1981, Köln, 20. 5. 1981.

## Arnold Buchholz: Methodische Probleme der Sowjetunion- und Osteuropaforschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/81, S. 3—10

Seit Bestehen der Sowjetunion, vor allem aber seit dem Zweiten Weltkrieg, sind in allen größeren westlichen Ländern zahlreiche Forschungseinrichtungen zum Studium der Sowjetunion und der anderen Länder Osteuropas geschaffen worden, deren Aufgabe darin besteht, wissenschaftlich abgesichertes Wissen für Politik und Öffentlichkeit zu erarbeiten. Die Komplexität des „Forschungsgegenstandes“ sowie seine Verflochtenheit mit der Politik haben dazu geführt, daß in der Osteuropaforschung eine Reihe besonderer Verfahrensweisen entwickelt wurden, um den gestellten Anforderungen nach Möglichkeit zu entsprechen. Folgende Komponenten spielen dabei eine besondere Rolle:

— Die *Grundlagenforschung*, die in fachspezifischen Disziplinen wie der osteuropäischen Geschichte, der politikwissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Osteuropaforschung betrieben wird und die als die Basis aller Arbeiten auf diesem Gebiet zu betrachten ist;

— die *interdisziplinäre* Zusammenarbeit, die für die Erfassung größerer Zusammenhänge unerlässlich ist;

— die Berücksichtigung oder Erarbeitung von *Makrotheorien* für die Interpretation wichtiger Phänomene oder Entwicklungen;

— die *Nutzung von Landeserfahrungen* durch Reisen, Diskussionen mit Wissenschaftlern aus den osteuropäischen Ländern oder mit Neoemigranten sowie durch Auswertung der Samisdat-Literatur;

— der *Erfahrungsaustausch mit der operativen Politik*, wofür besondere organisatorische Voraussetzungen geschaffen wurden.

Indem diese Komponenten in einem „Wissensfeld Osteuropa“ zusammengeführt werden, lassen sich „Kernbereiche“ der Vorgänge in Osteuropa erkennen, einseitige Urteile in differenziertere Sichtweisen einbinden und neue Entwicklungstendenzen in einem früheren Stadium diskutieren. Entscheidend für die Funktionsfähigkeit dieses „Wissensfeldes“ sind kontinuierliche Arbeitsbedingungen und flexible Kommunikationsformen.

## Heinz Brahm: Beharrung und Veränderung in der sowjetischen Innenpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/81, S. 11—21

Erst im nachhinein wird deutlich, welche großen Anstrengungen in der Chruschtschow-Ära unternommen worden sind, um die politische und geistige Szene der UdSSR zu beleben. In den frühen sechziger Jahren setzte jedoch eine gewisse Restauration ein. Die Innenpolitik stand während der Breshnew-Zeit oft im Zeichen restriktiver Maßnahmen. Gleichzeitig vollzogen sich jedoch im Innern der Sowjetgesellschaft langsam und beständig Veränderungen, ohne daß die KPdSU ihnen entgegenwirken konnte. Im Westen herrscht die Meinung vor, daß nur mit immensem Druck von oben die Bevölkerung bei der Stange gehalten wird. In Wirklichkeit jedoch verhält sich die große Masse der Sowjetbürger staats- und systemkonform; die Dissidenten spielen im Grunde nur die Rolle von Außenseitern. Es kann auch in Zukunft nicht damit gerechnet werden, daß die Bevölkerung Druck auf die politische Führung ausüben wird, es sei denn, die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dramatisch.

## Hans-Hermann Höhmann: Der erstarrte Koloss. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsreformpolitik der UdSSR in der Ära Breschnew

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/81, S. 23—33

Die sowjetische Wirtschaft von heute ist in zunehmendem Maße durch Erstarrung und Stagnation gekennzeichnet. Die forcierte Industrialisierungspolitik der Vergangenheit hat zwar einen gewaltigen Produktionsapparat geschaffen und die UdSSR an die zweite Stelle unter den Weltwirtschaftsmächten gebracht. Heute jedoch stößt die Wirtschaftsentwicklung auf immer enger werdende Wachstumsgrenzen. Diese wären nur mit entschiedenen Reformmaßnahmen, durch ein Aufbrechen der bürokratischen Verkrustung und eine umfassende Revitalisierung der Gesellschaft zu überwinden. Aussichtsreiche Schritte in diese Richtung sind aber auch nach dem XXVI. Parteitag der KPdSU nicht in Sicht. So dürften auch in absehbarer Zukunft strukturelle Unbeweglichkeit und administrativ-bürokratische Schwerfälligkeit bei gleichzeitigem Verfall der ideologisch-ökonomischen Moral und blühendem „Neben-Kapitalismus“ (second economy) das Erscheinungsbild der sowjetischen Wirtschaft bestimmen.

## Wolfgang Berner: Die sowjetische Außenpolitik der Breschnew-Ära

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/81, S. 35—46

Der vorliegenden Studie zufolge resultiert die Aufgabenstellung der sowjetischen Außenpolitik in der Breschnew-Ära aus einer von Anbeginn multidimensional konzipierten Strategie. Dabei wird auch auf die im Zusammenhang mit dem sowjetischen Vorstoß nach Afghanistan viel diskutierte Frage nach den Zielsetzungen dieser Strategie eingegangen. In den letzten zwei Jahrzehnten deckte sich das *Grand design* der sowjetischen Außenpolitik offenbar mit dem Bestreben der UdSSR, sich möglichst rasch von der Plattform des (primär auf dem nuklearen Abschreckungspotential basierenden) Supermachtstatus zum Range einer den USA ebenbürtigen Weltmacht aufzuschwingen. Weltmachtstatus ist gleichbedeutend mit globaler militärisch-politischer Präsenz und der Fähigkeit, einem weltumspannenden Mitspracheanspruch in angemessener Weise Nachdruck zu verleihen. Die Kuba-Krise von 1962 machte der Sowjetunion bewußt, wie groß ihr diesbezüglicher Rückstand gegenüber den USA damals noch war.

So nahm man schon vor dem Sturz Chruschtschows (Oktober 1964) die zielstrebige Verbesserung des Kräfteverhältnisses zugunsten der UdSSR auf der Grundlage mittelfristiger Aufrüstungs- und Infrastrukturprogramme in Angriff. Aber erst die Chruschtschow-Nachfolger verknüpften diese Planungen mit anderen Komponenten zu einer außenpolitischen Gesamtkonzeption, deren Durchsetzung allerdings auf erhebliche Hindernisse stieß. Die Entfaltung der Dritte-Welt-orientierten expansionistischen Dimension verzögerte sich bis 1969, diejenige der entspannungspolitischen Dimension bis 1970/71. Der Grundgedanke, daß während der Hochrüstungsperiode eine Vielzahl konkreter Entspannungs- und Kooperationsabkommen mit den führenden Industrienationen des Westens die Konflikt- und Konfrontationsrisiken im Verhältnis USA-UdSSR und NATO-Warschauer Pakt auf ein Mindestmaß reduzieren sollten, kam nur in der kurzen Zeitspanne von August 1970 (Abschluß des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrags) bis Oktober 1973 (amerikanisch-sowjetische Ägypten-Krise) voll zum Tragen.

Wahrscheinlich hat die Afghanistan-Intervention die Geschlossenheit der Gesamtkonzeption endgültig zerstört, ohne daß damit das Zustandekommen von Rüstungskontroll-, Rüstungsbegrenzungs- oder Abrüstungsvereinbarungen im Ost-West-Verhältnis völlig unmöglich geworden wäre. Zugleich stellt die Polen-Krise nicht nur alle expansionistischen Zielvorgaben der sowjetischen Außenpolitik in Frage, sondern zwingt auch die Sowjetführung, sich vorrangig der Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ zu widmen, der das Sowjetimperium mit Zersetzung bedroht.